

Handelsblatt

Manager

Diesen Fehler machen viele Führungskräfte in der Transformation.

▶ 14

Stellenanzeigen

Vier Tipps, wie Sie mehr gute Bewerber finden als die Konkurrenz.

▶ 22

Fintech

Das Girokonto des Neobrokers Trade Republic im Check.

▶ 37

Europaparlament

Ursula von der Leyen kämpft um Mehrheit für die Wiederwahl.

▶ 10



Europas Gas-Dilemma

Offiziell arbeitet die EU daran, sich von russischem Gas unabhängig zu machen. Neue Daten zeigen nun: Die Importe nehmen wieder deutlich zu.

Trotz aller Sanktionen importiert die EU wieder deutlich mehr Gas aus Russland. Das zeigen Daten des Analyseinstituts ICIS, die dem Handelsblatt vorliegen. Demnach importierte die EU im Mai 2024 rund 30 Prozent mehr russisches Erdgas als noch im September 2022. Das widerspricht den Plänen der EU-Kommission, sich von russischen Lieferungen unabhängig zu machen und die europäische Gasversorgung zu diversifizieren.

Zwar lagen die Importe von russischem Gas mit 4,8 Milliarden Kubikmetern im Mai noch deutlich unter dem Wert vor Kriegsausbruch. Damals hatte die EU rund 15 Milliarden Kubikmeter importiert. Seither nehmen die Einfuhren aber zu – auch wegen der günstigen Preise, mit denen Russland andere Anbieter aus dem Markt drängt.



Je mehr Gas Putin nach Europa transportiert, desto größer sein Erpressungspotenzial.

Michael Kruse
FDP-Politiker

Erste Projekte, mit denen die EU neue Lieferanten gewinnen wollte, stehen wegen des Preiskampfs bereits infrage. So hat etwa Griechenland den Bau eines LNG-Terminals in der Hafenstadt Volos abgesagt. Investitionsentscheidungen für weitere Terminals liegen dort seit Monaten auf Eis. Der Grund: Die Projekte rechnen sich wegen des billigen russischen Gases nicht mehr. Mehr als 60 Prozent des griechischen Gasverbrauchs werden wieder aus Russland gedeckt.

Bis 2027, so lautet das EU-Ziel, sollen die russischen Gasimporte auf null sinken. Ampelpolitiker fordern nun eine gesamteuropäische Strategie, um dieses Ziel nicht zu gefährden. „Je mehr Gas Putin nach Europa transportiert, desto größer sein Erpressungspotenzial“, sagte Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP im Bundestag. ▶ 16

Wasserstoff

4,6 Milliarden Euro für H2-Projekte

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat am Montag Förderbescheide über 4,6 Milliarden Euro für rund zwei Dutzend Wasserstoffprojekte übergeben. Die Vorhaben umfassen die Erzeugung, den Transport und die Speicherung von grünem Wasserstoff. Der Minister sprach von einem „wichtigen Schritt hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft“. Zu den Unternehmen, die an den Vorhaben beteiligt sind, gehören BP, RWE, EWE, Iqony, Air Liquide, Enertrag und Hydrogenious. Die Unternehmen selbst investieren zusätzlich 3,3 Milliarden Euro. Die Vorhaben sollen spätestens 2030 fertiggestellt sein. ▶ 8



Märkte

Dax
18.599 Pkt.
-0,80 %

MDax
25.655 Pkt.
-0,96 %

TecDax
3.383 Pkt.
-0,75 %

E-Stoxx 50
4.986 Pkt.
-1,13 %

Dow Jones
40.267 Pkt.
+0,67 %

Nasdaq
18.607 Pkt.
+1,14 %

S&P 500
5.653 Pkt.
+0,68 %

Nikkei
41.191 Pkt.
-2,45 %

Euro/Dollar
1,0919 US\$
+0,11 %

Gold
2.435,28 US\$
+0,99 %

Öl
87,62 US\$
+0,45 %

Dax Gewinner

1 Rheinmetall
+1,18 %
515,00 €

2 Zalando
+0,53 %
24,49 €

3 Daimler Truck
+0,32 %
38,15 €

Verlierer

1 Siemens Energy
-4,61 %
26,47 €

2 RWE
-3,19 %
32,81 €

3 BMW
-2,28 %
90,08 €

Stand: 17:00 Uhr

Dax

Siemens stärkt Digitalvorstand

Der Siemens-Aufsichtsrat will trotz aktuell schwieriger Geschäfte in der Kernsparte Digital Industries (DI) den Vertrag mit dem zuständigen Vorstand Cedrik Neike auf seiner nächsten Sitzung Anfang August vorzeitig verlängern. Das erfuhr das Handelsblatt aus dem Umfeld des Kontrollgremiums. Der Aufsichtsrat sei überzeugt, dass die Digitalstrategie Neikes der richtige Weg sei und der derzeitige Abschwung nur konjunkturell bedingt. Mit der vorzeitigen Vertragsverlängerung wird die Rolle Neikes als möglicher Kronprinz von CEO Roland Busch gestärkt. ▶ 18

Cloud-Geschäft

Google plant Rekordzukauf

Der Google-Mutterkonzern Alphabet will nach übereinstimmenden Medienberichten das Start-up Wiz für rund 23 Milliarden Dollar übernehmen. Die Verhandlungen befänden sich im fortgeschrittenen Stadium, es könne bald zu einer Einigung kommen. Die US-israelische Firma Wiz entwickelt Sicherheitssoftware für die Cloud und wuchs zuletzt rasant. Für Google wäre es der größte Zukauf in der Unternehmensgeschichte. Im Cloud-Geschäft hat der Konzern einen beträchtlichen Rückstand auf Amazon und Microsoft. ▶ 19

Trumps Krönungsmesse

Die große Bühne in Milwaukee wollen die Delegierten der Republikanischen Partei nutzen, um ihren Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in die bestmögliche Position zu bringen. Bis zum Donnerstag läuft die Veranstaltung. Das Attentat auf Trump hat die Strategie dafür verändert: Die Republikaner geben sich jetzt als Versöhner, die den spaltenden Botschaften des demokratischen Präsidenten Joe Biden etwas entgegensetzen müssen. Trump ist in ihren Augen ein Auserwählter. Dass er am Wochenende einen Anschlag überlebte, sei göttliche Fügung, schreiben seine Anhänger. ▶ 4, 5, 30, 31



Große Finanzlücken im Haushalt

Regierung plant für 2024 und 2025 Neuverschuldung von 94 Milliarden Euro.

Im Haushalt für das kommende Jahr, den das Kabinett am Mittwoch beschließen will, gibt es noch immer große Finanzlücken. Die Regierung plant im Jahr 2025 mit Ausgaben von 480,6 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 43,8 Milliarden Euro. Das geht aus der Kabinettsvorlage hervor, die dem Handelsblatt vorliegt.

Damit hält die Bundesregierung die Schuldenbremse ein. Allerdings gibt es noch einen Finanzbedarf von 17

Milliarden Euro. „Bis zur formalen Zulassung des Regierungsentwurfs“ an den Bundestag Mitte August versuche man, die Lücke „wieder deutlich zu reduzieren“, heißt es in dem Papier. Dazu werden unter anderem Darlehen an die Bahn und die Autobahngesellschaft geprüft, die nicht auf die Schuldenbremse angerechnet würden. Dadurch könnten Zuschüsse entfallen. Die Maßnahmen würden „verfassungsrechtlich und wirtschaftlich“ geprüft.

Neben dem Etat für 2025 soll das Kabinett am Mittwoch auch einen Nachtragshaushalt beschließen. Aufgrund der schwachen Konjunktur darf der Bund im laufenden Jahr zusätzliche Kredite über 11,3 Milliarden Euro aufnehmen. Insgesamt soll die Neuverschuldung damit bei 50,3 Milliarden Euro liegen. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen gestiegene Kosten bei den erneuerbaren Energien und beim Bürgergeld finanziert werden. ▶ 6

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,70 € / 4,50 € / Frankreich 4,20 € / 4,50 € / Großbritannien 4,00 GBP / 5,00 GBP / Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF / Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

Monatsabonnements: Handelsblatt Print: 69,90 Euro / Handelsblatt Print + Premium: 79,80 Euro / www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice Tel. 0211 897 3602 kundenservice@handelsblatt.com

30029 4 190253 103507 REUTERS IMAGO/NurPhoto

PREIS 3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Thema des Tages

USA Neuer Ton im Wahlkampf: Auf dem Flug zum Parteitag in Milwaukee erzählt Donald Trump, wie er das Attentat für seine Zwecke nutzen möchte. ▶ 4

Social Media Verschwörungstheorien werden zum Problem für die Tech-Konzerne. ▶ 5

Politik

Nachtragshaushalt Lindner stockt Neuverschuldung auf 50 Milliarden Euro auf. ▶ 6

Pascal Donohoe Der Euro-Gruppen-Chef blickt besorgt auf die mögliche Linksregierung in Frankreich. ▶ 7

Klimaneutralität Milliarden für weitere Wasserstoffprojekte: Wirtschaftsminister Robert Habeck hat Förderbescheide für 22 Infrastrukturprojekte übergeben. ▶ 8

Krise der Bahn Die meisten Länder Europas stecken mehr Geld in den Schienenverkehr als die Bundesrepublik. Doch für Bahnfahrer gibt es Hoffnung. ▶ 9

Ursula von der Leyen Diese Woche entscheidet das Europaparlament, ob Ursula von der Leyen EU-Kommissionspräsidentin bleibt. ▶ 10

Friedrich Merz, Markus Söder Wo werden der CSU-Chef und der CDU-Vorsitzende klären, wer die Union als Kanzlerkandidat ins Rennen führt? ▶ 11

Unternehmen

Gasimporte EU verfehlt Unabhängigkeitsziel: Offiziell will Brüssel die Abhängigkeit der EU von russischem Gas verringern. Doch gleichzeitig importieren die EU-Länder wieder mehr Gas von dort. An Gegenmaßnahmen wachsen die Zweifel. ▶ 16

Flüssiggas Griechenland beerdigt seine LNG-Pläne. ▶ 17

Technologiekonzern Siemens verlängert Vertrag mit Industrie-Vorstand Cedrik Neike vorzeitig. ▶ 18

Alphabet Der Google-Konzern plant Rekordzukauf und verhandelt über eine 23 Milliarden Dollar schwere Übernahme des Start-ups Wiz. ▶ 19

Telerik Schischmanow Der Rewe-Finanzchef erklärt, wie die Supermarktkette ihre Zukunftsinvestitionen finanziert. ▶ 20



Klimaneutralität Bund und Länder schieben weitere Wasserstoffprojekte mit Milliarden an.

8

dpb



Imago/Zuma Press Wire

US-Märkte Anleger setzen auf den „Trump-Trade“.

30

Telerik Schischmanow
Rewe-Finanzchef:
„Wir sind hungrig,
wir wollen wachsen.“

21

Rewe Group

E-Bikes 1000-Euro-Gutscheine als Entschädigung von Van Moof: Tausende Kunden hatten ihr Rad zwar bezahlt, es aber nie erhalten. ▶ 21

Stellenanzeigen Viele Unternehmen schreiben Stellenanzeigen an Bewerbern vorbei, sagen Experten. Worauf es wirklich ankommt. ▶ 22

PwC, EY, KPMG, Deloitte Die Wirtschaftsprüfer zeigen sich bisher krisenrobust, werden aber vorsichtiger. Bis 2028 rechnen sie mit geringerem Wachstum. ▶ 24

Sima.ai Dem Chipspezialisten gelingt der Sprung in die deutsche Industrie: Er gewinnt Trumpf als Partner. ▶ 25

Finanzen

US-Märkte Anleger setzen auf den „Trump-Trade“: Nach dem Attentat sind Trumps Chancen auf einen Sieg bei der US-Wahl gestiegen. Das hat Auswirkungen auf Aktien, Anleihen und Devisen. ▶ 30

Samy Chaar Der Lombard-Odier-Strategie skizziert, welche Auswirkungen eine mögliche Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus haben könnte. ▶ 31

Handelsblatt Sparcheck Was das Girokonto von Trade Republic kann. ▶ 38

Märkte Insight Welche Krisen die Märkte bewegen. ▶ 40

Meinung & Analyse

China-Politik Die verpasste Chance der Bundesregierung: Noch braucht Peking Europa. Das sollte die Bundesregierung nutzen, doch statt entschlossen zu handeln, wirkt die Koalition zerrissen und zögerlich. ▶ 12

Trump-Attentat Sorgen um globales Finanzsystem: Die Nervosität der Investoren steigt. Die Zweifel an der politischen Stabilität der USA wachsen. ▶ 13

Steuern Unrealisierbarer Evergreen: Familienministerin Paus versucht, das Sommerloch zu füllen und startet Geisterdebatte über das Ehegattensplitting. ▶ 13

In dieser Ausgabe

Namensindex	Hecker, Christian.....37	Nassar, Albert.....21	Stoiber, Edmund.....11	Andy Acker.....39	Fulcrum Macro Advisors.....30	Örag.....36
Baerbock, Annalena.....12	Heibel, Stephan.....38	Neike, Cedrik.....18	Stork, Burkhard.....21	AnimusX.....38	Gastrade.....17	PwC.....24
Banaszak, Felix.....16	Helmrich, Klaus.....18	Orban, Viktor.....10	Toepfer, Thomas.....23	Apple.....5	Gazprom.....17	Rewe.....20
Bannmüller, Richard.....25	Hoffman, Reid.....5	Paus, Lisa.....13	Trump, Donald 4, 5, 12, 13, 30, 31, 38	Arag.....36	Google.....5, 19	Richemont.....40
Baur, Stephan.....23	Huber, Martin.....11	Peter, Uwe.....18	Tzanetakis, Petros.....17	Baker Tilly.....24	Grant Thornton.....24	Rödl & Partner.....24
Biden, Joe.....4, 5, 12, 13, 30	Jassy, Andy.....5	Pichai, Sundar.....5, 19	Verhoeven, Tim.....22	Balderton Capital.....21	Hillhouse Capital.....21	Roland Berger.....23
Brehm, Rainer.....19	Karas, Othmar.....16	Powell, Jerome.....40	Villero de Galhau, Francois.....7	Bank of America.....40	Horizon Biotechnology Fund.....39	RSM Ebner Stolz.....24
Busch, Roland.....18	Kelly, Frank.....30	Purves, Michael.....30	von der Leyen, Ursula.....10, 16	Banque SYZ.....31	Indeed.....22	Siemens.....18, 22
Chaar, Samy.....31	Khoury, George.....31	Putin, Wladimir.....12, 17	Weber, Manfred.....11	BDO.....24	KPMG.....24	Sima.ai.....25
Collins, Mike.....5	Kostin, David.....31	Rademacher, Ute.....22	Weidenbach, Elke.....36	Biontech.....39	Linkedin.....5	State Street.....40
Cook, Tim.....5	Kröger, Harald.....25	Rappaport, Assaf.....19	Wertheimer, Elliott.....21	Boeing.....23	Lombard Odier.....31	Stepstone.....22
Donohoe, Paschal.....7	Kruse, Michael.....16	Rebellius, Matthias.....19	Wieland-Blöse, Heike.....24	Bosch.....25	Lonza.....39	Trade Republic.....37
Dransfeld-Haase, Inga.....22	Leber, Hendrik.....39	Regierer, Christoph.....24	Xi Jinping.....12	Charles Schwab.....40	McKinsey.....22	TriplePoint Capital.....21
Edmondson, Amy.....14	Lindner, Christian.....7, 13	Reid, Jim.....30	Zuckerberg, Mark.....5	Cisco.....18	McLaren Applied.....21	Trumpf.....25
Faury, Guillaume.....23	Macron, Emmanuel.....7	Reintke, Terry.....11		Deloitte.....24	Meta.....5	TSMC.....25
Fintl, Peter.....25	Mehlhorn, Dmitri.....5	Sahin, Ugur.....39		Desfa.....17	Microsoft.....5, 19	United Health Group.....40
Galli, Maria Rita.....17	Meloni, Giorgia.....11	Santo, Michael.....23	Unternehmensindex	Edeka.....21	Moderna.....39	Van Moof.....21
Geißler, Andreas.....9	Merz, Friedrich.....9, 11, 13	Schischmanow, Telerik.....20	Acatis.....39	Edelcom.....17	Morgan Stanley.....40	Wiz.....19
Habeck, Robert.....8, 12	Monchau, Charles-Henry.....31	Scholz, Olaf.....12	Airbus.....23	Elpedison.....17	Motor Oil.....17	X.....5
Haefele, Mark.....31	Merz, Friedrich.....9, 11, 13	Schweinsberg, Klaus.....14	Allianz.....36	Elpedison.....17	Naftogaz.....17	
	Musk, Elon.....5	Schweinsberg, Klaus.....14	Alphabet.....19	Elpedison.....17	Norwest Venture Partners.....21	
	Nadella, Satya.....5	Skyllakakis, Theodoros.....17	Amazon.....5, 19	Elpedison.....17	Nvidia.....25	
		Söder, Markus.....11		Elpedison.....17		

LASSEN SIE DIE KI ARBEITEN. FÜR ALLE.

DIE SERVICENOW-PLATTFORM SETZT KI FÜR IHR GESAMTES BUSINESS EIN UND TRANSFORMIERT DIE ARBEIT IHRER MITARBEITER.

Zurzeit gibt es eine Menge KI-Akteure, die viel Lärm und große Versprechungen machen. Es gibt KI für dies, KI für das, KI ... für alles Mögliche. Aber welche KI ist die richtige für Sie?

Die Wahrheit ist, die KI ist nur so leistungsfähig wie die Plattform, auf der sie aufbaut. Wir sprechen hier nicht von Einzellösungen. Oder isolierten Systemen. Wir sprechen von einer einzigen, intelligenten Plattform, die für genau diese Situation gemacht ist. Von einer, der Sie alle Ihre Kunden- und Geschäftsdaten anvertrauen können, um das volle Potential der KI zu nutzen. Um zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.

Damit alle Ihre Mitarbeiter ihre Arbeit noch besser erledigen können.

Entscheiden Sie sich für die KI auf einer einzigen Plattform, der Sie vertrauen können.

Mit ServiceNow® durchdringt KI jeden Geschäftsbereich Ihres Unternehmens und

transformiert die Art und Weise, wie alles zusammenarbeitet. Abteilungsübergreifend, vom Frontoffice bis zum Backoffice und in jedem anderen Office dazwischen. So funktioniert bestehende Technik mit neuer Technik. So überwindet man Silos und schafft nahtlose Verbindungen. Für Ihre Mitarbeiter. Für Ihre Kunden. Für alle.

Stärken Sie Ihre Mitarbeiter mit ServiceNow.

Lassen Sie die KI für Ihre Mitarbeiter arbeiten und beseitigen Sie Reibungen und Frustrationen bei Routinearbeiten.

Lassen Sie die KI für Ihre Entwickler arbeiten und steigern Sie die Produktivität auf jedem Level. Lassen Sie die KI für Ihre Service-Mitarbeiter arbeiten, mit intelligenten Tools, die Kunden begeistern. Auf unserer intelligenten Plattform ist KI nicht nur ein leeres Versprechen. Sie findet schon heute statt. Ganz einfach, reibungslos und sicher. Damit sich Ihre Mitarbeiter auf die Arbeit konzentrieren können, auf die es ankommt. Die Arbeit, die sie lieben.

Denn wenn Ihre Mitarbeiter besser arbeiten können, funktioniert alles besser.

ServiceNow.de/AIForPeople

THE WORLD WORKS WITH SERVICENOW™

USA

„Flammen der Spaltung“

Nach dem Attentat inszeniert sich Donald Trump als Brückenbauer: Er wolle nun versuchen, das gespaltene Land zu einen.

Christoph Herwartz, Katharina Kort, Annett Meiritz
Düsseldorf, New York, Milwaukee

Nur einen Tag, nachdem Donald Trump getötet werden sollte, sitzt er mit zwei Journalisten in seinem Flugzeug auf dem Weg nach Milwaukee. Im Fernsehen wird die Szene gezeigt, wie Trump angeschossen wird und sich Sicherheitsbeamte auf ihn werfen. Während er diese Szene zum ersten Mal sieht, trägt Trump einen weißen Verband, der sein verletztes Ohr bedeckt.

So berichtet es einer der beiden anwesenden Journalisten im rechten Magazin „New York Post“. Fotos wird es von dieser Situation nicht geben. Trumps Mitarbeiter hätten darauf bestanden, dass keine Fotos gemacht werden. Nur das heroische Bild des angegriffenen Trump geht um die Welt. Es soll nicht überlagert werden.

„Viele Leute sagen, es sei das ikonischste Foto, das sie je gesehen haben“, sagt Trump den Journalisten. „Normalerweise muss man sterben, um ein ikonisches Bild zu haben.“ Diese Sätze zeigen, wie Trump die Situation als Chance für seinen Wahlkampf begreift.

Formal ist er der Herausforderer, der gegen den Amtsinhaber antritt. Nun scheint er die Gelegenheit zu sehen, dass ihn eine breite Wählerschaft als den eigentlichen Anführer des Landes wahrnimmt. „Es ist eine Chance, das Land zusammenzubringen. Diese Chance wurde mir gegeben“, sagte er in Bezug auf seine Parteitagsspreche, die für Donnerstag angesetzt ist. Er habe eine „Knaller“-Rede gegen die Politik Joe Bidens halten wollen. „Die Rede wird anders sein, ganz anders, als es noch vor zwei Tagen der Fall gewesen wäre“, sagte er nun. Die Rede werde dem historischen Moment gerecht werden.

”

Wir müssen aus unseren Silos herauskommen, in denen wir nur auf diejenigen hören, mit denen wir einer Meinung sind.

Joe Biden
US-Präsident

Bislang waren es Trump und seine Republikaner, die in harschen Worten „die schlechteste Regierung aller Zeiten“ attackierten und jede Schwäche von Amtsinhaber Joe Biden inklusive der Fehlritte seines Sohnes schamlos ausnutzten. Nun will Trump Brückenbauer sein und die Gegenseite als Spalter brandmarken. „Ich möchte versuchen, unser Land zu vereinen“, sagte er. „Aber ich weiß nicht, ob das möglich ist. Die Menschen sind sehr gespalten.“

Auch Biden versuchte, den Ton im Wahlkampf zu mäßigen. In einer Ansprache an die Nation appellierte er: „Wir müssen aus unseren Silos herauskommen, in denen wir nur auf diejenigen hören, mit denen wir einer Meinung sind.“ Er warnte vor „Flammen der Spaltung“.

Die wichtigste Botschaft der Biden-Kampagne ist, dass eine zweite Amtszeit Trumps der Demokratie schaden würde. Immerhin hatte dieser versucht, das Ergebnis der letzten Präsidentschaftswahl zu verfälschen, er hat einen Sturm auf das Kapitol angeheizt, und von Trump ernannte Richter des Supreme Court stärkten kürzlich seine Immunität, die ihn vor Strafverfolgung schützt.

Trump-Anhänger werfen nun Biden eine Mitschuld an dem Attentat vor: „Heute ist kein vereinzelter Ereignis. Die zentrale Vorgabe der Biden-Kampagne ist, dass Donald Trump ein autoritärer Faschist ist, der gestoppt werden muss, koste es, was es wolle. Diese Rhetorik hat direkt zu dem versuchten Mord an Präsident Trump geführt“, schrieb der Senator J. D. Vance. Der Kongressabgeordnete Mike Collins schrieb sogar: „Joe Biden hat die Befehle erteilt.“ Er forderte eine Anklage gegen Biden „wegen Anstiftung zu einem Attentat“, parallel zu dem Vorwurf gegen Trump, der habe den Sturm aufs Kapitol am 6. Januar 2021 angeheizt.

Und Senator Tim Scott schrieb, der Mordanschlag sei von radikalen Linken und Konzernmedien „unterstützt und angestiftet“ worden. Schließlich hätten die Linken Trump „ständig als Bedrohung für die Demokratie, als einen Faschisten oder noch Schlimmeres“ bezeichnet.

In seiner Ansprache an die Nation erwähnte Biden nun den Sturm auf das Kapitol, ohne Trump direkt einen Vorwurf zu machen. Auch in den kommenden Monaten dürfte es ihm schwerfallen, Trump zu attackieren – denn dann müsste wiederum er mit dem Vorwurf rechnen, Menschen in einer lebensbedrohlichen Situation weiter aufzuwiegeln.

Amerikas Rechte dagegen kann weiter die Warnungen vor Trump und die Gerichtsprozesse gegen ihn als Hetzjagd darstellen. „Donald Trump hat Fehler gemacht, keine Frage. Aber das Problem ist, dass unser Rechtssystem als Waffe gegen ihn eingesetzt wird, es wird für parteipolitische Zwecke missbraucht“, sagt Danielle Pletka, Senior Fellow an der konservativen Denkfabrik American Enterprise Institute, dem Handelsblatt. „Ernsthaft, Gerichtsverfahren in New York, Florida, Georgia und Washington? Das steht in keinem Verhältnis zu seinen Sünden.“ Das Verfahren wegen der Mitnahme geheimer Regierungsdokumente stellte die zuständige Richterin am Montag ein.

Viele Republikaner fragten sich: „Ein Land, in dem ein Milliardär und ehemaliger Präsident auf diese Weise verfolgt werden kann, was bedeutet das für mich?“, sagte Pletka. Die Vorstellung, dass der republikanische Präsidentschaftskandidat ein Märtyrer im Sinne eines besseren Systems sei, werde sich nach dem Attentat nur noch stärker durchsetzen. „Dieses Gefühl wird sich durch den Parteitag in Milwaukee ziehen.“ Donald Trump habe in einem Moment der Lebensgefahr Mut gezeigt. „Das kann ihm keiner mehr wegnehmen.“

Parteiinterne Konkurrenz hat Trump nicht zu befürchten. Sogar seine einstige Rivalin Nikki Haley wird nach anfänglichem Zögern nun doch zum Parteitag reisen, der ganz darauf ausgerich-



Trump-Anhänger in Milwaukee: Teile der Republikaner geben auch Joe Biden eine Mitschuld an dem Anschlag.



Viele Leute sagen, es sei das ikonischste Foto, das sie je gesehen haben. Normalerweise muss man sterben, um ein ikonisches Bild zu haben.

Donald Trump
US-Präsidentschaftskandidat

tet ist, Trump zu huldigen. Insider werten Haleys Anwesenheit auch als Strategie, sich möglicherweise bei den Wahlen 2028 noch einmal für die Kandidatur ins Spiel zu bringen.

In diesem Jahr ist eine „24-Stunden-Trump-Show, vier Tage, ohne Pause“ geplant, wie es ein Delegierter beschreibt. Auch Donald Trumps Ehefrau Melania Trump, die sich aus dem Wahlkampf bislang herausgehalten hat, wird für die Abschlussrede am Donnerstag erwartet.

Die 18.000 Menschen fassende Halle in Milwaukee wird dann vollständig gefüllt sein. Insgesamt sind für den Parteitag mehr als 50.000 Parteivertreter, Delegierte, Spitzenpolitiker und Gäste angemeldet. Sie dürfen sich nicht alle gleichzeitig im Inneren aufhalten – für andere Aktivitäten sorgt ein Rahmenprogramm von konservativen und rechtskonservativen Organisationen, die dafür Pubs, Food Courts, Bierhallen und Kinos angemietet haben.

Der Bauernverband und auch Microsoft sind präsent

Trucker und Bauern, Wirtschaftsvertreter und Interessenverbände, sie alle haben zu Empfängen eingeladen. So hat die örtliche Handelskammer gemeinsam mit Landmaschinenherstellern eine temporäre Präsenz aufgebaut; Wisconsin ist ein wichtiger Agrarstaat. Der Tech-Riese Microsoft richtet außerdem ein Event aus, das sich mit den Folgen von Künstlicher Intelligenz für Frauen beschäftigt. Die anfängliche Distanz der Tech-Unternehmen gegenüber Trump ist längst verschwunden.

Innerhalb der Partei nimmt die Verehrung für den Kandidaten immer religiösere Züge an. Kurz nach dem Attentat am Samstag hatten mehrere Evangelikalen-Organisationen zu Massengebeten aufgerufen, Trump wurde dort als Gesandter Gottes verehrt. Seine Kampagne nutzt seit dem Anschlag verstärkt biblische Anspielungen und



IMAGO/ZUMA Press Wire

verschickte etwa SMS mit den Worten „Fear not!“ („Fürchtet euch nicht!“).

Zwei von Trumps Kindern teilten ihre Überzeugung, dass es kein Zufall sei, dass ihr Vater den Anschlag ausgerechnet am zweiten Todestag ihrer Mutter überlebte. Sie habe „eine schützende Hand“ über ihn gehalten, schrieb Ivanka Trump. Trump selbst sagte im Interview: „Durch Glück oder durch Gott – und viele Leute sagen, es war Gottes Werk – bin ich noch hier.“ Der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Trump-Unterstützer Vivek Ramaswamy nannte es „göttliche Vorsehung“, dass die Kugel den Ex-Präsidenten nicht tödlich getroffen habe. Maria-Elvira Slazar, republikanische Abgeordnete aus Florida, postete ein Bild, auf dem ein Engel Trump aus der Schusslinie nimmt.

Dass das Motiv des Schützen unklar ist, spielt dabei kaum eine Rolle. Bis in den Montag hinein hielt sich das FBI, das die Ermittlungen an sich gezogen hatte, dazu bedeckt. Der 20-jährige mutmaßliche Täter wurde kurz nach seinen Schüssen von Einheiten des Secret Service getötet. In verschiedenen Medien hieß es, er sei im Wählerverzeichnis der Republikaner eingetragen, habe aber auch einer den Demokraten nahestehende Organisation gespendet. Ehemalige Mitschüler hätten ihn als konservativ beschrieben, während in seiner Klasse liberale Haltungen vorgeherrscht hätten.

Warum er mit einer halbautomatischen Waffe auf ein Dach mit Blick auf Trumps Wahlkampftribüne klettern konnte, ist ebenfalls bisher ungeklärt. Augenzeugen berichteten in Medien, sie hätten gesehen, wie der Mann mit seinem Gewehr das Dach hochgekrochen sei. Sie hätten Polizisten darauf hingewiesen, ohne damit aber eine Reaktion auszulösen. Der Secret Service, dessen Aufgabe es ist, den amtierenden wie auch ehemaligen Präsidenten wie Trump zu schützen, steht daher in der Kritik.

Social Media

Verschwörungstheorien werden zum Problem für Tech-Konzerne

Nach dem Attentatsversuch auf Trump quellen die sozialen Medien über mit Verschwörungstheorien. Das dürfte den Wahlkampf weiter beeinflussen.

Felix Holtermann San Francisco

Eine Gesprächsrunde auf einer Dachterrasse in San Francisco am Sonntag (Ortszeit), ein Tag nach dem Attentatsversuch auf Donald Trump. „Staged“, „gestellt“ war der versuchte Mordanschlag, ist ein Software-Entwickler überzeugt. Ein Biotech-Mitarbeiter pflichtet ihm bei: Das könne doch alles nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. „Das hat Trumps Team in Auftrag gegeben. Ihm nützt es am meisten.“

Dass die großen Nachrichtensender, darunter CNN und BBC, zu dieser Zeit bereits die Hintergründe des Mordversuchs ausleuchten, dem ein Teilnehmer der Kundgebung zum Opfer fiel und bei dem zwei weitere verletzt wurden, ficht die Diskutanten nicht an.

So bizarr die Szene anmutet, nachdem der wahrscheinliche republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump am Samstag nur knapp einem Mordanschlag entkommen ist, so bezeichnend ist sie für Teile der Debatte in den USA. Es dauerte nur Minuten, nachdem von dem Vorfall bei einer Kundgebung Trumps in Butler County, Pennsylvania, berichtet wurde, da schwollen im Netz bereits die Verschwörungserzählungen an.

Theorien zum Attentat zählten über das Wochenende zu den meistgesuchten Begriffen im Netz. Der Hashtag „#staged“ erschien zwischenzeitlich in den Trends auf der Plattform X (vormals Twitter). Hierunter versammelten sich Menschen, die glauben, dass die Trump-Kampagne den Mordanschlag vorgetäuscht hat, um Trumps Wahlchancen zu verbessern. Dies sei eine „False Flag“-Attacke, also ein Angriff unter falscher Flagge gewesen, lautet die Theorie.

Ein weiterer Hashtag, „#BBgun“, wurde von Nutzern verwendet, die behaupteten, Trump sei mit einem

Leichtgewehr, einem nicht tödlichen Profil, angeschossen worden. Die Ermittler fanden allerdings in der Nähe des erschossenen Schützen ein AR-15-Sturmgewehr.

„Es sieht sehr inszeniert aus“, schrieb ein Nutzer auf X. „Niemand in der Menge rennt oder gerät in Panik. Niemand in der Menge hat eine echte Waffe gehört. Ich traue dem nicht. Ich traue ihm nicht.“

Während vor allem dem linken Lager zuzurechnende Nutzer die Vermutung äußerten, das Attentat sei gestellt gewesen, verbreiteten sich im rechten Lager die Vermutungen, der Secret Service habe Trump mit Absicht nicht ausreichend geschützt – oder das Attentat sei gleich von US-Präsident Joe Biden in Auftrag gegeben worden. Ein US-Nutzer schrieb, Trump sei ins Visier des „tiefen Staats“ geraten, also von demokratischen Politikern, die sich an Kindern vergingen – eine auch unter dem Kürzel „QAnon“ bekannte besonders bizarre Theorie. „Das ist der Preis, den man zahlt, wenn man die Elite der satanischen Pädophilen zur Strecke bringt“, schrieb der Nutzer über Trump.

Social-Media-Plattformen sind schlecht vorbereitet

Im politischen Raum fielen die Verschwörungserzählungen auf fruchtbaren Boden. „Joe Biden hat den Befehl gegeben“, postete der republikanische Kongressabgeordnete Mike Collins aus Georgia. Biden solle wegen „Anstiftung zu einem Attentat“ angeklagt werden, setzte er nach.

Am Sonntag entschuldigte sich der demokratische Strategie Dmitri Mehlhorn, Berater des Großspenders der Partei und LinkedIn-Gründers Reid Hoffman. Mehlhorn hatte am Samstagabend in einer E-Mail an Journalisten und Unterstützer erklärt, es bestehe die Möglichkeit, „dass diese ‚Schießerei‘ gefördert und vielleicht sogar inszeniert

wurde, damit Trump die Fotos bekommen und von der Gegenreaktion profitieren konnte“.

Für die Betreiber sozialer Medien sind die Verschwörungserzählungen im Wahlkampf ein großes Problem. Auch im „Superwahljahr 2024“ sind die Plattformen schlecht darauf vorbereitet, wie die Ereignisse vom Wochenende zeigen.

Zahlreiche Tech-Chefs wie Tim Cook (Apple), Sundar Pichai (Google), Andy Jassy (Amazon), Mark Zuckerberg (Meta) und Satya Nadella (Microsoft) verurteilten die politische Gewalt in den sozialen Medien. X-Eigner Elon Musk hingegen erklärte offiziell, nun Trump zu unterstützen, und beteiligte sich gleich selbst an den Spekulationen. In einem Tweet deutete er an, der Secret Service könnte die Schüsse auf Trump absichtlich zugelassen haben. „Extreme Inkompetenz“ liege vor, vermutete Musk, „oder es war Absicht“.

Trump hatte 2021 selbst ein eigenes soziales Netzwerk gegründet: Truth Social. Dort schrieb er nach dem Attentat, es sei „wichtiger denn je“, zusammenzustehen und den Sieg nicht dem „Bösen“ zu überlassen.

Auf anderen Plattformen, vor allem auf X, erreichten Verschwörungstheorien ein breites Publikum, mit Abstrichen auch auf Metas Plattform Threads, die Twitter ähnelt. Die Suchergebnisse bei Facebook verwiesen in erster Linie auf klassische Nachrichtenseiten. Facebook hatte den Bereich „Trending Topics“ 2018 nach vielen Beschwerden über fehlende Kuratierung entfernt.

Dennoch bleibt ein Hauptproblem: Die seit den Entlassungswellen 2023 ausgedünnten Moderationsabteilungen der sozialen Netzwerke, die Inhalte überprüfen, tun sich sichtlich schwer damit, Verschwörungsposts Einhalt zu gebieten. Zwar wurden manche Posts gelöscht, einige erhielten auf X einen Vermerk, der auf die Echtheit des Mordanschlags hinweist. Andere waren aber auch in der Nacht zu Montag noch ohne Einordnung aufrufbar – und erreichten Millionen Klicks.

Während der Coronapandemie und bei der US-Wahl 2020 hatten die Tech-Unternehmen Inhalte, die ihre Moderationsteams für bedenklich hielten, noch gelöscht. Viele vor allem republikanische Sympathisanten sprachen in der Folge von Zensur. Musk kaufte Twitter auch, um nach eigener Aussage die Meinungsfreiheit zu schützen.

In den kommenden Wochen werden die Plattformen unter weiteren Stress geraten, fürchten Beobachter. Die Zahl der gezielten Einflussversuchen auf die US-Wahl im November stiegen, auch aus dem Ausland. Meta hatte am Freitag angekündigt, die im Nachgang auf den Sturm auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 eingeführten Beschränkungen für die Instagram- und Facebook-Konten Trumps bald aufzuheben. Im Januar 2023 hatte Meta Trumps Konten wieder freigeschaltet.



X, REUTERS [M]

Elon Musk: Beteiligt sich selbst auf X an Spekulationen über Hintergründe des Attentats.

Christian Lindner:
Der Finanzminister will im
kommenden Jahr 43,8
Milliarden Euro neue
Schulden machen.



dpa

Bundesetat

Opposition nennt Ampel-Pläne „Luftikus-Haushalt“

Wenn das Kabinett am Mittwoch den Etat 2025 beschließt, ist die Ampel ihre Finanzsorgen nicht los. Einige Buchungen sind mit Risiken behaftet.

Martin Greive, Jan Hildebrand Berlin

Mehr als 80 Stunden hatten Kanzler Olaf Scholz (SPD), Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) verhandelt, um den Haushaltsstreit zu lösen. Am kommenden Mittwoch wird das Bundeskabinett nun den Etat für das kommende Jahr beschließen. Stolze 1437 Seiten umfasst die Kabinetttvorlage, die dem Handelsblatt vorliegt. Dennoch lässt der Haushaltsentwurf aber noch einige entscheidende Dinge offen. Die Ampelkoalition ist ihre Finanzsorgen noch lange nicht los.

Auch wenn Scholz, Habeck und Lindner sich in den vergangenen Wochen 23 Mal im Kanzleramt getroffen hatten und sparunwillige Minister zu dritt bearbeitet haben, klaffen in Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung weiterhin milliarden schwere Finanzlücken. Der Etatentwurf für das kommende Jahr sieht eine Neuverschuldung von 43,8 Milliarden Euro vor. Damit hält der Bund die Schuldenbremse ein. Doch das reicht bisher nicht, um die Gesamtausgaben von 480,6 Milliarden Euro zu decken. Im Haushaltsentwurf befindet sich bisher noch eine milliarden schwere Lücke.

Im Fachjargon ist von einer „globalen Minderausgabe“ (GMA) die Rede. Das bedeutet: Noch ist offen, wie diese Ausgaben finanziert werden. Entweder muss das Geld eingespart werden, oder es braucht zusätzliche Einnahmen.

Gewinner und Verlierer im Haushaltsstreit

Mehr- und Minderausgaben im Haushalt 2025 gegenüber 2024 in Mio. Euro

Ministerien: Arbeit und Soziales	3.582
Verkehr und Digitales	2.523
Verteidigung	1.298
Bildung und Forschung	833
Bauen	694
Familien	569
Inneres	403
Finanzen	332
Umwelt und Verbraucherschutz	247
Justiz	13
Bundeskanzleramt	-36
Landwirtschaft	-68
Gesundheit	-269
Wirtschaft und Klimaschutz	-833
Auswärtiges Amt	-836
Entwicklung	-937

HANDELSBLATT

Quelle: Regierungskreise

„Wie zwischen dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und dem Bundesminister der Finanzen vereinbart“, werde die GMA „zunächst auf 17 Milliarden Euro erhöht“, heißt es in der Kabinetttvorlage. „Bis zur formalen Zuleitung des Regierungsentwurfs“ an den Bundestag versuche man aber, die GMA „wieder deutlich zu reduzieren“.

So wollen Scholz, Habeck und Lindner möglichst bis Mitte August rund acht Milliarden Euro aufreiben. Vor allem drei Optionen sind dazu im Gespräch: Unter anderem geht es darum, ob milliarden schwere Zuschüsse an die Bahn und an die Autobahngesellschaft durch Darlehen ersetzt werden können. So würde das Geld nicht auf die Schuldenbremse angerechnet.

Zudem wird geprüft, ungenutzte Mittel der staatlichen KfW-Bank heranzuziehen. Die KfW hatte in der Energiekrise die Auszahlungen der Gaspreisbremse abgewickelt. Dafür hatte die Bank Liquidität vom Bund erhalten, die sie aber nicht vollständig benötigt hat. Möglicherweise kann der Bund das Geld nun zurückerhalten und nutzen. Es geht um knapp fünf Milliarden Euro.

Allerdings warnen Juristen die Regierung davor, es bei diesen Buchungstricks zu übertreiben. Die drei Operationen sollen im Kanzleramt erdacht worden sein. Allerdings ist man sich in der Regierung selbst nicht ganz sicher. Man prüfe die Maßnahmen noch „verfassungsrechtlich und wirtschaftlich“, heißt es in der Kabinetttvorlage. Nicht nur die Beamten im Finanzministerium selbst sind

damit beauftragt, sondern auch externe Experten. Sollten die Maßnahmen so nicht möglich sein, bliebe eine relativ große Finanzlücke, die später von den Haushaltern im Bundestag geschlossen werden müsste.

Ohnehin plant die Ampel, die GMA nicht ganz aufzulösen. Mindestens acht Milliarden Euro dürften im finalen Haushalt stehen bleiben. Das ist durchaus üblich. Schließlich stellt sich jedes Jahr heraus, dass der Bund nicht alle Mittel wie geplant ausgeben konnte, etwa weil sich Projekte verzögern. Allerdings hatten Scholz, Habeck und Lindner bei ihren Marathonverhandlungen nach eigenem Bekunden schon viel im Haushalt gekürzt. So wurden etwa die Ansätze für die Überweisungen an die EU, die sich in der Vergangenheit häufig als zu hoch herausgestellt hatten, verringert.

Sechs Milliarden Euro Einnahmen durch das Wachstumspaket?

Und noch eine Kalkulation ist im Haushalt mit Risiken behaftet. Am Mittwoch wird das Kabinett nicht nur den Haushalt beschließen, sondern auch ein Wachstumspaket, auf das sich Scholz, Habeck und Lindner verständigt haben. Es umfasst 49 Maßnahmen, etwa steuerliche Entlastungen, Arbeitsanreize und Bürokratieabbau.

Die Bundesregierung geht von einem Wachstumseffekt aus, der zu Mehreinnahmen führt. „Die erwarteten positiven Effekte werden als eine globale Mehreinnahme veranschlagt“, heißt es im Entwurf. 14,3 Milliarden Euro sind verzeichnet. Dabei handle es sich aber auch noch um andere Mehreinnahmen, wird in Regierungskreisen betont. Die positiven Effekte durch das Wachstumspaket seien mit sechs Milliarden Euro veranschlagt.

Aber auch die müssen erst mal erzielt werden. Noch sind die entsprechenden Gesetze nicht beschlossen. Über einzelne Maßnahmen wird in der Ampelkoalition bereits gestritten. Ein Satz aus dem Haushaltsentwurf von Lindner klingt deshalb fast wie eine Mahnung an die Ampelkollegen: „Ein zügiges Inkrafttreten und eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen wurden dabei unterstellt.“

Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Christian Haase (CDU) kritisiert die Lücken im Etat: „Man könnte auch von einem Luftikus-Haushalt sprechen, wenn über 40 Milliarden Euro mit allgemeinen Platzhaltern zur Haushaltsdeckung herangezogen werden. Es ist schon ein abenteuerliches und fragwürdiges Vorgehen.“

Die Ampelkoalition weist die Kritik zurück. FDP-Finanzexperte Otto Fricke sagt: „Wenn man sich erinnert, was es für Prophezeiungen gegeben hat, darf man festhalten, dass die Regierung und der Finanzminister es in anspruchsvollen Verhandlungen geschafft haben, einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf vorzulegen.“

Allerdings dürfte es auch in der Ampel noch Diskussionen geben. So stört sich etwa der Haushaltsexperte der Grünen, Sven-Christian Kindler, daran, dass der Regierungsentwurf weniger Geld für das Auswärtige Amt und das Entwicklungsmministerium vorsieht. „Kein Gesetz geht ohne Veränderungen durch den Bundestag“, sagt Kindler. „Der Haushaltsgesetzgeber ist der Bundestag.“

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hatte nach der Haushaltseinigung von Scholz, Habeck und Lindner sogar wieder eine Notlage und damit ein Aussetzen der Schuldenbremse ins Spiel gebracht. Das ist allerdings mit den Liberalen nicht zu machen. Fricke: „Ich darf aber jetzt schon darauf hinweisen, dass es für eine Änderung die Zustimmung aller drei Fraktionen bedarf.“

Nicht nur im Haushalt für 2025 gibt es noch große Lücken, sondern auch in der mittelfristigen Finanzplanung. Das betrifft vor allem das Jahr 2028. Dann ist das 100 Milliarden Euro schwere Sondervermögen für die Bundeswehr aufgebraucht und die auf 80 Milliarden Euro gestiegenen Verteidigungsausgaben sollen aus dem Haushalt finanziert werden. Doch bei 28 Milliarden Euro ist nicht klar, wo sie herkommen sollen.

Und es gibt weitere Lücken. Und so steht im Finanzplan für 2028 insgesamt eine globale Minderausgabe von 39 Milliarden Euro. Wie diese Lücke geschlossen werden soll, ist ebenfalls offen.

Paschal Donohoe

„Die Risiken vervielfachen sich, wenn wir eine Währung teilen“

Der Euro-Gruppen-Chef blickt besorgt auf die mögliche Linksregierung in Frankreich. Im Interview nennt er einen wichtigen Faktor, um Defizite zu verringern.

Carsten Volkery Brüssel

Die politische Unsicherheit nach der Wahl in Frankreich alarmiert die anderen Euro-Länder. Vor der Bildung einer neuen Regierung in Paris forderte der Chef der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe, am Montag, dass das Land an der Haushaltskonsolidierung festhalten müsse. „Meine Botschaft an die neue französische Regierung ist die gleiche wie an alle Regierungen in der Euro-Zone“, sagte der Ire im Interview mit dem Handelsblatt. „Wir haben in den vergangenen Jahren aufgrund der Pandemie unsere Neuverschuldung erhöht und jetzt müssen wir sie wieder verringern.“

Bundesfinanzminister Christian Lindner sagte vor dem Treffen der 20 Euro-Finanzminister am Montag in Brüssel, auch die künftige französische Regierung müsse sich an die europäischen Schuldenregeln halten. „Wir müssen weiter Disziplin wahren“, sagte der FDP-Chef.

Teure Wahlversprechen des Linksbündnisses

In Frankreich wird gerade über eine neue Koalitionsregierung verhandelt, nachdem das Linksbündnis Neue Volksfront die Parlamentswahlen Anfang Juli gewonnen hatte. Sollten einige der teuren linken Wahlversprechen umgesetzt werden, dürfte die französische Staatsverschuldung in den kommenden Jahren eher steigen als sinken.

Das Szenario einer möglichen Schuldenkrise in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone hatte unmittelbar nach der Wahl bereits die Finanzmärkte in Unruhe versetzt. Donohoe sagte: „Wir müssen erkennen, dass zusätzliche Schulden die Risiken für uns alle erhöhen. Diese Risiken vervielfachen sich, wenn wir eine gemeinsame Währung teilen.“

Die Euro-Gruppe kam am Montag erstmals seit der Frankreich-Wahl zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Minister, dass alle Regierungen in diesem und im kommenden Jahr eine restriktive Haushaltspolitik verfolgen sollten.

Euro-Länder im Vergleich

	Saldo	Schulden
Griechenland	-1,6 %	161,9 %
Italien	-7,4 %	137,3 %
Frankreich	-5,5 %	110,6 %
Spanien	-3,6 %	107,7 %
Belgien	-4,4 %	105,2 %
Deutschland	-2,5 %	63,6 %

Ausgewählte Länder; BIP = Bruttoinlandsprodukt
HANDELSBLATT Quelle: EU-Kommission

Man habe die Formulierung im Vergleich zum März verschärft, sagte Donohoe. Statt „leicht restriktiv“ ist nun von „restriktiv“ die Rede.

In dem Statement heißt es: „Eine schrittweise und nachhaltige Haushaltskonsolidierung in der Euro-Zone bleibt notwendig, um die hohen Defizite und Schuldenstände zu senken.“ Erreicht werden soll dies vor allem durch das Auslaufen der Energiehilfen. Wenn diese überall komplett eingestellt würden, wäre dies ein „entscheidender Faktor“, um die Defizite zu verringern, sagte Donohoe.

Eine wichtige Frage ist, ob alle Regierungen sich an die Selbstverpflichtung halten und ihre Ausgaben senken. Insbesondere das mögliche Mittel-links-Bündnis in Frankreich sorgt für Nervosität – bei den EU-Partnern wie auch in Pariser Finanzkreisen.

Der französische Rechnungshof mahnte am Montag, es sei von entscheidender Bedeutung, das staatliche Defizit zu senken. Die angespannte Lage der öffentlichen Finanzen sei besorgniserregend. Sie schränke den Spielraum für Investitionen ein und führe dazu, dass Frankreich im Falle eines neuen wirtschaftlichen Schocks „gefährlich exponiert“ sei. Auch Notenbankchef Francois Villeroy de Gal-

hau hatte kürzlich vor weiteren Schulden gewarnt. Die Neuverschuldung in Frankreich betrug im vergangenen Jahr 5,5 Prozent der Wirtschaftsleistung – deutlich über der erlaubten EU-Obergrenze von drei Prozent. Die EU-Kommission hat deshalb ein Defizitverfahren gegen Paris eingeleitet, ebenso gegen sechs weitere EU-Länder. Die Gesamtverschuldung in Frankreich liegt mit 110,6 Prozent der Wirtschaftsleistung ebenfalls deutlich über der erlaubten Maastricht-Obergrenze von 60 Prozent.

Regierung unter Macron wollte Defizit bis 2027 verringern

Die bisherige Regierung unter Präsident Emmanuel Macron hatte das Ziel ausgegeben, das Defizit bis 2027 auf drei Prozent zu drücken. Donohoe sagte, er freue sich darauf, mit der neuen französischen Regierung daran zu arbeiten, wieder auf ein „normales Niveau“ der Neuverschuldung zu kommen.

Auch der reformierte Wachstums- und Stabilitätspakt soll Paris bei diesem Ziel helfen. Er sieht vor, dass jede Regierung bis September einen nationalen Schuldenabbauplan für die kommenden vier Jahre bei der EU-Kommission einreicht. Am Ende dieses Zeitraums sollen die Schulden auf einem nachhaltig absteigenden Pfad sein. Die Regierungen können die Frist auf sieben Jahre verlängern, wenn sie bestimmte Investitionen und Strukturformen vornehmen.

Donohoe sagte, die Euro-Regierungen müssten „die richtige Balance zwischen Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen hinbekommen“. Es sei eine Herausforderung, die Neuverschuldung zu senken, wenn die Haushalte und Unternehmen immer noch die gestiegenen Lebenshaltungskosten spürten. „Aber wir müssen alle unseren Teil beitragen.“

Derzeit beträgt die Schuldenquote in der Euro-Zone im Schnitt 90 Prozent der Wirtschaftsleistung. Auf die Frage, wo sie in fünf Jahren liegen sollte, entgegnete der Euro-Gruppen-Chef, sie solle niedriger sein als jetzt. „Und das werden wir schaffen.“



Bloomberg, REUTERS



Anhänger der Neuen Volksfront, Paschal Donohoe: Feiern nach der Wahl, Sorgen nach der Wahl.



Klimaneutralität

Milliarden für weitere Wasserstoffprojekte

Wirtschaftsminister Robert Habeck hat Förderbescheide für 22 Infrastrukturprojekte übergeben. Ein bedeutendes Projekt geht vorerst jedoch leer aus.

Klaus Stratmann Berlin

Mit den Projekten verbinden Politik und Industrie große Hoffnungen: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat am Montag 22 Förderbescheide für Wasserstoffvorhaben übergeben – sie sollen den Hochlauf einer Wasserstoff-Wertschöpfungskette beschleunigen. Gefördert werden der Bau von Elektrolyseuren, in denen mit Strom aus erneuerbaren Quellen grüner Wasserstoff hergestellt wird, der Aufbau eines Wasserstoff-Pipeline-netzes, die Entwicklung von Wasserstoffspeichern und von Terminals zum Import von Wasserstoff.

Habeck sagte bei Übergabe der Bescheide, mit der Förderung von Wasserstoffprojekten gehe man einen wichtigen Schritt hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft in Europa und darüber hinaus. „Wir geben den Startschuss für die Errichtung von Elektrolyseuren der dreistelligen Megawatt-Klasse und ermöglichen damit wichtige Fortschritte bei der inländischen Produktion von grünem Wasserstoff. Eine leistungsfähige Wasserstoffinfrastruktur spielt eine Schlüsselrolle, um die Dekarbonisierung der Industrie und des Energiesektors zu ermöglichen.“

Mit einer Kofinanzierung von 30 Prozent durch die beteiligten Bundesländer sehen Bund und Länder gemeinsam eine Förderung von 4,6 Milliarden Euro für die Projekte vor. Die Unternehmen selbst investieren nach Angaben des Ministeriums zusätzlich 3,3 Milliarden Euro. Damit beläuft sich das Volu-

Elektrolyseur:
Damit kann grüner Wasserstoff hergestellt werden.

Robert Habeck:
Für ihn spielt eine leistungsfähige Wasserstoffinfrastruktur die Schlüsselrolle bei der Dekarbonisierung.

men der Gesamtinvestitionen auf 7,9 Milliarden Euro.

Ein 23. Projekt erhielt am Montag noch keinen Förderbescheid, aber immerhin die Genehmigung für den vorzeitigen Maßnahmenbeginn. Das heißt: Die Initiatoren dürfen auf eigenes Risiko mit der Arbeit beginnen und haben Aussicht darauf, den Förderbescheid später zu bekommen. Wahrscheinlich erhalten sie ihn noch in diesem Sommer, hieß es aus Ministeriumskreisen. Über die Gründe wurde zunächst nichts bekannt. Bei dem 23. Projekt handelt es sich um „Aquaductus“, ein Wasserstoff-Pipeline-Projekt in der Nordsee.

Die Projekte sind Teil der „dritten Welle“ von Wasserstoffprojekten, die als sogenannte IPCEI-Vorhaben eingestuft wurden. IPCEI steht für Important Projects of Common European Interest. Projekte, die von der EU-Kommission als IPCEI-Vorhaben anerkannt werden, dürfen von den EU-Mitgliedstaaten großzügig gefördert werden, die strengen beihilferechtlichen Bedingungen gelten hier nicht. Das IPCEI-Instrument wird auch für andere Vorhaben eingesetzt, etwa zur Förderung der Mikroelektronik oder für den Aufbau einer Batteriezellfertigung.

Bereits im Februar 2024 hatte die EU-Kommission die Projekte bekannt gegeben, denen Habeck nun die Förderbescheide überreichte. Sie laufen unter der Überschrift „Hy2Infra“. Neben den 23 Vorhaben aus Deutschland sind acht weitere aus anderen EU-Staaten Teil der drit-

ten IPCEI-Förderung von Wasserstoffprojekten. Die EU-Kommission hatte den EU-Mitgliedstaaten im Februar erlaubt, insgesamt bis zu 6,9 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln zu bewilligen. Dadurch sollen zusätzlich private Investitionen im Umfang von 5,4 Milliarden Euro mobilisiert werden.

Mit der Übergabe der Förderbescheide endet ein mehrstufiges Verfahren, das sich über drei Jahre hinzog. Viele Projekte mussten im Laufe dieser Zeit immer wieder angepasst werden, weil sich die Bedingungen geändert hatten. Für die Unternehmen entwickelte sich das zur Geduldssprobe.

Die Versorgung mit klimaneutralem Wasserstoff soll die Abhängigkeit von Erdgas verringern und der Industrie helfen, klimaneutral zu werden. Damit gehört der Aufbau einer Wasserstoff-Wertschöpfungskette zu den wichtigsten Bestandteilen des europäischen Green Deals.

Bereits im Juli 2022 hatte die Kommission die erste Gruppe von IPCEI-Vorhaben genehmigt. Schwerpunkt war damals die Entwicklung von Wasserstofftechnologien. Die zweite Gruppe wurde im September 2022 genehmigt und betraf Wasserstoffanwendungen in der Industrie. In der ersten Welle kamen nur vier von 41 Projekten aus Deutschland, in der zweiten Welle befand sich unter den 35 Projekten keines aus Deutschland. In der dritten Welle bilden nun Projekte aus Deutschland die große Mehrheit.

Die IPCEI-Förderung ist ein wesentlicher Baustein, mit dem die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität vorangebracht werden soll. Der Schwerpunkt liegt auf der In-

IPCEI-Projekte „Hy2 Infra“

Geförderte Projekte/Unternehmen nach Bereich der Wasserstoffinfrastruktur¹

Elektrolyseure

Air Liquide	Deutschland
Energie Salentine	Italien
Enertrag	Deutschland
EWE Hydrogen	Deutschland
Fusion Fuel	Portugal
GHS	Deutschland
HGH	Deutschland
HydroHub Fenne	Deutschland
Lhyfe	Frankreich
Linde	Deutschland
Lingen	Deutschland
Polenergia	Polen
Rostock EnergyPort	Deutschland
RWE	Deutschland
SAIPEM	Italien
Winpower	Portugal

Pipelines

AquaDuctus	Deutschland
Creos	Deutschland
Eustream	Slowakei
EWE Netz	Deutschland
Gasnetz Hamburg	Deutschland
Gasunie	Deutschland
Nowega	Deutschland
OGE	Deutschland
Ontras	Deutschland
SNAM	Italien
Thyssengas	Deutschland

Speicher

EWE Gasspeicher	Deutschland
RWE Gas Storage	Deutschland
VNG	Deutschland

Umschlagterminals für Wasserstoff

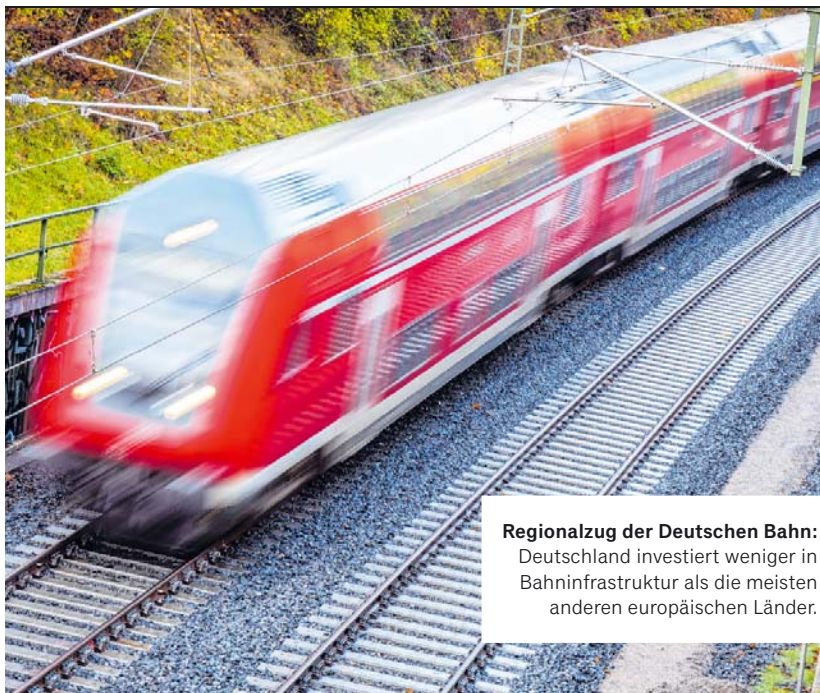
Hydrogenious	Deutschland
Vopak	Niederlande

IPCEI = Important Project of Common European Interest • 1) Bewilligt 2024/realisierbar bis 2029
HANDELSBLATT Quelle: EU-Kommission

vestition in Anlagen und Infrastruktur. Parallel dazu arbeitet das Bundeswirtschaftsministerium daran, den Betrieb von wasserstoffbasierten Anlagen zu ermöglichen, deren Betriebskosten voraussichtlich noch über Jahre höher liegen werden als die Betriebskosten konventioneller Anlagen. Entscheidendes Element sind dabei Klimaschutzverträge.

Ende vergangener Woche endete die erste Pilotauktion für solche Verträge. Unternehmen der energieintensiven Industrie konnten sich um eine 15-jährige Förderung für ihre Transformationsprojekte bewerben. Nach einer vorläufigen Auswertung des Bundeswirtschaftsministeriums wurden 17 Gebote mit einem Volumen von 5,3 Milliarden Euro eingereicht. Für die erste Gebotsrunde der Klimaschutzverträge steht ein Fördervolumen von bis zu vier Milliarden Euro zur Verfügung. In den kommenden Wochen folgt die Auswertung der Gebote.

Roif Vennbernd/dpa, IMAGO/Bernd Eimenthaler



Regionalzug der Deutschen Bahn:
Deutschland investiert weniger in
Bahninfrastruktur als die meisten
anderen europäischen Länder.

Krise der Bahn

Deutschland investiert besonders wenig in sein Schienennetz

Die meisten Länder Europas stecken mehr Geld in den Schienenverkehr als die Bundesrepublik. Bahnfahrer erleben die Folgen der Unterfinanzierung jeden Tag. Nun gibt es für sie neue Hoffnung.

Josefine Fokuhl Berlin

Bei der Schieneninfrastruktur beläuft sich der Sanierungsstau mittlerweile auf 92 Milliarden Euro. Obwohl die Bundesregierung im vergangenen Jahr geringfügig mehr als noch im Vorjahr investierte, bleiben die Pro-Kopf-Investitionen im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich. Das zeigen Zahlen vom Interessenverband Allianz pro Schiene und der Unternehmensberatung SCI Verkehr.

Deutschland steht mit 115 Euro pro Kopf nach wie vor im Länderranking auf einem der unteren Plätze, hinter Österreich, der Schweiz, Großbritannien und Tschechien. Nur Frankreich investiert noch weniger (51 Euro) und liegt auf dem letzten Platz.

„Die Investitionen in die Schieneninfrastruktur haben bei Weitem nicht ausgereicht, um die Inflation und gestiegenen Baukosten auszugleichen“, sagte Andreas Geißler von der Allianz pro Schiene. Zwar wuchsen die Pro-Kopf-Investitionen im vergangenen Jahr um ein Prozent, jedoch lag die In-

flationsrate bei sechs Prozent. Der Investitionsstau im deutschen Schienennetz sei „enorm“, betont Geißler.

Das marode Schienennetz Deutschlands hatte zuletzt während der Fußball-Europameisterschaft internationale Aufmerksamkeit erregt. Was für Bahnfahrer in Deutschland schon seit einiger Zeit Realität ist, sorgte vor allem bei den ausländischen Gästen für Fassungslosigkeit und Ärger: So verpassten Österreicher-Fans wegen Verspätungen der Deutschen Bahn ein EM-Spiel. Die niederländische Mannschaft musste zum Halbfinale wegen einer Störung bei der Deutschen Bahn kurzfristig auf das Flugzeug ausweichen – und verpasste dadurch die Pressekonferenz.

Daraufhin gab es massive Kritik aus der Politik, auch von Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP). Die Deutsche Bahn habe sich bei der Fußball-Europameisterschaft übernommen, argumentiert Wissing. „Was den Fans teilweise widerfahren ist, erfüllt nicht den Anspruch Deutschlands und nicht den Anspruch, den ich an unsere Verkehrsinfrastruktur habe“, sagte er der „Welt am Sonntag“.

Die Deutsche Bahn hatte geplant, während des Turniers täglich 10.000 zusätzliche Sitzplätze zur Verfügung zu stellen. Das Netz könne diese zusätzlichen Kapazitäten in diesem Zustand aber nicht bewältigen, so Wissing.

Der Verkehrsminister kündigte Besserungen an. Am Montag startete die Sanierung der sogenannten Riedbahn, eine der wichtigsten Strecken in Deutschland. Fünf Monate bleibt sie dafür gesperrt. Die Bahnstrecke zwischen Frankfurt und Mannheim ist nur der Auftakt für das größte Sanierungsprogramm der Bahn seit Jahrzehnten: Bis 2030 sollen deutschlandweit mehr als 4000 Kilometer an erneuerten Gleisen folgen.

Sobald der erste Streckenabschnitt fertig sei, würden Fahrgäste Verbesserungen im gesamten Schienennetz spüren, sagte Wissing. Friedrich Merz (CDU) bleibt skeptisch. Der CDU-Chef forderte im ARD-Sommerinterview, die Bahn müsse ihr Angebot reduzieren, um dieses geschrumpfte Angebot dann wieder zuverlässig erbringen zu können. Merz sagte außerdem, Netz und Betrieb müssten voneinander getrennt werden. Das Netz müsse in der Hand des Staates bleiben, der Betrieb auf dem Netz könne im Wettbewerb stattfinden, so der CDU-Politiker. „Die Bahn ist überfordert, und zwar nicht punktuell, sondern strukturell.“

Verbesserung ab 2024 in Sicht

Bei den Investitionen in die Schiene ist ab dem laufenden Haushaltsjahr 2024 eine Verbesserung in Sicht, heißt es beim Interessenverband Allianz pro Schiene und SCI Verkehr. „Ab dem laufenden Jahr 2024 wird die Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag eingelöst, erheblich mehr in die Schiene als in die Straße zu investieren“, sagte Geißler von der Allianz pro Schiene.

Deutschland könne mit seinen erhöhten Investitionen dann auf einen Platz zwischen England und den Niederlanden im Länderranking für 2024 hoffen, erklärt Geißler. Das wäre „substanziell über dem, was wir jetzt haben“. Die Entwicklung der Pro-Kopf-Zahlen zeige, dass andere Länder schon deutlich früher ihre Schieneninvestitionen verstärkt hätten, sagte Maria Leenen von SCI Verkehr. „Heute profitieren sie davon.“ Der Richtungswechsel der Bundesregierung sei zwar begrüßenswert, so Leenen. Er finde aber noch nicht in dem notwendigen Tempo statt. Außerdem sei der angemeldete Zusatzbedarf von 45 Milliarden Euro in den kommenden Jahren noch nicht vollständig gedeckt, mahnt das Bündnis.

Um das zu ändern und die Investitionen perspektivisch ausbauen zu können, brauche es vor allem Planungssicherheit und neue Wege der Finanzierung. Dabei solle sich Deutschland an Österreich oder der Schweiz orientieren. Das Bündnis plädiert für eine langfristige Fondslösung. „Das jährliche Tauziehen um mehr Geld aus dem Bundeshaushalt muss ein Ende haben, wenn wir das Schienennetz deutlich voranbringen wollen“, sagt Geißler von der Allianz pro Schiene.

Dafür plädierte zuletzt auch Verkehrsminister Wissing. Der FDP-Politiker sprach sich im März für das Fondsmodell aus, um die „langfristige Absicherung notwendiger Investitionen“ zu garantieren. Dieser Vorschlag traf auch bei Verkehrsverbänden auf Zustimmung. Konkrete Pläne zur Ausgestaltung gibt es seitens der Bundesregierung bisher allerdings noch nicht.

Off the Record Brussels

Winkelzug in Brüssel

Die EU setzt beim Aus des Verbrennungsmotors plötzlich auf Technologieoffenheit.

Für Volker Wissing geht es mal wieder um alles oder nichts: „Es käme einem gigantischen Wahlbetrug gleich“, schimpfte der Bundesverkehrsminister in der vergangenen Woche. „Wenn Ursula von der Leyen sich erneut für ein Verbrennerverbot ausspricht, verliert die CDU ihre gesamte Glaubwürdigkeit.“

Die designierte Kommissionspräsidentin kämpft derzeit um ihre Wiederwahl. Am Donnerstag will sie sich vom Europaparlament, das diese Woche zum ersten Mal nach der Wahl in Straßburg zusammekommt, wiederwählen lassen.

Dafür muss sie Zugeständnisse machen. Ihre Fraktion, die EVP, wurde bei der Europawahl im Juni zwar stärkste Kraft, doch für ihre Wiederwahl ist sie auch auf die Stimmen der Sozialdemokraten, der Liberalen und der Grünen angewiesen. Nun dürfte ihr bei einem wichtigen Thema, dem bereits beschlossenen Verbrenner-Aus ab 2035, ein Balanceakt gelingen sein.

Von der Leyens CDU hatte im Wahlkampf erklärt, den in Deutschland extrem unbeliebten Plan wieder rückgängig machen zu wollen. Vor allem die Sozialdemokraten und die Grünen bestehen jedoch darauf, dass es mit ihnen keine Rückabwicklung des „Green Deals“ geben wird. Nun zeichnet sich ein Kompromiss ab, mit dem beide Seiten leben können.

Bei der Klausurtagung der EVP-Fraktion in Portugal hat die entsprechende Arbeitsgruppe einen Vorschlag erarbeitet, der mehr oder weniger bereits existiert – aber nicht rechtskräftig ist. Die EVP will zwar an dem Ziel festhalten, ab 2035 nur noch klimaneutrale Neuwagen zuzulassen. Dabei will sie aber nun einen technologieoffeneren Ansatz verfolgen.

Die Lösung der EU zielte ursprünglich ausschließlich auf den Einsatz von Elektroautos im Straßenverkehr ab. Mit dem technologieoffenen Ansatz können Verbrenner aber auch dann neu zugelassen werden, wenn sie mit klimaneutralen synthetischen E-Fuels betrieben werden. Welche Kraftstoffe genau in diese Kategorie fallen, bedarf allerdings noch der Klärung.

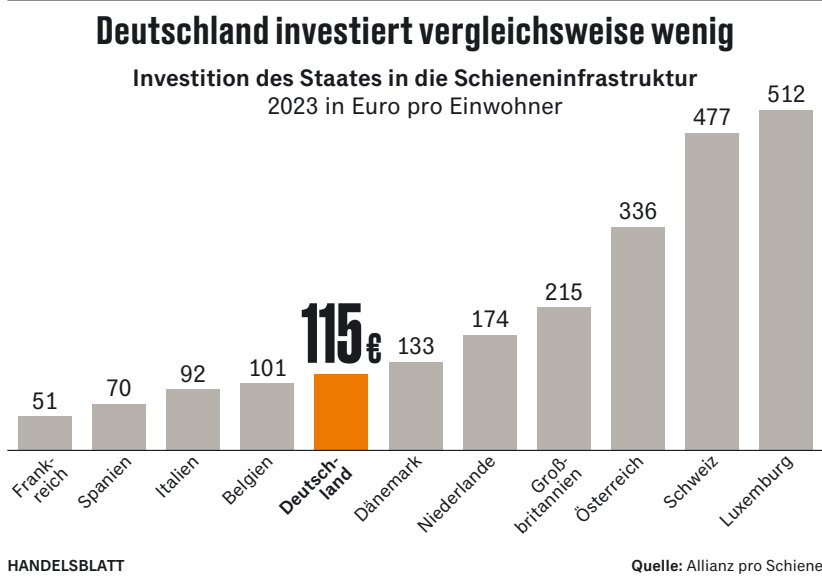
Der wahre Held ist Wissing, denn er hatte den Kompromiss schon 2023 erzwungen indem er die deutsche Zustimmung zu dem Gesetz so lange blockierte, bis der Text umformuliert wurde. Nur umgesetzt wurde die Änderung noch nicht, da sie nur als Randnotiz im Gesetz verankert war.

Auch wenn dieser Vorschlag nun dank der CDU voraussichtlich schon vor der geplanten Revision des Gesetzes 2026 umgesetzt wird, kann nicht wirklich von einer Rückabwicklung des Green Deals gesprochen werden, da der Verweis auf den technologieoffenen Ansatz ja schon drinsteht.

Je nach Interpretation können nun sowohl die CDU als auch Grüne und Sozialdemokraten das Thema für sich als Erfolg verbuchen. Und die designierte Kommissionspräsidentin rückt damit ihrer Wiederwahl am Donnerstag ein Stückchen näher.



Die Autorin **Olga Scheer** ist Korrespondentin in Brüssel. Sie erreichen sie unter: scheer@handelsblatt.com



Handelsblatt

DEUTSCHLANDS WIRTSCHAFTS-
UND FINANZZEITUNG

Verleger: Dieter von Holtzbrinck

Redaktion

Chefredakteur: Sebastian Matthes
Stv. d. Chefredakteurs: Peter Brors, Kirsten Ludowig
Mitglied der Chefredaktion: Charlotte Haunhorst
 (Head of Digital)

Textchef: Christian Rickens (Morning Briefing)

Wochenende & Report: Sven Prange

Kommentarchef: Dr. Jens Münchrath

Podcast, Live & Video: Kevin Knitterscheidt

Chefökonom: Prof. Dr. Bert Rürup

Ressortleiter: Thomas Sigmund (Politik),
 Jürgen Flauger, Ina Karabasz (Unternehmen),
 Michael Maisch (Finanzen), Nicole Bastian (Ausland),
 Sönke Iwersen, Martin Murphy (Investigative Recherche),
 Tobias Böhnke (Performance Desk)

Chefs vom Dienst: Stefan Kaufmann (Leitung),
 Tobias Döring, Andreas Dörnfelder, Tom Körkemeier,
 Marc Renner,
 Claus Baumann, Claudia Panster (Redigatur),
 Daniel Klager (Ltg. News),
 Susanne Wesch (Ltg. Print), Anja Holtschneider

Art Direction: Michel Becker, Ralf Peter Paßmann

International Correspondents:
 Torsten Riecke

Verantwortlich im Sinne des Presserechts sind die
 jeweiligen Leiter für ihren Bereich. Im Übrigen die
 Chefredaktion.

Handelsblatt Research Institute

Tel.: 0211 - 887-0, Telefax: 0211 - 887-97-0,
 E-Mail: info@handelsblatt-research.com
 Dr. Jan Kleibrink (Managing Director)

Verlag

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts).

Geschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitz),
 Sebastian Christensen

**Verantwortlich für Herstellung
 und Anzeigen:** Christian Wiele

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Düsseldorf.
 Anschrift von Redaktion, Verlag und Anzeigenleitung:
 Toulouse Allee 27, D-40211 Düsseldorf, Tel. 0211 - 887-0
 Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos.
 Axel Springer SE, Offsetdruckerei Kettwig,
 Im Teelbruch 100, 45219 Essen; Pressedruck Potsdam GmbH,
 Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam;
 Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH,
 Zamdorfer St. 40, 81677 München

Vertrieb Einzelverkauf:

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, www.tagesspiegel.de

Kundenservice:

Postfach 103345, 40024 Düsseldorf, Telefon: 0211 887 3602,
 Aus dem Ausland: 0049 211 887 3602
 E-Mail: kundenservice@handelsblatt.com
 Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung
 übermittelt an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH
 & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main.

Anzeigen:

Anzeigenverkauf Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-0, Fax: 0211 - 887-33 59
 E-Mail: info@iqm.de; Internet: www.iqm.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt.com

Tel.: 0211 - 887-26 26, Fax: 0211 - 887-97 26 56
 E-Mail: info@iqdigital.de; Internet: www.iqdigital.de

Anzeigenverkauf Handelsblatt Personalanzeigen

Tel.: 040 - 3280-5800
 E-Mail: angelika.brandenstein-wendt@zeit.de
 Internet: https://talent.zeit.de/

Anzeigendisposition Handelsblatt

Tel.: 0211 - 887-26 60, Fax: 0211 - 887-97 26 60
 E-Mail: dispo.hb@iqm.de

Redaktion:

Telefax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: handelsblatt@vhb.de

Politik

Tel.: 030 - 61 68 61 92, Fax: 0211 - 887-97 80 27

E-Mail: hb.berlin@vhb.de

Unternehmen

Tel.: 0211 - 8 87 13 65, Fax: 0211 - 887-97 12 40

E-Mail: hb.um@vhb.de

Finanzen

Tel.: 069 - 2424 4002, Fax: 0211 - 887-97 41 90

E-Mail: hb.fz@vhb.de

Handelsblatt Veranstaltungen

Tel.: 0211 - 887 0, Fax: 0211 - 887 43-40 00

E-Mail: info@euroforum.com

www.handelsblatt.com/veranstaltungen

Das Handelsblatt wird ganz oder in Teilen im Print und digital
 vertrieben. Alle Rechte vorbehalten.
 Kein Teil dieser Zeitung darf ohne schriftliche Genehmigung
 des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses
 Verbot fällt insbesondere auch die Vervielfältigung per Kopie,
 die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die
 Vervielfältigung auf CD-ROM.

Nutzungsrechte:

Telefon: 0211 - 2054-4640 (Dieser Service steht Ihnen
 Mo-Fr zu den üblichen Bürozeiten zur Verfügung) E-Mail:
 nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

Sonderdrucke:

Tel.: 0211 - 887-1748, Fax: 0211 - 887-97-1748

E-Mail: sonderdrucke@vhb.de

Bezugspreise Inland und EU:

Monatlich € 69,90 (Inland inkl. € 4,57 MwSt./EU zzgl. der
 jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis: € 839,- (Inland inkl. €
 54,89 MwSt./EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Vorzugspreis für Studenten (gegen Vorlage einer gültigen
 Bescheinigung): Monatlich € 34,95 (Inland inkl. € 2,29 MwSt. /
 EU zzgl. der jeweiligen MwSt.). Jahresvorzugspreis € 419,-
 (Inland inkl. € 27,41 MwSt. / EU zzgl. der jeweiligen MwSt.).

Lieferung jeweils frei Haus.

Bezugspreise übriges Ausland: auf Anfrage.

Abbestellkündigungen sind nur schriftlich mit einer Frist von 21
 Tagen zum Ende des berechneten Bezugszeitraumes möglich,
 solange keine andere Regelung vorgesehen ist. Im Falle höherer
 Gewalt (Streik oder Aussperrungen) besteht kein Belieferungs- oder
 Entschädigungsanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Düsseldorf. Der Verlag haftet nicht für unverlangt eingesandte
 Manuskripte, Unterlagen und Fotos. Für die Übernahme von Artikeln
 in interne elektronische Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen
 Rechte über die P/MG Presse-Monitor GmbH. Telefon:

030/284930 oder www.presse-monitor.de

Die ISSN-Nummer für das Handelsblatt lautet: 0017-7296



**Ursula von der Leyen:
 Rein rechnerisch haben
 Christdemokraten,
 Sozialdemokraten und
 Liberale die nötige
 Mehrheit für ihre Wahl.**

Ursula von der Leyen

Operation Wiederwahl

Diese Woche entscheidet das Europaparlament, ob Ursula von der Leyen
 EU-Kommissionspräsidentin bleibt. Die Mehrheitssuche ist schwierig.

Olga Scheer, Carsten Volkery Straßburg,
 Brüssel

Die Türen des Sitzungssaals 6Q2 im Europa-
 parlament sind geschlossen, davor lungern
 einige Reporter. Manchmal dringt
 Beifall nach draußen. Nach mehr als zwei
 Stunden öffnen sich die Türen, heraus
 kommt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von
 der Leyen. Mit keiner Miene verrät sie, wie es ge-
 laufen ist. Zielstrebig eilt sie an den Journalisten
 vorbei, ihr Gefolge im Schlepptau.

Die Szene wiederholt sich in diesen Tagen
 immer wieder. Im Europaparlament läuft die
 Operation Wiederwahl. Die Kommissionschefin
 wirbt in den Fraktionen um Unterstützung für eine
 zweite fünfjährige Amtszeit.

Zuerst war sie bei der Europäischen Volks-
 partei (EVP) zu Gast, zu der auch ihre CDU ge-
 hört. Es folgten die Sozialdemokraten, Liberalen
 und Grünen. Am Montag besucht sie noch die
 Linke, am Dienstag die rechte Fraktion der „Eu-
 ropäischen Konservativen und Reformen“ (EKR).
 Nur die beiden neuen Rechtsaußen-Fraktionen
 werden ignoriert: die „Patrioten für Europa“ von
 Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban und das

”

Wenn von
 der Leyen
 scheitert,
 riskieren
 wir viel
 Instabilität
 in Europa.

Manfred Weber
 EVP-Chef

„Europa souveräner Nationen“ der AfD. Die
 Stunde der Wahrheit kommt am Donnerstag in
 Straßburg, wenn das neu konstituierte Europa-
 parlament über die Kommissionschefin ab-
 stimmt. Von der Leyen braucht mindestens 361
 von 720 Stimmen. Sie hat genau eine Chance, ei-
 nen zweiten Versuch sehen die Regeln nicht vor.

Rein rechnerisch hätte von der Leyens Un-
 terstützerkoalition aus Christdemokraten (188
 Sitze), Sozialdemokraten (136 Sitze) und Libe-
 ralen (77 Sitze) die nötige Mehrheit. Da es im
 Europaparlament aber keinen Fraktionszwang
 gibt und die Abstimmung geheim ist, wird mit
 zahlreichen Abweichlern gerechnet. Von der
 Leyen wäre also möglicherweise auf die Stim-
 men der Grünen (53 Sitze) oder Teilen der EKR
 (78 Sitze) angewiesen. Schafft sie die Mehrheit
 nicht, müssen die 27 Mitgliedstaaten einen neu-
 en Kandidaten vorschlagen. Das könnte dazu
 führen, dass die EU monatelang mit sich selbst
 beschäftigt ist, statt mit der Arbeit der neuen Le-
 gislaturperiode zu beginnen. Die neue Kommis-
 sion stünde dann voraussichtlich erst nach der
 US-Präsidentschaftswahl im November fest.
 Vielleicht säße sogar schon Donald Trump wie-
 der im Weißen Haus.

Es steht also einiges auf dem Spiel. EVP-Chef Manfred Weber warnt bereits: „Wenn von der Leyen scheidet, riskieren wir viel Instabilität in Europa.“ Darüber könne nur einer glücklich sein, nämlich Orban. Der Ungar gefällt sich seit Jahren als Gegenspieler von der Leyens und behindert EU-Entscheidungen, wo er kann.

Die Kommissionschefin, die ungern die Kontrolle verliert, will auch bei ihrer Wiederwahl nichts dem Zufall überlassen. Mehrfach täglich tauschen sie und ihr Team sich mit Weber und dessen Leuten aus. Der CSU-Mann spielt eine entscheidende Rolle als „Bad Cop“. Indem er harte EVP-Forderungen aufstellt, verengt er gezielt den Verhandlungsspielraum von der Leyens. So kann sie gegenüber den anderen Fraktionen argumentieren, dass sie in bestimmten Fragen keine weiteren Zugeständnisse machen kann.

Die Sitzungen mit den Fraktionen verlaufen immer nach dem gleichen Muster: Von der Leyen bleibt jeweils zwei bis drei Stunden, hört sich Kritik an, beantwortet Fragen. Ganz überzeugend waren ihre Auftritte nicht, ist aus den Fraktionen zu hören. Liberale Abgeordnete bemängeln, dass ihre Versprechen zum Bürokratieabbau und zur Wettbewerbsfähigkeit zu vage seien. Andere vergleichen sie mit einem KI-Chatbot, der stets die Antwort gibt, die das Publikum hören will.

Für die Kommissionschefin ist es ein schwieriger Balanceakt: Auf der einen Seite drängt ihre eigene Partei darauf, die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit nach vorn zu stellen – und Abstriche beim Klimaschutz zu machen. Manche EVP-Abgeordnete sehen mehr Gemeinsamkeiten mit der rechten EKR als mit den Ampelparteien und plädieren für einen Kurswechsel. Sie argumentieren, dass sich der Rechtsruck bei der Wahl auch in der Politik spiegeln müsse.

Auf der anderen Seite pochen Grüne und Sozialdemokraten auf den „Green Deal“ und fordern eine klare Abgrenzung zu den rechten Fraktionen. Hierzu scheinen sie sich mit von der Leyen bereits auf eine gemeinsame Sprachregelung geeinigt zu haben. Die CDU-Politikerin habe versprochen, „keine strukturelle Kooperation“ mit der EKR einzugehen, sagen Abgeordnete. Das schließt eine punktuelle Unterstützung etwa durch die Fratelli d'Italia von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni aber nicht aus.

Auch der Streit um das Verbrenner-Aus kann offenbar entschärft werden. Im vergangenen Jahr hatte die EU beschlossen, dass ab 2035 keine Neuwagen mit klimaschädlichem CO₂-Ausstoß mehr zugelassen werden dürfen. Während die CDU im Wahlkampf angekündigt hatte, das Verbrenner-Aus rückgängig zu machen, bleibt die Rückabwicklung des „Green Deals“ für Grüne und Sozialdemokraten tabu.

Kompromiss beim Verbrennungsmotor

Nach langer Diskussion ist auch von der Leyens EVP-Fraktion kürzlich zu dem Schluss gekommen, dass sie das Gesetz erhalten will. Das Verbot des Verbrennungsmotors soll allerdings durch einen technologieoffenen Ansatz ersetzt werden.

Neuwagen sollen demnach auch dann zugelassen werden, wenn sie mit klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen (E-Fuels) betrieben werden. Dies hatte die Bundesregierung aber bereits in einer Anmerkung zur EU-Verordnung verankert, die lediglich noch umgesetzt werden muss.

Die Grünen können nach eigener Aussage mit dem Kompromiss leben. Fraktionschefin Terry Reintke sagte nach dem Besuch von der Leyens, diese habe ein „sehr klares Bekenntnis“ zum Green Deal abgegeben. Ähnlich wie EVP-Chef Weber betonte Reintke, dass eine stabile EU im gemeinsamen Interesse sei. Es gebe eine Mehrheit der „pro-europäischen“ Parteien für von der Leyen. Entscheidend könnte am Ende sein, wie viele Abweichler es in der EVP gibt. Denn eine Minderheit ist höchst unzufrieden mit von der Leyens Kompromissangeboten an die anderen Parteien. „Wir sind stinksauer, dass von der Leyen ihren grünen Kurs einfach fortsetzen will“, sagte ein EVP-Abgeordneter.

Das Von-der-Leyen-Lager ist daher vorsichtig. Zwar geht man davon aus, dass die EVP am Ende nahezu geschlossen hinter der Kommissionschefin stehen wird. Aber Entwarnung gibt es erst am Donnerstag. „Die Sache ist noch nicht gelaufen“, heißt es.

Friedrich Merz, Markus Söder

Bayer oder Wahl-Bayer?

Wo werden CSU-Chef Markus Söder und der CDU-Vorsitzende klären, wer die Union als Kanzlerkandidat ins Rennen führen wird? Ein Termin am Tegernsee sorgt für Spekulationen.

Daniel Delhaes Kreuth

Friedrich Merz ist gern und oft in Bayern. 50 Kilometer südlich von München, am Tegernsee, erholt sich der CDU-Chef seit vielen Jahren regelmäßig im Familiendomizil. Hier, am Fuß der Voralpen, klopft das „Paradies“ an, wie CSU-Chef Markus Söder seinen Freistaat gern beschreibt: Kühles Bergwasser rauscht hinab in den See, Fachwerk hält die Zeit an, Bäcker und Metzger leben deutsche Handwerkskunst. Der Sauerländer Merz hat in dieser Kulisse schon runden Geburtstag gefeiert, Freunde ins Haus am Tegernsee geladen.

Söder war noch nie dort. Dabei stellt sich die Frage: Wäre das nicht der perfekte Ort für die Parteivorsitzenden, um über den besten Weg zurück an die Macht im Bund zu reden? Danach einmütig zu verkünden, wer die Union als Kanzlerkandidat anführen soll: der Bayer oder der Wahl-Bayer?

Die CSU will vom K-Thema auf Nachfrage nichts wissen, provoziert aber selbst Spekulationen. Denn pünktlich zur parlamentarischen Sommerpause hat Söders Generalsekretär Martin Huber Medienvertreter an den sechs Kilometer langen und zwei Kilometer breiten See eingeladen, nur wenige Tage bevor Merz und Söder am Sonntag um die Gunst der Wähler buhlten. Zur Klärung der Kanzlerfrage trug der Termin wenig bei – allerdings bot er Anlass zur Spekulation.

Seit Monaten machen Merz und Söder ein Geheimnis darum, wie und wo sie die K-Frage klären. Fest steht: Die beiden wollen nach den drei Landtagswahlen in Ostdeutschland, also nach dem 22. September, entscheiden – allein, nicht in einem Gremium oder mit den Landesfürsten ihrer Parteien. Ob es vielleicht so laufen wird wie 2002? Damals trafen sich Angela Merkel und Edmund Stoiber in dessen Heimat Wolfratshausen zum Frühstück, nicht weit entfernt vom Tegernsee. Merkel überließ Stoiber die Kandidatur.

„Arbeit“ statt „Bürgergeld“

Die CSU sagt offiziell, ihr sei weder der Ort noch die genaue Adresse des Ferienhauses des CDU-Chefs bekannt. In Gmund am Ostufer des Tegernsees gibt es aber einen Hinweis. An einer Hauswand hängt dort ein nachgemachtes Ortsausgangsschild, auf dem „Bürgergeld“ rot durchgestrichen ist und darunter „Arbeit“ den Weg voranweist. Merz könnte kaum ein besseres Plakat für den Bundestagswahlkampf ersinnen.

Dass Merz in Gmund residiert, hatte der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde, von der CSU, schon 2018 verraten. Merz trat an als Kandidat für den CDU-Parteivorsitz.

“

Wir werden im Spätsommer einen Vorschlag machen.

Friedrich Merz
CDU-Vorsitzender

Würde Merz auch Kanzler, jubilierte der Lokalpolitiker: „Dann wäre Gmund die einzige Gemeinde in Deutschland, die zwei Bundeskanzler als Mitbürger in ihren Geschichtsbüchern stehen hätte.“ Ludwig Erhard haben sie in Gmund schon ein Denkmal gesetzt und einen Platz nach ihm benannt.

Tatsächlich führt Merz die CDU – nach drei Anläufen. Ein beschwerlicher Aufstieg wie hoch zum Wallberg, am anderen Ende des Tegernsees. Steil geht es 1600 Meter hinauf, mit mehr oder weniger festem Untergrund. Doch oben angekommen blüht die Alpenwiese bunt, grasen Kühe gemütlich, erstreckt sich der Blick an klaren Tagen über den See bis nach München. Dort, wo Markus Söder waltet.

Ein Wimmelbild mit ganz vielen Söders

Natürlich sei CDU-Chef Merz „der Favorit“, signalisiert der Ministerpräsident mit Blick auf die Kanzlerkandidatur. Er selbst sehe seinen Platz in Bayern. Hier ist er omnipräsent wie auf dem großen Wimmelbild in der Vorstandsetage der CSU-Landesleitung. Es zeigt Bayern und darin viele Söders: auf dem Fahrrad, bejubelt auf Marktplätzen, beim Bratwurstessen, im Heißluftballon alles überblickend. „Bayern – unser Land in guter Hand“, steht darüber.

Und doch: Es kann für den CSU-Chef Umstände geben, bei denen „es sein müsste und man gezwungen wird“, das Paradies zu verlassen. So ein Umstand sei, „dass Friedrich Merz mich bittet“, sagte Söder kürzlich. Womöglich am Tegernsee?

Merz hat sich vergangene Woche eine Auszeit gegönnt – in Frankreich, wie es hieß. Wäre er am Tegernsee gewesen, er hätte in der Lokalzeitung lesen können, dass sich seine Beliebtheitswerte leicht verbessern, während die Ampel in Berlin weiter streitet. In den Umfragen aber liegt die Union weiter nur bei 30 Prozent und Söder vor Merz. Dem CSU-Chef dürfte dieser Umstand dabei helfen, den Preis für einen Verzicht seinerseits weiter hochzutreiben: mehr Sozialpolitik fürs Wahlprogramm, keine Reform der Schuldenbremse.

Dabei weiß Söder, dass er nach der Wahl dem Druck der anderen CDU-Ministerpräsidenten nachgeben muss. Sie alle wollen mehr Schulden machen dürfen, um investieren zu können. Söder aber könnte die Bedingungen festlegen, eine Reform des Länderfinanzausgleichs etwa, damit Bayern nicht auch noch die Schulden anderer Länder mitbezahlen muss.

Als bayerischer Ministerpräsident wäre er mächtiger als jeder Superminister in einem Kabinett Merz. Söder wäre eine Art Vizekanzler – mit Dienstsitz Bayern.

CDU-Chef Friedrich Merz (l.) und CSU-Chef Markus Söder: Wer wird wem den Vortritt lassen?



picture alliance / Geisler-Fotopress



China-Politik

Verpasste Chance

Noch braucht Peking Europa. Das sollte die Bundesregierung nutzen. Aber sie wirkt zerrissen und zögerlich.

Ein Jahr ist es her, dass die erste gemeinsame Chinastrategie in der Geschichte der Bundesrepublik verabschiedet wurde. Es war ein gutes Signal. Die Regierung wisse um die Bedeutung der Beziehungen und wolle sich professioneller und vor allem untereinander abgestimmter mit der Volksrepublik auseinandersetzen, so lautete die Botschaft. In der Strategie wurden klar die Risiken adressiert, die von einer Zusammenarbeit mit China ausgehen: China ist auch Wettbewerber und Systemrivale, nicht nur Partner in Wirtschaftsfragen. Doch ein Jahr später muss man feststellen: Die Analyse war gut, die Umsetzung mangelhaft.

Die Bundesregierung tritt gegenüber Peking uneinheitlich und unentschlossen auf: Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck geben sich kritisch, Bundeskanzler Olaf Scholz und Verkehrsminister Volker Wissing wollen business as usual mit China. Hinzu kommen die Bundesländer, bei denen vom VW-Land Niedersachsen bis Bayern jedes seine eigene Linie gegenüber Peking fährt.

Sicher, es war nicht alles schlecht im letzten Jahr. In Bezug auf chinesische Direktinvestitionen etwa ist die Bundesregierung deutlich kritischer geworden und prüft professioneller. Und Investitionsgarantien werden nicht mehr so üppig wie noch vor ein paar Jahren an Unternehmen vergeben, die in die Volksrepublik gehen. Probleme werden deutlich gegenüber Peking angesprochen.

Doch insbesondere beim Derisking ist wenig Konkretes gefolgt. Wo ist der große Plan, wie Deutschland von Importen kritischer Rohstoffe aus China unabhängiger wird? Wie werden die Unternehmen bei der Suche nach alternativen Märkten zu China unterstützt? Und wo ziehen wir auch innerhalb Deutschlands rote Linien, wenn es um Investments von chinesischen Firmen, zum Beispiel in kritische Infrastruktur, geht? Die Entscheidung über den Verbleib von chinesischen Komponenten im deutschen 5G-Netz in der vergangenen Woche hat ein-



Dana Heide ist Korrespondentin in Berlin.
Sie erreichen sie unter:
heide@handelsblatt.com

mal mehr gezeigt, dass die Bundesregierung keinen einheitlichen Plan hat.

Obwohl die Sicherheitsexperten des Bundesinnenministeriums bereits im September warnten, dass chinesische Teile aus Sicherheitsgründen eigentlich sofort und vollständig aus dem Netz entfernt werden müssten, ließ sich die Bundesregierung erst lange Zeit mit der Entscheidung und einigte sich dann auf einen wachsweißen Kompromiss. Der sieht lange Rückbaufristen vor und lässt weiterhin viel chinesische Technik im deutschen 5G-Netz.

Dabei wäre es wichtiger denn je, dass sich die Bundesregierung darüber klar wird, was sie eigentlich mit Blick auf China will. Zum einen, weil mit dem Attentat auf Donald Trump vom Wochenende möglicherweise die Chancen darauf gestiegen sind, dass der 78-Jährige erneut zum Präsidenten der USA gewählt wird. Während US-Präsident Joe Biden gegenüber Deutschland noch zurückhaltend war, was die deutsche Chinapolitik anging – etwa in der Debatte um den Verbleib chinesischer Komponenten im deutschen 5G-Netz –, dürfte Trump Deutschland deutlich energischer auffordern, endlich mit den USA an einem Strang zu ziehen. Und wenn die Bundesregierung darauf nicht eingeht, wird er ohne Rücksicht auf die Beziehungen eigene Maßnahmen verkünden, die dann auch die deutschen Unternehmen treffen könnten.

China wird zudem immer stärker zum sicherheitspolitischen Problem auch für Deutschland. In Berlin und Washington herrscht Konsens darüber, dass chinesische Lieferungen von sogenannten Dual-Use-Gütern, also von sowohl militärisch als auch zivil nutzbaren Waren, Russlands Kriegsindustrie entscheidend am Laufen halten. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat Kreml-Chef Wladimir Putin bereits mehr als 40-mal getroffen. Dass Putin ein europäisches Land angriff, befeuerte die „grenzenlose Freundschaft“ der beiden noch weiter. Regelmäßig hält die Volksrepublik militärische Übungen mit Russland, aber auch anderen Moskau nahestehenden Staaten ab. Zuletzt absolvierten chinesische Soldaten eine gemeinsame Übung mit Belarus – nur 15 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt.

Vor lauter Angst davor, dass die chinesische Staatsführung ihren Markt für deutsche Autos verschließt, verkennt die Bundesregierung, dass China mindestens genauso stark auf den europäischen Markt angewiesen ist. Zum einen, weil nicht nur die chinesischen Autobauer immense Produktionsüberkapazitäten aufgebaut haben, die nur zu einem Bruchteil von chinesischen Konsumenten nachgefragt werden. Zum anderen, weil weltweit andere Märkte dichtgemacht werden für die hochsubventionierten Konkurrenten aus der Volksrepublik.

Trotz aller anderslautenden Beteuerungen der chinesischen Staatsführung: Der chinesischen Wirtschaft geht es nach wie vor nicht gut. Der Immobilienmarkt steckt weiter in einer tiefen Krise, die Verbraucher sind verunsichert, nun brechen auch noch die wichtigen Exportmärkte weg. Auch das Dritte Plenum, das in dieser Woche tagt und Reformen anstoßen könnte, wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die Impulse bringen, die zu einem Umsteuern nötig wären. Eigentlich ein gutes Moment, um selbstbewusst die deutschen Interessen durchzusetzen. Wenn man denn wüsste, worin genau diese liegen.

Trump-Attentat

Sorgen um globales Finanzsystem

Nervöse Investoren: Die Zweifel an der politischen Stabilität der USA wachsen.

Stell Dir vor, auf den Favoriten für das mächtigste politische Amt der Welt wird ein Attentat verübt, und so richtig interessiert das keinen. Natürlich haben die Schüsse auf Donald Trump rund um den Globus für große Aufregung gesorgt. Aber an den Kapitalmärkten? Die US-Börsen eröffneten am Montag stabil, klassische Krisenanlagen wie Gold dümpelten vor sich hin. Die Nichtreaktion mag auf den ersten Blick zynisch oder zumindest abgebrüht wirken, auf den zweiten Blick ist sie durchaus rational.

An der Ausgangslage für die Präsidentschaftswahl hat das Attentat nur wenig geändert. Der Republikaner Trump galt spätestens seit der Diskussion um die altersbedingten Schwächen seines Kontrahenten Joe Biden als Favorit. Eine Rollenverteilung, die sich durch das Attentat nur noch verfestigt hat.

Aber es lohnt sich ein dritter Blick, und der ist relevant für die Märkte. Die Schüsse auf Trump zeigen, wie zerrissen die amerikanische Gesellschaft ist. Das Attentat ist ein weiteres Indiz dafür, dass die innenpolitische Stabilität der USA nicht mehr



Michael Maisch ist Ressortleiter Finanzen. Sie erreichen ihn unter: maisch@handelsblatt.com

selbstverständlich ist. Neben allen unangenehmen geopolitischen Implikationen, die diese Diagnose hat, ist sie auch für das globale Finanzsystem kritisch.

Die USA schieben einen gigantischen Schuldenberg vor sich her, und dieser Berg wird immer höher. Das Congressional Budget Office (CBO) prognostiziert, dass die Staatsschuld bis 2034 auf 122 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung klettern wird – ein einsamer Rekord.

Bereits in diesem Jahr könnte ein dramatischer Wendepunkt anstehen: Das CBO schätzt, dass die US-Regierung über 890 Milliarden Dollar für Zinszahlungen aufbringen muss. Das wäre erstmals mehr als

der Verteidigungshaushalt der Supermacht. Den Investoren treiben solche Zahlen die Sorgenfalten auf die Stirn. Bereits seit Langem warnt der Internationale Währungsfonds vor Turbulenzen an den Weltfinanzmärkten, ausgelöst durch die fragile Schuldensituation der USA. Dass es dazu bislang nicht gekommen ist, liegt an der einzigartigen Stellung der US-Wirtschaft, die sich in der dominierenden Rolle des Dollars als weltweite Reserve und Handelswährung manifestiert.

Das heißt allerdings nicht, dass das Vertrauen der Anleger garantiert ist. Erste tiefe Risse zeigten sich im Herbst 2023, als Zweifel an der Schuldentragfähigkeit der USA die Renditen für zehnjährige Staatsbonds sprunghaft auf über fünf Prozent steigen ließen, den höchsten Wert seit der Finanzkrise. Inzwischen hat sich der Markt zwar beruhigt, aber die Nervosität der Investoren ist nie wirklich verschwunden. Und jede neue Nachricht, die die Zweifel an der politischen Stabilität der USA schürt, macht eine Vertrauenskrise an den Anleihemärkten ein bisschen wahrscheinlicher.

► Bericht Seite 30

Außenansichten

Los Angeles Times

Bei der Bewertung des Attentats auf Donald Trump und der Einschätzung der Folgen für den US-Wahlkampf gibt es unterschiedliche Ansichten. Die „Los Angeles Times“ meint:

Dies sollte ein Moment der Einheit sein – zu dem sowohl Präsident (Joe) Biden als auch Trump aufgerufen haben –, um die Gewalt zu verurteilen und die Opfer mit einer Stimme zu betrauern. (...) Stattdessen droht der Vorfall die zutiefst polarisierte Nation weiter zu spalten und zu weiterer Gewalt anzustacheln. In einem Land, in dem es mehr Waffen als Menschen gibt, sollte das jeden Amerikaner beunruhigen. Das muss aber nicht so sein. Das Beispiel, das die politischen Führer in den nächsten Tagen geben werden, ist entscheidend dafür, wie der Rest der Wahlkampfsaison verlaufen wird. (...) Trump und die Spitzen der Republikaner, die diese Woche auf dem Kongress in Milwaukee zusammenkommen, tragen eine besondere Verantwortung dafür, das Attentat nicht als Mittel zur Aufwiegelung ihrer Basis zu nutzen. Sie müssen erkennen, dass die USA im Moment ein Pulverfass sind, und die hitzige Rhetorik eindämmen, bevor Funken fliegen. Für den Augenblick müssen sie erkennen, dass Gewalt, sobald sie entfesselt ist, überparteilich ist.

DZIENNIK GAZETA PRAWNA

Die polnische Zeitung „Dziennik Gazeta Prawna“ kommentiert:

Der Anschlag auf (den ehemaligen US-Präsidenten Donald) Trump ist eine Botschaft an die Welt, dass Amerika schwächer wird. Und selbst wenn das faktisch nicht so sein sollte, so zahlen Länder an der Peripherie, die ihre Sicherheitspolitik auf die USA stützen, schon heute den Preis dafür. Denn wenn der Weltpolizist schwächer wird, bedeutet das: Alles ist erlaubt. Ereignisse wie der Marsch auf das Kapitol im Winter 2021, Bidens Ausfälle oder jetzt das Attentat auf Trump ermutigen die Achse der autoritären Regime – China, Russland und ihre Satellitenstaaten –, die Schwäche des Westens zu testen. Denn die autoritären Herrscher denken in Nullsummenspielen. Nur zwei Faktoren sind in ihren Berechnungen wichtig – Stärke und Schwäche.

Neue Zürcher Zeitung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt:

Die Bilder davon werden mit Sicherheit in die Geschichtsbücher eingehen: wie ein von Sicherheitsleuten umzingelter Trump sich seinen Anhängern zuwendet und die Faust kämpferisch in die Höhe reckt. Sekunden nachdem er dem Tod entkommen ist, sendet er mit seinem phänomenalen Instinkt für Medienauftritte eine mächtige Botschaft an das Land: Ich bin stark, ich bin unbezwingbar. (...) Während die Altersschwäche Bidens täglich für alle Beobachter greifbar ist, ist der Kraftprotz Trump nicht einmal durch eine Gewehrkegel unterzukriegen. Wäre die Szenerie vom Samstag ein Film, würde man als Zuschauer müde mit der Schulter zucken. Der Streifschuss am Ohr ist ein viel berühmter Topos von Actionfilmen, um den Helden in dramatischen Situationen knapp überleben zu lassen. Doch das vereitelte Attentat war kein Film, es war blutiger Ernst. Ein unbeteiligter Besucher von Trumps Rally ist durch die Schüsse gestorben, zwei weitere wurden schwer verletzt. Das zeigt, wie besorgniserregend nah die politische Kultur in den USA an die Grenze zur rohen Gewalt gerückt ist.

Steuern

Unrealisierbarer Evergreen

Familienministerin Paus startet Geisterdebatte über das Ehegattensplitting.

Die brütende Hitze im Berliner Treibhaus befördert so manche Debatte, die wie eine Halluzination daherkommt. Familienministerin Lisa Paus etwa versucht, das beginnende politische Sommerloch mit einem Evergreen zu füllen. Die Grünen-Politikerin meint, in der Bündelung der Steuerklassen III und V das Ende des Ehegattensplittings zu erkennen. Das wollte in den 1980er-Jahren bereits Helmut Kohl. Dann kann es doch über 40 Jahre später nicht falsch sein, wird sich Paus vielleicht gedacht haben.

Die Motivation für ihren Vorstoß bleibt unklar. Die FDP ist ohnehin strikt dagegen, damit ist das Thema politisch schon beerdigt. Selbst in einer schwarz-grünen Koalition nach der Wahl 2025 dürfte das Projekt unter einem Kanzler Friedrich Merz keine Chance haben. Es schafft einfach die nötigen Freiräume für Frauen und Männer oder gleichgeschlechtlichen Partnern in einer Erwerbs- und Unterhaltsgemeinschaft. Wie sich die Partner entscheiden, sollte jedem überlassen bleiben.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber nicht umsonst



Thomas Sigmund ist Politikchef. Sie erreichen ihn unter: sigmund@handelsblatt.com

vorgegeben, auf keine Fall in die freie Entscheidung der Ehegatten über ihre Aufgabenverteilung in der Ehe einzugreifen. Wenn ein Ehepartner sich ausschließlich dem Haushalt und der Erziehung der Kinder widmen will, dann muss die Politik das akzeptieren. Es geht eben nicht, die Menschen in ein opportunes Rollenbild hineinquetschen zu wollen.

Man kann nur darüber spekulieren, warum Paus sich ausgerechnet jetzt auf das Ehegattensplitting stürzt und vom Abschied eines veralteten Instruments spricht. Vielen Grünen ist das traditionelle Familienbild sicherlich ein Dorn im Auge. Da stört es vielleicht auch nicht, dass die Abschaffung des Ehegattensplittings

Familien steuerlich mit rund zehn Milliarden Euro belasten würde. Sollte es aber.

Wir leben in einer Zeit, in der Familien mit steigenden Preisen auf Energie und Lebensmittel kämpfen. Das Aus des Ehegattensplittings trifft eben nicht nur die Beserverdienenden, sondern die argbeutelte Mittelschicht. Die Ampelkoalition unter Federführung von Bundesfinanzminister Christian Lindner fragt sich, welche Spielräume es für die steuerliche Entlastung von Familien gibt. Die Ministerin macht es eben andersherum.

Die Grünen-Politikerin hätte sich natürlich auch zur Lage der Kindergrundsicherung äußern können. Immerhin ist es das größte sozialpolitische Projekt der Ampelkoalition, und die Grünen-Politikerin ist dafür zuständig. Nur der dilettantische Umgang damit, Paus startete mit Kosten von 13 Milliarden Euro und 5000 neu zu schaffenden Beamtenstellen, wäre natürlich nicht so vorteilhaft für sie gewesen. Der Vorstoß zum Ehegattensplitting ist da ein plumpes Ablenkungsmanöver.

Handelsblatt
— Gastkommentar —

Gefährliche Selbstgewissheit

Topmanagern gelingt Transformation am besten, wenn sie erst mal sich selbst verändern, ihren Mitarbeitern zuhören, psychologische Sicherheit bieten und Informationen von unten nach oben befördern. So können sie der Belegschaft auch mehr zumuten. Von **Klaus Schweinsberg**

Politik und Wirtschaft stehen vor gewaltigen Transformationsherausforderungen. Es ist ausgerechnet ein Althistoriker, der die Situation am besten charakterisiert: „Dann hätten also Macht zum Handeln und Ohnmacht zum Verändern nebeneinander gestanden, Macht in den Verhältnissen und Ohnmacht über die Verhältnisse“, schreibt Christian Meier – eigentlich über die Zeit von Julius Cäsar, aber dieser Satz skizziert auch trefflich die aktuelle Lage.

Wir schauen auf Führungspersonal in Politik und Wirtschaft, das zwar mit Macht zum Handeln ausgestattet ist, dem es aber offenkundig nicht gelingt, Dinge zu verändern. Transformation wird eingefordert, Transformation wird beschworen, Transformation wird angekündigt – geliefert wird sie jedoch höchst selten.

Was hindert uns an echter Transformation? Zumindest mit Blick auf die Wirtschaft lässt sich das recht einfach auf den Punkt bringen: Es gibt zu viel „Selbst-Gewissheit“ und zu wenig „Selbst-Bewusstsein“, namentlich auf der ersten Führungsebene. Chefinnen und Chefs, die ihre Firmen verändern wollen, müssen sich selbst verändern. Konkret heißt das: mehr zuhören, mehr zutrauen und mehr zumuten als bisher.

Zuhören scheint für Manager die schwerste Disziplin überhaupt zu sein. Unlängst half ich einem frischgebackenen CEO bei der Strukturierung seiner ersten Arbeitsmonate und regte an, dass er rasch alle wichtigen Standorte besuchen sollte. Seine erste Frage: Aber was soll ich denn in den ersten Wochen in einem Townhall-Meeting erzählen? Meine Antwort: kein Townhall, nichts erzählen, hinfahren, hinsetzen, Klappe halten und in verschiedenen Gruppen einfach mal 90 Minuten zuhören.

Gerade jetzt, wo aufgrund von gravierenden geoökonomischen und technologischen Veränderungen die Ungewissheit Konjunktur hat, ist Selbstgewissheit auf der Führungsetage gefährlich. Das spürt auch die Belegschaft. So wird das Tun von CEOs, die ganz gewiss an weiteres Wachstum in China glauben oder ganz gewiss auf den Erfolg von Elektromobilität setzen, zunehmend hinterfragt.

Auch aufgrund technologischer Entwicklungen wie Künstlicher Intelligenz (KI) ist Zuhören für Topmanager ein Muss. Der Vorstandschef eines Dax-40-Unternehmens berichtete neulich, dass er sich fast jede Woche zwei Stunden von verschiedensten Experten zum Thema KI „aufschlauert“ lässt. Ich würde mir wünschen, dass auch andere CEOs nun von Senden auf Empfangen umschalten und Konferenzen oder Seminare nicht nur besuchen, um dort zu dozieren, sondern sich auch mal demütig ins Publikum setzen und zuhören.

Weil die Dinge so ungewiss sind, ist es wichtig, den eigenen Leuten (wieder)



Im Gespräch: CEOs sollten nicht nur senden, sondern auch empfangen – die Gefühlslage und das Wissen ihrer Mitarbeiter für den Unternehmenserfolg nutzen.

mehr zuzutrauen. Im Militär gilt der Satz: „Das Wissen liegt an der Front.“ Das gilt auch in der Unternehmenswelt. Es sind meist nicht die Stabs- und Strategieabteilungen, die das beste Gefühl für Märkte, Produkte und Technologien haben. Und es sind auch nicht die Prozessoptimierer, die am besten wissen, wo es in den Produktionsabläufen hakt.

Wer echte Transformation will, muss ein Klima schaffen, das Informationen von ganz unten nach ganz oben befördert. Die amerikanische Leadership-Professorin Amy Edmondson hat in ihrem Buch „The Fearless Organization“ und mit ihrem Begriff „psychological safety“ sehr gut beschrieben, wie das gelingen kann.

Die Zeiten sind hart, da kann es in den Firmen nicht gemütlich sein. In dieser Situation muss das Topmanagement den Mut haben, allen etwas zuzumuten. Ein Klima psychologischer Sicherheit bedeutet nicht, dass es keine klaren Feedbacks, harte Ansagen und nachdrückliche Aufforderungen zur Leistungssteigerung gibt. Zuweilen wundert es mich, wie konsequent man Themen aus-

weicht, die vielleicht „nicht gut ankommen könnten.“

So kenne ich kaum einen CEO, der mit dem Umfang und der Art des „home office“ glücklich ist, wie es sich in der eigenen Firma durchgesetzt hat. Gleichzeitig ist mir aber auch selten ein CEO über den Weg gelaufen, der sich getraut hätte, klar zu artikulieren, was er für das Unternehmen als angemessen erachtet. In harten Zeiten braucht es auch harte Ansagen. Der Lufthansa-Chef hat hier vor wenigen Tagen einen Anfang gemacht. „Das läuft gerade überhaupt nicht so, wie wir uns das vorstellen“, teilte Carsten Spohr seiner Belegschaft schnörkellos mit.

Transformation beginnt an der Spitze. Nur wenn sich das Top-Management selbst verändert, hart an sich arbeitet, alte Gewissheiten ablegt und sich neuen Ungewissheiten stellt, wird sich auch das Unternehmen verändern. Wer als Führungskraft echte Transformation erreichen will, muss sich jeden Tag drei Fragen vorlegen: Höre ich genügend zu? Traue ich den Leuten genügend zu? Und mute ich uns allen genügend zu?



Der Autor

Klaus Schweinsberg ist Gründer des Centrums für Strategie und Höhere Führung und Affiliater Professor an der ESCP Business School in Paris.

How to
Handelsblatt **BUSINESS**

UP TO DATE
UNKOMPLIZIERT
UNMITTELBAR

Kostenfreie Webinare und Streams, damit Sie entschieden handeln

Handelsblatt How to Business bietet Unternehmen **konkrete Lösungen und Handlungsempfehlungen** zu aktuellen wirtschaftlichen Themen – als **kostenfreie Webinare und Streams live und jederzeit abrufbar**.

- Mehr als 16.000 registrierte Nutzer:innen
- Über 250 Inhalte live und on demand
- Über 500 Expert:innen

Jetzt kostenlos anmelden:
how-to-business.handelsblatt.com



Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Gasimporte

EU verfehlt ihr Unabhängigkeitsziel

Offiziell will Brüssel die Abhängigkeit der EU von russischem Gas verringern. Doch gleichzeitig importieren die EU-Länder wieder mehr Gas von dort. An geplanten Gegenmaßnahmen wachsen die Zweifel.



Catiana Krapp Düsseldorf

Die Gasimporte der EU aus Russland wachsen. Das zeigen Daten des Analyseinstituts ICIS, die dem Handelsblatt vorliegen. Die Einfuhren aus Russland waren im September 2022 im Zuge des Ukrainekrieges eingebrochen. Seitdem sind sie aber schleichend wieder gestiegen: Im Mai 2024 importierte die EU fast 30 Prozent mehr Erdgas aus Russland als im September 2022.

Im Vergleich zu der Zeit vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine sind die Gasimporte aus Russland zwar immer noch gering: Während die EU im Mai 2021 noch rund 15 Milliarden Kubikmeter von dort importierte, waren es im Mai 2024 nur 4,8 Milliarden Kubikmeter. Im Vergleich zu den 3,7 Milliarden im September 2022 ist das aber trotzdem ein deutlicher – und vor allem konstanter – Zuwachs.

Dabei betont die EU-Kommission immer wieder, wie hart sie daran arbeite, die Abhängigkeit von Russland zu verringern. Erst kürzlich verkündete die EU eine Einigung zum 14. Sanktionspaket. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte den Vorstoß auf der Social-Media-Plattform X ein „knallhartes Maßnahmenpaket“ und schrieb: „Durch entgehen Russland weitere Einnahmen aus dem Energiesektor.“

Doch ob die Pläne der EU aufgehen, wird zunehmend bezweifelt. Auch nach Einschätzung von Politikern der Ampel-Koalition reichen die Maßnahmen nicht aus. „Wir geben viele Milliarden Euro an öffentlichen Geldern für eine üppige LNG-Importinfrastruktur aus, um uns von russischem Gas unabhängig zu machen“, sagte Felix Banaszak, Bundestagsabgeordneter der Grünen, dem Handelsblatt. „Trotzdem steigen die Importe aus Russland und Europa bringt damit Geld in Putins Kriegskasse. Das passt nicht zusammen.“ Deutschland müsse sich für eine konsequente Sank-

tionierung von russischem Gas einsetzen. Das sieht Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP im Bundestag, ähnlich: „Je mehr Gas Putin nach Europa transportiert, desto größer sein Erpressungspotenzial.“

Eine Analyse von Daten der Brüsseler Denkfabrik Bruegel zeigt, dass Gas aus Russland im Wesentlichen über drei Wege nach Europa gelangt: erstens in Form von Flüssigerdgas (LNG) mit dem Schiff, zweitens über die Pipeline Turkstream, die durch das Schwarze Meer bis in die Türkei verläuft, und drittens über eine Pipeline, die durch die Ukraine bis in die Slowakei führt.

Über alle drei Wege kam im Frühjahr dieses Jahres mehr russisches Gas in Europa an als im September 2022. Dabei sind die Importe über Turkstream nur leicht gestiegen, während die Gasflüsse durch die Ukraine um zwölf Prozent zulegten und die Einfuhren von LNG sogar um knapp 40 Prozent stiegen. Auch in absoluten Zahlen fällt LNG bei der Steigerung der Importe aus Russland am meisten ins Gewicht. „Allgemein gibt es seit 2022 einen Trend zu mehr Handel mit Flüssigerdgas“, sagt Energieexperte Andreas Schröder vom Analysehaus ICIS. „Russland profitiert von diesem Trend.“

Preis für LNG ist wieder deutlich gesunken

Nach dem Überfall auf die Ukraine hat Russland seine Gasexporte durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 und durch die polnische Jamal-Pipeline eingestellt. Als Ersatz importiert die EU deutlich mehr Flüssigerdgas per Schiff – auch aus Russland. Und seit dem Beginn des Ukrainekriegs haben die europäischen Länder nach Angaben der Nichtregierungsorganisation Global Energy Monitor ihre LNG-Importkapazitäten kräftig ausgebaut. Allein 2023 um 17 Prozent.

Hinzu kommt, dass der Börsenpreis für LNG wieder erheblich gesunken ist. Angesichts einer drohenden Gaskrise

erreichte er im August 2022 ein Rekordhoch bei 170 Euro pro Megawattstunde Gas. Mittlerweile pendelt er wieder um die 30-Euro-Marke. Entsprechend hat sich die Nachfrage erhöht.

Allerdings sind die LNG-Importe der EU aus Russland nicht nur in absoluten Zahlen gestiegen, sondern auch relativ, wie die ICIS-Zahlen zeigen. Im September 2022 lag der Anteil russischen Flüssigerdgases an den LNG-Importen der EU bei elf Prozent und stieg dann auf mittlerweile knapp 20 Prozent. Der Anteil von LNG aus den USA hingegen ist gesunken. Nimmt man LNG und Pipelinegas zusammen, hat die EU zuletzt sogar wieder mehr Gas aus Russland importiert als aus den USA.

Damit konterkariert die EU ihre eigenen Ziele. Othmar Karas, Erster Vizepräsident des Europaparlaments in der Legislaturperiode bis 2024, sagte dem Handelsblatt: „Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns gezeigt, wie abhängig wir von Russland waren. Diese Abhängigkeit hat die Inflation getrieben und Lieferketten gestört. Wir müssen eine Lehre aus dieser Abhängigkeit ziehen.“ Die EU werde die Abhängigkeit von Russland bis 2027 auf null reduzieren, das sei das politische Ziel. Doch der Weg dahin scheint aktuell alles andere als einfach zu sein.

Bislang gibt es keine EU-Sanktionen, die den Import von russischem Flüssigerdgas verbieten. Ende Juni machte die EU mit ihrem 14. Sanktionspaket gegen Russland einen kleinen Vorstoß im Gasbereich, der nach Meinung von Experten allerdings keine allzu großen Auswirkungen haben dürfte.

Die neuen Sanktionen verbieten die Nutzung von EU-Häfen für die Umladung von russischem Flüssigerdgas. Das heißt, Russland darf weiterhin LNG in die EU schicken. Es darf aber kein LNG von dort aus in andere Länder außerhalb der EU weitertransportieren.

Für Russland ist das deshalb relevant, weil das LNG oft aus Sibirien mit

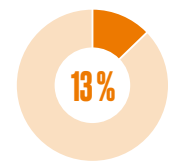
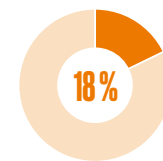
Wieder abhängig von Russland?

Gasimporte der EU im 1. Quartal 2024
in Mrd. Kubikmetern

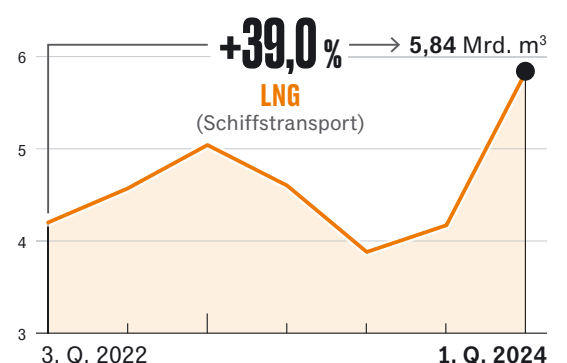
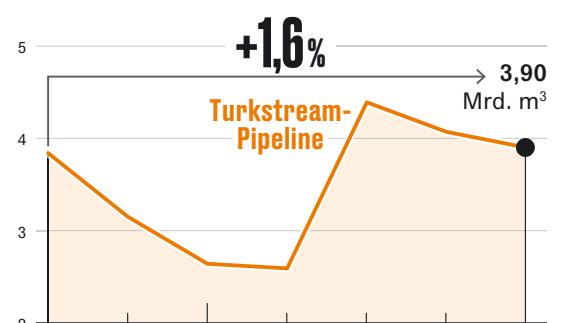
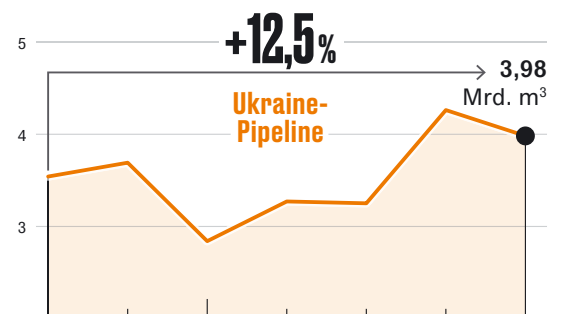
Herkunft	Volumen
Norwegen	24,15
US LNG	15,64
Russisches LNG	5,84
Anderes LNG	9,19
Algerien	7,45
Ukraine-Transit	3,98
Turkstream	3,90
Aserbaidschan	3,20
Großbritannien	1,87
Libyen	0,48

Gesamt
75,7
Mrd. m³

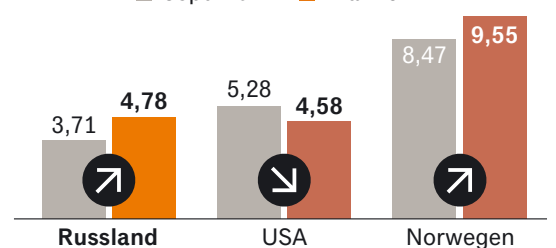
Anteil Russlands an den EU-Gasimporten
Mit Ukraine-Transit Ohne Ukraine-Transit



Russische Gaslieferungen in die EU nach Transportroute in Mrd. Kubikmetern



Wichtige Gaslieferanten der EU im Vergleich
Monatswerte in Mrd. Kubikmetern



HANDELSBLATT

Quellen: Bruegel, ICIS

Eisbrechern nach Europa geliefert wird. Dort wurde es bislang auf normale Gas-transportsschiffe umgeladen, um Strecken in weiter entfernte Regionen zurückzulegen. Das soll künftig nicht mehr möglich sein. Nun arbeitet Russland an einem eigenen Umladeterminale in der russischen Hafenstadt Murmansk.

Energieexperte Schröder von ICIS sagt: „Wir sind skeptisch mit Blick auf die Wirksamkeit der EU-Sanktionen.“ Nur ein Viertel der russischen LNG-Lieferungen nach Europa würde in der EU umgeladen. Die restlichen drei Viertel würden in der EU verbraucht. Dieser große Teil sei aber nicht sanktioniert.

Weitere Einschränkungen russischer Gasimporte sind beim Pipelinegas möglich. Doch auch hier tut sich die EU schwer. Die Importe über die Ukraine-Pipeline machen einen wesentlichen Teil der Gaslieferungen aus Russland in die EU aus. Im ersten Quartal dieses Jahres importierte die EU 18 Prozent ihres Gases aus Russland. Ohne die Transite durch die Ukraine wären es nur 13 Prozent gewesen, zeigen Daten der Brüsseler Denkfabrik Bruegel.

28,8

Prozent

mehr Gas hat die EU von September 2022 bis Mai 2024 aus Russland importiert.

Quelle: ICIS

Eigentlich soll der Gasfluss durch die Ukraine Ende dieses Jahres versiegen. Denn dann endet ein Vertrag zwischen dem russischen Gaskonzern Gazprom und dem ukrainischen Gasversorger Naftogaz. Dadurch kann erst einmal kein weiteres russisches Gas mehr durch die Ukraine fließen und somit auch nicht weiter in die Slowakei, nach Ungarn, Tschechien oder Österreich.

Doch es scheint Vorstöße der betroffenen Länder zu geben, um auch nach 2024 an den Ukraine-Transiten festzuhalten. Laut Walter Boltz, Energieberater bei der Anwaltskanzlei Baker McKenzie, war etwa der österreichische Energieversorger OMV anfangs an Gesprächen mit anderen Ländern über die Zukunft der Ukrainetransite beteiligt.

Auch gibt es das Gedankenspiel, künftig statt russischem Erdgas aserbaidschanisches Erdgas durch die Ukraine in die EU zu leiten. Das aber wäre laut Boltz Etikettenschwindel, denn das Gas müsste so oder so durch Russland fließen. Ein Teil des Gases, das Russland in die EU leitet, dürfte auch heute schon aus Aserbaidschan stammen. An den Gasflüssen würde sich also mutmaßlich nichts ändern, und Russland würde nach wie vor mitverdienen.

Wie viel Geld die EU Russland für ihre anhaltenden Gasimporte überweist, beobachtet die Organisation Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA). Aus ihren Daten geht hervor, dass diese Summe zwischen September 2022 und Mitte 2023 erst einmal stark gesunken ist. Denn die Gaspreise sind in diesem Zeitraum gefallen.

Mittlerweile steigen aber die Einnahmen wieder. Im Mai 2024 lagen sie bei 1,5 Milliarden Euro. Insgesamt hatten die russischen Gasexporte in die EU seit Kriegsbeginn demnach einen Wert von rund 40 Milliarden Euro.

Flüssiggas

Griechenland beerdigt seine LNG-Pläne

Bis Ende 2025 wollten die Griechen ihre Flüssigerdgaskapazitäten massiv ausbauen. Jetzt ziehen sich Investoren zurück. Darüber freut sich vor allem Russland.

Gerd Höhler Athen

Es war ein ehrgeiziger Plan. Mit einem Netz von Terminals für den Import von Flüssigerdgas (LNG) wollte Griechenland zur Drehscheibe für die Gasversorgung Südosteuropas werden. Vorgesehen waren fünf neue Anlagen, in denen das mit Tankern angelieferte LNG regasifiziert und dann durch Pipelines in die Nachbarländer exportiert werden sollte. Die geplanten Terminals hätten eine Umschlagkapazität von rechnerisch 25 Milliarden Kubikmetern haben sollen, dem Vierfachen des Eigenbedarfs Griechenlands. Damit wäre das Land zum wichtigsten Energieknotenpunkt der Region geworden.

Aber jetzt bekommen die hochfliegenden Pläne einen Dämpfer. „Unsere LNG-Kapazitäten sind mehr als ausreichend“, sagte der griechische Umwelt- und Energieminister Theodoros Skylakakis kürzlich in einer Antwort auf parlamentarische Anfragen. Sie galten einem geplanten LNG-Terminal nahe der mittelgriechischen Hafenstadt Volos. Er sei der Auffassung, dass die Investition zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus wirtschaftlichen und politischen Gründen „keine Aussicht auf Realisierung“ habe. Mit den „politischen Gründen“ meinte Skylakakis den Widerstand der örtlichen Bevölkerung.

Das Terminal bei Volos ist eine von fünf geplanten LNG-Anlandestellen. Beim nordgriechischen Thessaloniki wollte der Energiekonzern Elpedison ein schwimmendes LNG-Terminal (FSRU) bauen. Der Mineralölkonzern Motor Oil hat den Bau eines solchen Terminals bei Korinth angekündigt. Das Unternehmen Gastrade, das schon seit einigen Jahren an einer FSRU vor dem nordgriechischen Hafen Alexandroupoli baut, wollte dort ursprünglich ein zweites Terminal errichten. Vor allem die beiden Anlagen bei Alexandroupoli sollten eine Schlüsselrolle spielen. Von hier wollte Gastrade Erdgas sogar bis in die Ukraine und nach Moldawien exportieren. Das ambitionierte griechische LNG-Terminalprogramm hatte von Anfang an starke politische Unterstützung der USA: Die Staaten Südosteuropas sollten damit un-

abhängiger von russischen Gaslieferungen werden. Außerdem wollten sich die USA neue Absatzmärkte für ihr eigenes LNG erschließen.

Doch die Ausgangslage hat sich dramatisch geändert, die Nachfrage nach Flüssigerdgas ist mittlerweile eingebrochen: Das einzige LNG-Terminal des Landes auf der Insel Revithoussa bei Athen, das schon seit 1999 arbeitet und 2023 fast 60 Prozent der griechischen Gasimporte abwickelte, ist derzeit nicht einmal annähernd ausgelastet. Im April kam dort zum ersten Mal seit fünf Jahren überhaupt kein Gastanker an. Auch für August gibt es nach Auskunft der Betreiber-Gesellschaft bisher keine Buchung.

„Das Umfeld hat sich geändert“, sagte der CFO von Motor Oil, Petros Tzanetakis, schon 2023. Und der Trend geht weiter: Im ersten Quartal 2024 brachen Griechenlands Gasexporte in die Balkanländer gegenüber dem Vorjahr um 95 Prozent ein.

Die seit Jahren schwebenden Investitionsentscheidungen für einige der neuen Terminals stehen auch deshalb immer noch aus. Dass die Anlagen jemals gebaut werden, wird immer unwahrscheinlicher. Denn der Gasmarkt hat sich komplett gedreht: Der russische Staatskonzern Gazprom überschwemmt Südosteuropa geradezu mit Erdgas. Und die Länder greifen gerne zu, denn das russische Pipelinegas ist billiger als das LNG aus den USA, Algerien oder Katar.

Beispiel Griechenland: Das Land hatte seine Gasimporte aus Russland nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs stark gedrosselt. Vor dem Krieg kamen 40 bis 45 Prozent der Gasimporte aus Russland, 2022 waren es nur noch 14 Prozent. Jetzt aber bezieht Griechenland einen größeren Anteil denn je vom Staatskonzern Gazprom: Aktuell machen die Russland-Importe 60 Prozent des Verbrauchs aus, sagte die CEO des Gasversorgers Desfa, Maria Rita Galli, jetzt auf einem Kongress in Athen. Im Mai betrug der Anteil nach Angaben von Desfa sogar 64,1 Prozent.

Die EU hat Ende Juni das 14. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet, um die russische Wirtschaft und die Staatskasse des Kremls weiter zu schwächen. Gaslieferungen

fallen allerdings weiter nicht unter diese Strafmaßnahmen. Zwar sollen Umladungen von russischem Flüssigerdgas vom kommenden Jahr an in EU-Häfen verboten sein. Außerdem verbietet das Paket die Einfuhr von russischem LNG über bestimmte Terminals, die nicht an das Gasfernleitungsnetz der EU angeschlossen sind. Damit soll verhindert werden, dass russisches LNG über Umschlagplätze in der EU in Drittländer gelangt. Marktbeobachter schätzen, dass bisher rund ein Fünftel des in europäischen Häfen ankommenden russischen Flüssigerdgases dort umgeladen und in Nicht-EU-Länder geliefert wird. Die EU-Staaten selbst können aber weiterhin so viel Russengas importieren, wie sie wollen.

Griechenland ist kein Einzelfall. Ungarn hat erst im vergangenen Jahr neue Lieferverträge mit Gazprom geschlossen. Das Land bezieht 80 bis 85 Prozent seines Erdgases über Pipelines aus Russland. In Österreich schwankte der Anteil russischen Gases in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nach Regierungsangaben zwischen 81 und 97 Prozent. Das Gas kommt durch die Transgaz-Pipeline, die von Russland über die Ukraine, die Slowakei und Tschechien zum Gasknotenpunkt Baumgarten in Österreich führt. Der zu knapp einem Drittel vom Staat kontrollierte österreichische Energiekonzern OMV hat sich vertraglich bis 2040 an den Lieferanten Gazprom gebunden.

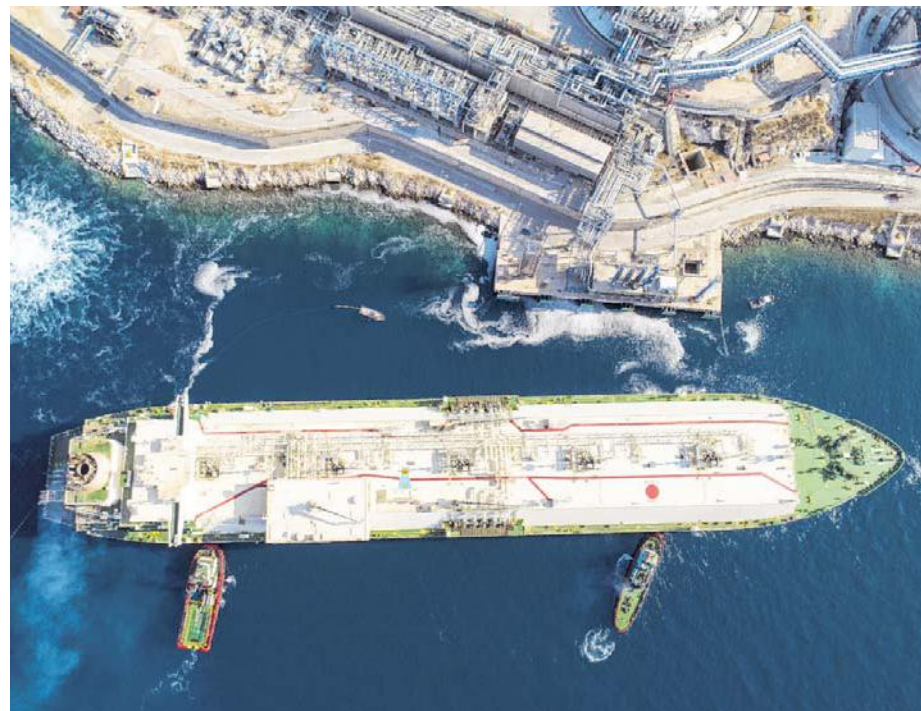
Offiziell technische Probleme

Die Einfuhren von russischem Erdgas in die EU sind zwar von 155 Milliarden Kubikmeter im Jahr 2021 auf 25 Milliarden Kubikmeter 2023 stark zurückgegangen. Das war vor allem eine Folge des Ausfalls der Nord-Stream-Pipeline. Die Lieferungen von russischem LNG sind jedoch nach Recherchen der Brüsseler Denkfabrik Bruegel seit 2021 um 38 Prozent gestiegen. Größte Abnehmer sind Spanien, Frankreich und Belgien. Deutschland bezieht offiziell kein russisches Gas mehr. Die Bundesregierung kann jedoch nach eigener Darstellung nicht ausschließen, dass kleinere Mengen über Nachbarstaaten ins Land kommen.

Im ersten Quartal steigerte Gazprom auch seine Pipelineexporte in die EU-Staaten nach Angaben des Forums Gas exportierender Länder (GECF) gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent. Da ist es kein Wunder, dass Griechenland für sein LNG in den Nachbarländern kaum noch Abnehmer findet.

Das erste Gastrade-Terminal bei Alexandroupolis sollte ursprünglich Ende 2023 in Betrieb gehen. Später wurde der 1. April 2024 genannt. Aber die Anlage arbeitet immer noch nicht. Offiziell ist von „technischen Problemen“ die Rede. Möglicherweise fehlt es aber auch an Nachfrage. Ob die zweite Anlage überhaupt gebaut wird, ist offen. Nicht nur die geplanten neuen Terminals stehen jetzt auf der Kippe. Auch der Bau der Pipelines, die das Erdgas aus Nordgriechenland in die Balkanländer und nach Osteuropa bringen sollten, ist jetzt fraglich geworden. Das hätte langfristige Folgen für die Energieversorgung der Region.

Freuen kann das nur einen, Kremlchef Wladimir Putin. Wenn die griechischen LNG-Terminals und die Pipelines nicht gebaut werden, sind die Staaten Südosteuropas auch weiterhin auf russisches Pipelinegas angewiesen.



Desfa

LNG-Terminal bei Athen: Die Anlage ist nicht einmal mehr annähernd ausgelastet.



Technologiekonzern

Siemens verlängert Vertrag mit Industrie-Vorstand Neike vorzeitig

Das Geschäft mit der Fabrikautomatisierung läuft schlecht. Dennoch gibt der Aufsichtsrat dem zuständigen Manager ein wichtiges Karrieresignal – und positioniert Cedrik Neike als Kronprinz von CEO Roland Busch.

Axel Höpner München

Im Geschäftsbereich Industrie-Automatisierung von Siemens-Vorstand Cedrik Neike läuft es derzeit nicht sonderlich gut. Die Kunden halten sich wegen voller Lager mit Bestellungen zurück, und der Aufschwung im wichtigen Absatzmarkt China kommt langsamer als erwartet.

Doch der Aufsichtsrat will nach Informationen des Handelsblatts den Vertrag Neikes trotz der derzeit schwachen Zahlen schon in seiner nächsten Sitzung am 7. August vorzeitig um fünf Jahre bis Mitte 2030 verlängern – damit fällt dem Manager die Rolle des Kronprinzen von Konzernchef Roland Busch zu.

Dieser Schritt war zwar im Frühjahr angekündigt worden, allerdings ohne festen Termin. Daher war in Industriekreisen spekuliert worden, dass der Aufsichtsrat abwarten könnte, ob sich Neikes Sparte Digital Industries (DI) rasch wieder erholt. „Alle sind sehr nervös“, sagte ein Insider. Mit dem Schritt will der Aufsichtsrat nun aber ein Zeichen setzen und Neike im Konzern halten.

Im zweiten Geschäftsquartal 2023/24 sanken Auftragseingang und Umsatz in Neikes Sparte um mehr als zehn Prozent, das Ergebnis brach sogar um gut 40 Prozent ein. Allerdings zeichnet sich laut Industriekreisen ab, dass es sich um einen üblichen zyklischen Abschwung handelt – und nicht um ein größeres strukturelles oder strategisches Problem. Kunden hätten nach den Erfahrungen in der Coronapandemie ihre Lager sehr stark gefüllt. Als dann vielerorts der Aufschwung auf sich warten ließ, blieben viele Bestellungen aus.

Der Aufsichtsrat sei trotz der aktuellen Geschäftsschwäche von der Strategie Neikes weiterhin überzeugt, heißt es im Umfeld des Kontrollgremiums. „Wir stützen Neike weiter voll. Angesichts der schwierigen Umstände macht er das sehr gut.“ Die Umstellung auf ein „Software-as-a-Service“-Mietmodell habe Neike bislang gut bewältigt. Das Geschäft sei durch die verstärkten Einnahmen in der Flaute stabilisiert worden. Zudem halte man die Digital-Plattform Xcelerator, auf der Siemens eigene und fremde Produkte verkauft, für den richtigen Weg in die Zukunft.

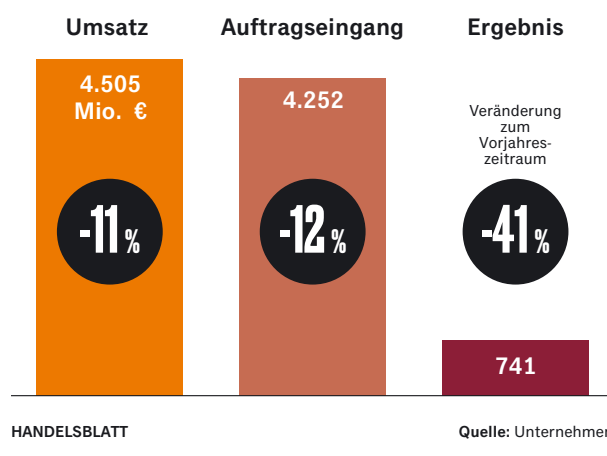
Vereinzelte Kritik am Führungsstil und der Weggang von Managern in Neikes Bereich beunruhigt das Kontrollgremium dem Vernehmen nach nicht. „Wenn man auf dem Niveau unterwegs ist, dann tritt man auch



Cedrik Neike (o.), Siemens-Chef Roland Busch: Der Industrie-Vorstand gilt als Hauptanwärter für Buschs Nachfolge.

Siemens Digital Industries

Kennzahlen im 2. Quartal 2023/2024
in Mio. Euro



manchmal wem auf die Füße oder macht sich Feinde.“ Der Manager habe alte Strukturen aufbrechen müssen.

Neikes Führungsstil wird im Aufsichtsrat positiv gesehen. Der Manager habe keinen Dünkel und tausche sich regelmäßig zum Beispiel mit Betriebsräten aus, um die Stimmung an der Basis zu eruieren. Dass er schnell duze und auch mal im Pullover auftrete, stoße manchen noch auf. Doch habe Neike einen modernen Führungsstil, der bei Siemens gewünscht sei.

Neike wurde stark von seiner Zeit beim Tech-Konzern Cisco geprägt. Als er 2001 zu Cisco nach Berlin gekommen sei, habe er zum Team und in die damalige Aufbruchsstimmung in der Tech-Branche gepasst, erinnert sich der heutige Cisco-Deutschlandchef Uwe Peter im Gespräch mit dem Handelsblatt. „Er war hochenergetisch.“

Das Geschäft von Cisco boomte, Neike hätte sich bei Cisco auch die einfachen Jobs aussuchen können, sagt Peter. „Doch er hat sich bewusst auch Restrukturierungsaufgaben herausgesucht, wo auch harte Entscheidungen getroffen werden mussten.“ Er habe transformatorische Themen bewusst gesucht, bei denen auch er sich habe weiterentwickeln können. In den Teams sei er mit seiner unkomplizierten Art, wenig Wert auf Hierarchien zu legen, beliebt gewesen. Schon damals habe er alle geduzt. „Das war aber bei Cisco auch ganz normal.“ Im Fuhrpark hatte er das kleinste Auto, zur Arbeit kam er oft mit dem Fahrrad.

Bei Siemens folgte Neike – nach einer kurzen Zeit bei der Sparte Smart Infrastructure (SI), zu der zum Beispiel die Gebäudetechnik und Energiemanagement gehören – auf Industrievorstand Klaus Helmrich. Der war ein ganz anderer Typ, in der Öffentlichkeit zurückhaltend, konventioneller führend, tief in den Themen drin. Die Umstellung für die Teams war groß.

Manche hatten ihn anfangs wegen seiner lockeren Art im Verdacht, ein Leichtgewicht zu sein. Bis heute wird Neike noch von einigen skeptisch beäugt. Er sei beim Kundenauftritt nicht ganz so tief in den Themen, lauten vereinzelte Vorwürfe.

Ein großer Kunde sieht das anders. „Wir sind in vielen Aspekten auf einer Wellenlänge. Er denkt die Dinge auch unkonventionell“, sagt ein Dax-Vorstand. Neike habe eine „Vision“ davon, wie die Fertigung der Zukunft aussehe und was die Kunden dafür bräuchten.

Das bisherige Siemens-Geschäft habe eine sehr klare Struktur gehabt mit dem Verkauf von Hardware und dazu passenden Softwarepaketen. Nun

müsse der Automatisierungsspezialist auf einen offenen, modularen Ansatz mit einer Art „Streaming in der Cloud“ umsteuern. Damit öffne man das Geschäft auch für Konkurrenzanwendungen. „Da braucht es unternehmerischen Mut zu sagen: ‚Wenn wir es nicht machen, bietet es ein anderer an.‘ Das fordert natürlich die Organisation.“

Neike habe sich nach dem Wechsel von Cisco rasch eingearbeitet. „Er hat in der Materie schnell Fuß gefasst und ist bei den Treffen gut vorbereitet und lässt bei offenen Fragen nicht locker“, lobt der Dax-Vorstand weiter. Die Aufgabe sei aktuell sicher nicht leicht. Lange seien die Siemens-Geschäfte sehr gut gelaufen. Für jede etablierte Organisation sei es schwierig, sich selbst neu zu erfinden. „Wenn dann wirtschaftlicher Gegenwind herrscht, melden sich natürlich die Bedenken-träger.“

Neike sei ein guter Netzwerker und knüpfe viele Kontakte in die Industrie. Er lade in die Siemens-Fabriken oder zu Diskussionsrunden ein, in denen er den inhaltlichen Austausch „dezent lenke“. Mit seiner unkonventionellen Art sei er womöglich einen Tick moderner als sein Umfeld, lautet das Fazit des Dax-Managers.

Harmonie im Vorstand

Im Gegensatz zu früheren Zeiten herrscht derzeit im Siemens-Vorstand vergleichsweise Harmonie. Manchem ist das Gremium zu wenig divers. Als Halbfranzose muss Neike schon für die Internationalität herhalten, Personalchefin Judith Wiese ist die einzige Frau im Vorstand.

An der Spitze steht für weitere fünf Jahre CEO Busch; sein Vertrag war bereits im April vorzeitig verlängert worden. Daher hatte der Aufsichtsrat Sorgen, dass Neike ungeduldig werden und sich einen anderen Chefsessel suchen könnte.

Nach Informationen des Handelsblatts aus Aufsichtsratskreisen soll gegen Ende des Jahres auch der Vertrag mit Smart-Infrastructure-Vorstand Matthias Rebellius verlängert werden. „Wir ergänzen uns sehr gut“, sagte dieser im Gespräch mit dem Handelsblatt über Neike. Er habe schon bei SI sehr gut mit Neike zusammengearbeitet und schätze den offenen Austausch. Das Industriegeschäft sei die Perle von Siemens. Da sei die digitale Kompetenz Neikes wertvoll. Rainer Brehm, der innerhalb von DI die wohl wichtigste Sparte Digitale Fabrik leitet, sagte dem Handelsblatt, er arbeite sehr gern mit Neike zusammen. „Er ist einer der besten Chefs, die ich bislang hatte.“

Mit der Vertragsverlängerung gilt Neike als Hauptanwärter auf den Posten des Konzernchefs. Doch gesetzt ist er damit als Nachfolger Buschs noch lange nicht. „Fünf Jahre sind eine lange Zeit“, sagt ein Insider.

Ob Siemens wirklich zu den großen Gewinnern der Digitalisierung der Industrie gehören und ob sich Xcelerator als viel genutzte Plattform etablieren werde, sei offen. Größere Fehler könne sich Neike nicht erlauben, dafür sei das Geschäft mit Industrie-Automatisierung auch zu schwankungsfähig. Im Aufsichtsrat gibt es deshalb auch Stimmen, die dafür plädieren, einen weiteren möglichen CEO-Nachfolger aufzubauen, um mehrere Optionen zu haben. Ermöglicht werden könne dies zum Beispiel durch eine Erweiterung des Führungsgremiums. Der zusätzliche Vorstandsposten könne zum Beispiel die Verantwortung für die Bahntechnik beinhalten.

Technologie

Google-Konzern plant Rekordzukauf

Alphabet verhandelt über eine 23 Milliarden Dollar schwere Übernahme des Start-ups Wiz. Es wäre eine Kampfansage im wichtigen Cloud-Geschäft.

Thomas Jahn Düsseldorf

Das Cybersecurity-Start-up Wiz ist gerade mal vier Jahre alt – und könnte trotzdem bereits für 23 Milliarden Dollar an den Google-Mutterkonzern Alphabet gehen. Nach übereinstimmenden Informationen mehrerer US-Medien befinden sich die Verhandlungen in einem fortgeschrittenen Stadium, eine Einigung könnte schon bald zustande kommen. Zuerst hatte das „Wall Street Journal“ darüber berichtet. Alphabet und Wiz äußerten sich zunächst nicht dazu.

Die Firma mit derzeit 950 Mitarbeitern entwickelt Sicherheitssoftware für die Cloud, die sich weltweit größter Beliebtheit erfreut. Zu den Kunden zählen fast jeder zweite Großkonzern in den USA, aber auch deutsche Unternehmen wie BMW, Otto oder Siemens. Sitz und der Vertrieb von Wiz sind in New York, die Technologieentwicklung befindet sich aber in Israel.

Es wäre der mit Abstand größte Zukauf von Google in seiner Geschichte. Der Preis wäre doppelt so hoch wie bei der bislang größten Übernahme vor zwölf Jahren. Mit der Handysparte von Motorola legte Google den Grundstein für sein heutiges Geschäft mit Pixel-Smartphones.

Die Übernahme von Wiz wäre eine Kampfansage von Google-Chef Sundar Pichai im wichtigen Cloud-Geschäft. Dort ist der Suchdienst seit vielen Jahren die abgeschlagene Nummer drei mit einem Marktanteil von derzeit elf Prozent. Branchenführer Amazon Web Services kommt auf 31 Prozent, Microsoft Azure auf 25 Prozent.

Wiz gehört mit zu den am schnellsten wachsenden Start-ups der Welt. Nach der Gründung 2020 brauchte es nur 18 Monate, um auf einen jährlichen Umsatz von 100 Millionen Dollar zu kommen. Derzeit strebt die Firma eine Milliarde Dollar Jahresumsatz an, wie Wiz-Chef Assaf Rappaport vor einigen Wochen sagte. Im Mai nahm das Unternehmen eine Milliarde Dollar von namhaften Risikokapitalgebern wie Andreessen Horowitz oder Lightspeed Venture Partners zu einer Bewertung von zwölf Milliarden Dollar auf. „Wir haben es nicht eilig mit einem Börsengang“, sagte Rappaport.

Jetzt bietet Google keine drei Monate später fast das Doppelte der Bewertung. Allerdings ist unklar, ob die Aufsichtsbehörden die Übernahme genehmigen. Das US-Justizministerium hat beispielsweise Kartellklagen gegen Google einge-

reicht, weil der Konzern seine marktbeherrschende Stellung bei der Onlinesuche und im Anzeigen-geschäft zum eigenen Vorteil missbraucht haben soll. Kommt es im November zu einem Wahlsieg von Donald Trump, dürften sich die Aussichten für den Deal verbessern, Trump gilt als unternehmerfreundlicher als Präsident Joe Biden.

Mit Wiz will Google in erster Linie versuchen, sich im Cloud-Geschäft besser gegen Microsoft zu behaupten. Das kämpft seit einiger Zeit mit Sicherheitsproblemen. Vor einem Jahr griff beispielsweise eine chinesische Hackergruppe Daten von insgesamt 25 Regierungsstellen ab. Senator Ron Wyden forderte in einem Brief an das US-Justizministerium, dass Microsoft verantwortlich für seine „fahrlässigen Praktiken in Cybersecurity“ gemacht werden sollte.

Alle größeren Cloud-Anbieter arbeiten mit Wiz zusammen. Aber mit Microsoft verbindet das Start-up besonders viel: Die vier Gründer Assaf Rappaport, Ami Luttwak, Yinon Costica und Roy Reznik arbeiteten viele Jahre bei Azure, nachdem sie ihre erste Cybersecurity-Firma Adalcom 2015 an den Konzern verkauft hatten. 2020 gründeten sie dann Wiz und machten zahlreiche Sicherheitslücken bei Azure bekannt – und gaben ihnen farbenfrohe Namen wie „ChaosDB“, „Not-legit“ oder „Bingbang“.

Die Gründer lernten sich beim Militär kennen

Die Gründer hatten sich in der Einheit 8200 des israelischen Militärs kennengelernt. Die IT-Aufklärungseinheit hat in der Tech-Szene einen legendären Ruf. Zahlreiche Cybersecurity-Firmen wie Palo Alto Networks oder Check Point wurden von ehemaligen Mitgliedern gegründet.

Ihre Software erfüllt eine wichtige Aufgabe für die Cloud-Konzerne. Es gibt Unternehmen einen Überblick über alle Netzwerke und Daten in der Cloud und überprüft sie auf mögliche Sicherheitsrisiken. Dabei ist das System leicht zu bedienen und verringert die notwendigen Sicherheitsanwendungen. So wird die Plattform von Wiz regelmäßig von Kunden auf der Branchenplattform G2 hoch gelobt.

Laut der Beratung Gartner können Unternehmen mit dem Angebot von Wiz ihre Cloud „mit drei oder weniger Anbietern“ von Sicherheitssoftware schützen, während es vorher durchschnittlich zehn waren.

Google-Chef Sundar Pichai: Bei der Cloud ist der Konzern im Rückstand.

AP

Telerik Schischmanow

„Wir sind hungrig, wir wollen wachsen“

Rewe-Finanzchef Schischmanow erklärt, wie die Supermarktkette auch mit geringen Margen ihre Zukunftsinvestitionen finanziert – und kündigt weitere Übernahmen an.

Herr Schischmanow, die Kunden stöhnen über hohe Preise im Supermarkt, zugleich klagen Händler über niedrige Gewinnmargen. Bleiben die Preissteigerungen wirklich nicht bei den Händlern hängen?

Die Inflation hat bereits merklich nachgelassen, wir sehen bei uns im Sortiment eher Deflation – somit hat sich die Situation bereits deutlich entspannt. Aber wir verhandeln wie immer hart mit den Herstellern über die Preise, damit unsere Kunden nicht über Gebühr belastet werden. In den vergangenen zwei Jahren gab es zudem ja nicht nur eine hohe Inflation bei den Lebensmitteln, sondern auch starke Kostensteigerungen unter anderem bei Energie und Mieten. Trotzdem hatten wir das beste Jahr der Unternehmensgeschichte, stehen kerngesund da. Doch klar ist auch: Als Händler hatten und haben wir deutlich knappere Margen als die Markenhersteller.

In der Coronakrise konnten Supermärkte ihre Gewinnmargen zeitweise mehr als verdoppeln. Wo liegen Sie heute?

Beim Jahresüberschuss liegt unsere Marge knapp unter einem Prozent. Da sieht man auch, dass wir nicht diejenigen sind, die sich die Taschen vollmachen.

Wer macht sich die Taschen voll?

Wenn sich jemand die Taschen vollgemacht hat, dann sehen Sie das am ehesten an der Höhe der Renditen in der Wertschöpfungskette.

Sie beziehen sich auf die großen Markenhersteller mit ihren zweistelligen Renditen. Aber sind bei denen die Kosten nicht auch gestiegen?

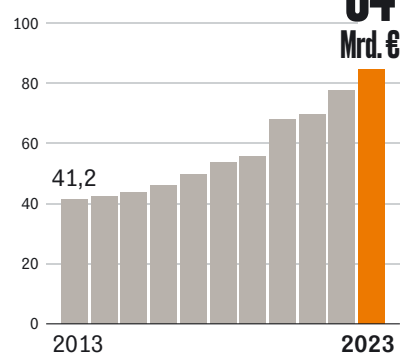
Wir können durch unsere Eigenmarken sehr genau einschätzen, wie stark Kosten steigen und in welcher Höhe Aufschläge der Hersteller dadurch gerechtfertigt sind. Wenn Forderungen überzogen sind, dann kommt es eben zu harten Verhandlungen. Mit einem Prozent Jahresüberschussrendite haben Sie als Händler halt nichts zu verschenken, da müssen Sie sehr genau wirtschaften, umso mehr im Sinne unserer Kunden und deren Geld. Nichtsdestotrotz sind wir sehr solide finanziert, allein schon mit zehn Milliarden Euro Eigenkapital.

Zugleich liegt Ihre Nettoverschuldung aber bei 16 Milliarden Euro.

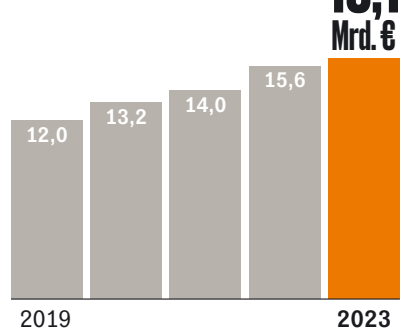
Die Nettoverschuldung beinhaltet zum großen Teil ja auch die zukünftigen Mietzahlungen, die bilanzrechtlich als Schulden gelten. An reinen Krediten, für die wir an Banken Zinsen zahlen müssen, haben wir ein Volumen von 2,6 Milliarden Euro, das sind lediglich sieben Prozent der Bilanzsumme. Wir zahlen an Banken und Geldgeber 76,5 Millionen Euro Zinsen, abzüglich Zinserträge und Zinssicherungsgeschäften sind es nur rund 30 Millionen. Dem gegenüber steht ein Jahresüberschuss von 736 Millionen Euro. Die Zahlen sprechen für sich.

Rewe Group

Umsatz in Mrd. Euro



Nettoverschuldung in Mrd. Euro



HANDELSBLATT

Quelle: Unternehmen

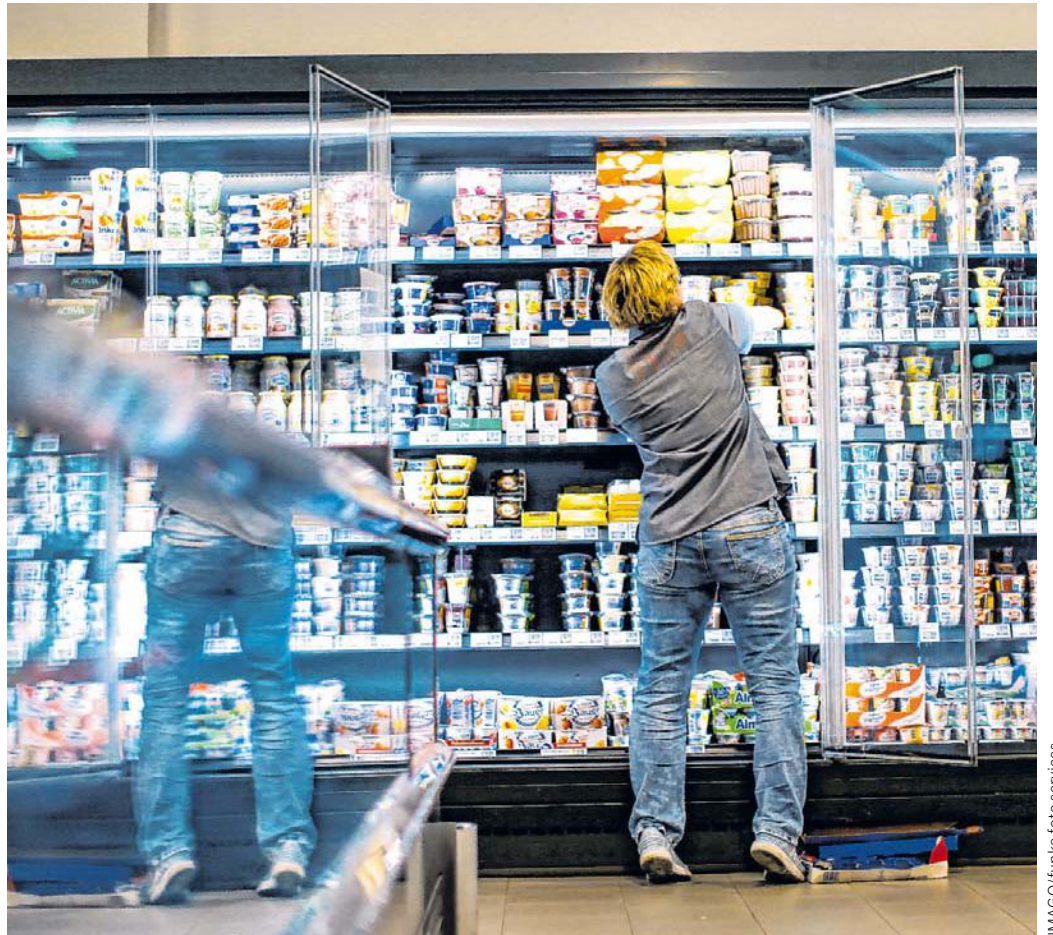
Aber können Sie sich in dieser Situation überhaupt noch Zukunftsinvestitionen leisten?

Ja! Wir haben noch 2,5 Milliarden Euro an freien Kreditlinien, sind also für weiteres Wachstum und Investitionen gut aufgestellt. Sie müssen auch sehen, dass wir stark wachsen, wir haben in den letzten zehn Jahren unseren Konzernumsatz verdoppelt und den Gewinn vervierfacht. Das ist ziemlich solide.

Sie haben aber bei der Vorstellung des Geschäftsberichts selbst betont, dass Sie nicht in der Lage sind, die Investitionen zu erwirtschaften, die Sie brauchen, um für die Zukunft gerüstet zu sein. Kann das auf Dauer gut gehen?

Das liegt daran, dass wir weit mehr investieren als die Wettbewerber. Allein eine Milliarde davon geht in Immobilienvermögen, also in die Substanz. Wir investieren in Supermärkte, Discountmärkte, Logistikimmobilien und in die Automatisierung. Und das Gute ist: Wenn wir das aus irgendeinem Grund zurückdrehen müssten, könnten wir die Investitionen jederzeit wieder auf das Niveau der Wettbewerber zurückführen und damit die Verschuldung verringern.

Das heißt, sie werden weiter Geld aufnehmen? Natürlich, wie beschrieben dient das dem Wachstum und den Investitionen in die Zukunft. In den letzten Jahren waren es an neu aufgenommenen Schulden 200 bis 400 Millionen Euro pro



Rewe-Supermarkt: Der Konzern investiert stark in Immobilien.

Vita

Der Manager Telerik Schischmanow kam 2006 zu Rewe. Er leitete unter anderem die Bereiche Corporate Development/Strategie und Konzerncontrolling. Seit dem 1. Juli 2022 ist der 49-Jährige Finanzchef.

Das Unternehmen Die Rewe Group ist ein Handels- und Touristikkonzern mit genossenschaftlichen Strukturen. Zu den Marken gehören Rewe, Penny, Toom, Lekkerland, DER Touristik und ITS Reisen. Die Gruppe machte 2023 inklusive angeschlossenen selbstständigen Kaufleuten mit fast 400.000 Mitarbeitern einen Außenumsatz von 92,3 Milliarden Euro.

Jahr. Kreditschulden sind ja auch kein Problem, wenn die Relation zum Ertrag gegeben ist.

Wir sind jetzt aber wieder in einer Hochzinsphase, geht die Rechnung da noch auf?

Ich bin seit 19 Jahren im Konzern und habe noch keine Zeit erlebt, die nicht in irgendeiner Weise herausfordernd war. Ja, das ist nicht schön, aber das kann man managen. Wir haben deswegen schon vor zwei Jahren umfangreiche Zinssicherungsgeschäfte betrieben. Und es ergeben sich auf der anderen Seite auch Chancen: Wir profitieren von einem deutlichen Rückgang der Immobilienpreise.

Sie investieren sehr stark in Immobilien, bleibt da noch Geld für Investitionen in Innovationen?

Auch Supermärkte sind für uns Zukunftsinvestitionen. Aber Sie haben recht, wir betreiben auch Forschung und Entwicklung – und vor allem Digitalisierung. Ich gebe ein Beispiel: In der Nähe von Hamburg haben wir einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag in ein automatisiertes Lager investiert, das unsere Prozesse viel effizienter macht. Wir investieren auch in Start-ups oder in Fonds etwa im Bereich Foodtech, für Kameratechnologien, Self-Checkout-Systeme, Roboterfahrzeuge oder Drohnenbelieferung. Wir sehen uns damit bei den wichtigsten Innovationen sehr gut positioniert.

Entsteht der Innovationsdruck auch, weil Banken das sehen wollen?

Wir tun dies in erster Linie aus eigener Motivation heraus, weil wir unser Geschäft und das unserer Kaufleute über Jahrzehnte und Generationen weiter-

entwickeln wollen. Aber das trifft gut die Wünsche der Banken. Das gilt genauso im Nachhaltigkeitsbereich.

Haben Sie deshalb vor Kurzem eine Nachhaltigkeitsanleihe ausgegeben?

Für uns war das eine doppelte Premiere. Zum einen haben wir uns zum ersten Mal mit einer Anleihe an externe Investoren gewandt, das ist für eine Genossenschaft ein sehr außergewöhnlicher Schritt. Zum anderen haben wir die Anleihe mit sehr konkreten Nachhaltigkeitszielen verknüpft. Das war für uns schon eine Herausforderung. Aber die Investoren und Anleger schätzen eben auch unsere gute Bonität.

Warum sind Sie dieses Risiko eingegangen?

Wir sind zwar eine Genossenschaft, aber zugleich ein Konzern, der international weiter expandieren will. Und dafür werden wir immer mal wieder Geld benötigen. Da sind wir mit einem breiten Zugang zum internationalen Kapitalmarkt einfach besser vorbereitet. Unsere Anleihe wurde mit 900 Millionen Euro gezeichnet, aber das Interesse lag bei 3,3 Milliarden Euro. Das zeigt, welches Potenzial wir noch haben.

Können Sie sich vorstellen, weitere Anleihen auszugeben?

Ja, für mich ist das ein Instrument, das wir immer mal wieder bedienen können.

Sie haben vor vier Jahren eine Dreiviertelmilliarde in Lekkerland investiert, ebenfalls fremdfinanziert. Rechnet sich das mittlerweile? Wenn man dafür ein Darlehen aufnehmen muss, dauert das natürlich etwas. Allerdings macht die Einheit auch sehr

vernünftige Gewinne, sodass sich der Kauf sehr zeitnah amortisiert haben wird. Die Kredite dafür sind weitgehend abgetragen.

Es war zu hören, dass Lekkerland künftig auch die Jet-Tankstellen beliefern will. Den Auftrag hatte bisher Edeka.

Wir sprechen über eine Zusammenarbeit, das ist korrekt.

Mit Ihrem starken Engagement im E-Commerce gehen Sie im deutschen Lebensmittelhandel einen Sonderweg. Sehen das alle Konkurrenten falsch, die sagen, das rechnet sich nicht?

Das ist eine Frage der Philosophie. Wir denken, dass es wichtig ist, den Kunden ein Angebot über alle Kanäle zu geben. Und manchmal müssen Sie dann eben ein paar Jahre investieren.

Sie betreiben den E-Commerce nun schon seit zwölf Jahren. Sollte er da nicht irgendwann profitabel sein?

Das ist der Vorteil bei uns: Durch den Verbund der Kaufleute haben wir ein sehr langfristiges Interesse, das über Generationen reicht. Damit können wir über sehr lange Zeiträume entwickeln.

Und Sie haben nicht festgelegt, bis wann der Lieferdienst profitabel sein muss?

Sie können davon ausgehen, dass wir das aktiv steuern und uns auch klare Ziele setzen. Wir sitzen alle paar Wochen im Vorstand zusammen und schauen uns alle Themen sehr genau an. Wir sehen es uns aber ganzheitlich an.

Wie lange haben Sie noch Geduld mit der Beteiligung an dem defizitären Schnelllieferdienst Flink?

Man muss da differenzieren. Zum einen haben wir mit Flink einen Liefervertrag als Großhändler, daran verdienen wir Geld. Mit der Beteiligung wollen wir mit überschaubarem Risiko an einer neuen Entwicklung in der Branche dran sein, ohne es selbst machen zu müssen. Die meisten Wettbewerber von Flink sind jetzt aus dem Markt ausgeschieden, wir werden sehen, wie es sich entwickelt.

Wenn Sie eine attraktive Möglichkeit für eine Übernahme im Markt sehen, wären Sie bereit zu investieren – auch wenn dadurch die Verschuldung weiter steigt?

Ja. Wir sind sowohl an organischem Wachstum interessiert als auch an Zukäufen. Und unsere Kreditlinien geben das auch her. Wir sind hungrig, wir wollen wachsen – sowohl im Handel wie auch in der Touristik.

Haben Sie konkret etwas im Auge?

Wir haben immer was im Auge. Es laufen immer Dutzende Projekte, die wir beobachten, in allen unseren Ländern.

Erwarten Sie im Lebensmittelhandel auch international weitere große Übernahmen?

Im internationalen Handel geht es immer mehr um Größenvorteile, mit denen man die engen Margen kompensieren kann, um Einkaufsvorteile und Prozesseffizienz. Deshalb wird die Konsolidierung auch international weitergehen. Und daran werden wir aktiv teilnehmen.

Herr Schischmanow, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Florian Kolf, Ina Karabas und Christoph Schlautmann.

E-Bikes

1000-Euro-Gutscheine als Entschädigung von Van Moof

Tausende Kunden hatten ihr Rad zwar bezahlt, es aber nie erhalten. Nun wagt der niederländische E-Bike-Spezialist nach der Insolvenz den Neuanfang.

Axel Höpner München

Auf dem Höhepunkt der Krise der Fahrradindustrie hat die Pleite des E-Bike-Spezialisten Van Moof die Branche im vergangenen Jahr erschüttert. Tausende Kunden, die ihr Fahrrad bereits bezahlt, aber noch nicht erhalten hatten, standen mit leeren Händen da. Unter neuen Eigentümern soll jetzt der Neustart gelingen.

„Es ist ein Hochrisikoprojekt, aber mit großen Chancen auf Erfolg“, sagte der neue Co-Chef Elliott Wertheimer dem Handelsblatt. Van Moof habe trotz der Pleite noch immer eine starke Marke, eine gute technologische Basis und eine treue Anhängerschaft. „Wir müssen jetzt beweisen, dass wir zuverlässig sind und das Vertrauen der Kunden verdienen.“ Für die Kunden, die ein Rad erhalten haben, kündigte Wertheimer ein freiwilliges Kompensationsangebot an.

Van Moof hatte laut Branchenschätzungen Schulden von mehr als 100 Millionen Euro angehäuft. Die minimalistisch, aber schick designten E-Bikes waren beliebt. Der Akku ist unauffällig im Rahmen versteckt, der aus schlanken, zylinderförmigen Alurohren besteht. Scheinwerfer und Rücklicht sind elegant integriert. Die Modelle galten als Hipster-Räder für Pendler in der Großstadt. So gehörte Van Moof im Fahrrad-Boom zu Beginn der Coronapandemie zu den Gewinnern. Die Firma sammelte als „Tesla unter den E-Bikes“ mehr als 100 Millionen Euro bei Investoren wie Hillhouse Capital, Norwest Venture Partners, Felix Capital, Balderton Capital und TriplePoint Capital ein.

Doch geriet die Fahrradbranche binnen kurzer



Wir müssen jetzt beweisen, dass wir zuverlässig sind und das Vertrauen der Kunden verdienen.

Elliott Wertheimer
Van-Moof-Chef

Zeit in eine tiefe Krise. Erst konnte die Nachfrage wegen Teilemangels nicht bedient werden. Als dann wieder genug Komponenten und Räder verfügbar waren, brach die Nachfrage ein.

Die Pleite von Van Moof hatte aber vor allem hausgemachte Ursachen. Das Start-up verkaufte seine technologisch innovativen Räder anfangs für 2000 Euro – und damit vergleichsweise billig, obwohl viele Komponenten aufwendig selbst entwickelt waren. Zudem konnten viele Werkstätten die Räder wegen der teils fehleranfälligen Sonderteile nicht reparieren. „Die Margen waren viel zu niedrig“, sagt Wertheimer. Van Moof habe mit jedem Rad unter dem Strich Geld verloren. Zudem seien die Räder nicht zuverlässig genug gewesen.

Nach der Pleite wurde die Firma von der E-Roller-Tochter Lavoie des Formel-1-Zulieferers McLaren Applied übernommen. Die neuen Co-Chefs Wertheimer und Albert Nassar wollen nun das Vertrauen der Kunden zurückgewinnen. Die neue Van Moof habe zwar weder Zugang zu den vor der Insolvenz bestellten Fahrrädern noch zu den Zahlungen, betont Wertheimer. Ansprüche müssten sich also an den Insolvenzverwalter richten, wenn es um eine Lieferung der Räder oder eine Rückerstattung der Anzahlung geht.

Doch bietet man Kunden, die noch kein Geld zum Beispiel von ihrem Zahlungsdienstleister erhalten haben, 1000 Euro Rabatt beim Kauf eines neuen Rades an. „Das wird uns viel Geld kosten, aber nicht alle glücklich machen“, räumt Wertheimer ein. Schließlich sei es keine vollständige Entschädigung, denn einige Kunden hatten bereits den Komplettbetrag bezahlt. Befragungen hätten aber gezeigt, dass viele Kunden bereit seien, auf das Angebot einzugehen.

Branche steckt noch immer in der Krise

Van Moof will zudem die Schwächen im Geschäftsmodell korrigieren. Der Vertrieb soll künftig auch klassisch über Fachhändler erfolgen, der Service über Partnerwerkstätten, die zum Beispiel auch die Software auslesen können und über Ersatzteile verfügen. „Wir haben bereits 130 Partner, bis Ende des Jahres sollen es 200 sein.“

Zudem will Van Moof nicht nur ausschließlich eigene Komponenten verwenden, sondern auch Standardteile und solche, die von Partnern speziell für den E-Bike-Hersteller entwickelt wurden. Im Kern, zum Beispiel bei Beleuchtung und Antrieb, setzt Van Moof aber weiter auf eigene Lösungen.

Ob das Comeback gelingt? Van Moof habe in der Tat eine weiter starke Marke, meint ein Insider aus der Fahrradindustrie. Das Design unterscheidet sich noch immer von vielen Konkurrenten. Allerdings sei die Herausforderung, Produktion, Vertrieb und Service erfolgreich aufzustellen, immens.

Rückenwind von der Branche gibt es kaum. In den ersten vier Monaten sank der Absatz von E-Bikes laut Branchenverband ZIV in Deutschland leicht auf 800.000 Verkäufe, bei den klassischen Fahrrädern brach er sogar um 19 Prozent ein. „Es gibt kein ganz einheitliches Bild, einzelne Segmente produzieren bereits nach, bei anderen sind die Lager noch voll“, sagte ZIV-Geschäftsführer Burkhard Stork. Eine deutliche Erholung werde es wohl ab 2025 geben.

Die Flaute in diesem Jahr könnte Van Moof sogar eher in die Karten spielen. „In diesem Jahr interessiert uns der Umsatz ohnehin nicht“, sagt Wertheimer. Wenn man ab 2025 wieder richtig durchstarten wolle, könne man am Aufschwung des Markts partizipieren. Der nachhaltige Wachstumstrend der Mikromobilität sei intakt.

Dass Wertheimer von Mikromobilität spricht – und nicht nur von Fahrrädern –, ist kein Zufall. Van Moof wurde mit Lavoie verschmolzen und will künftig auch E-Scooter anbieten. McLaren Applied sei bereit, zweistellige Millionenbeträge in das Geschäft zu investieren, betont Wertheimer.

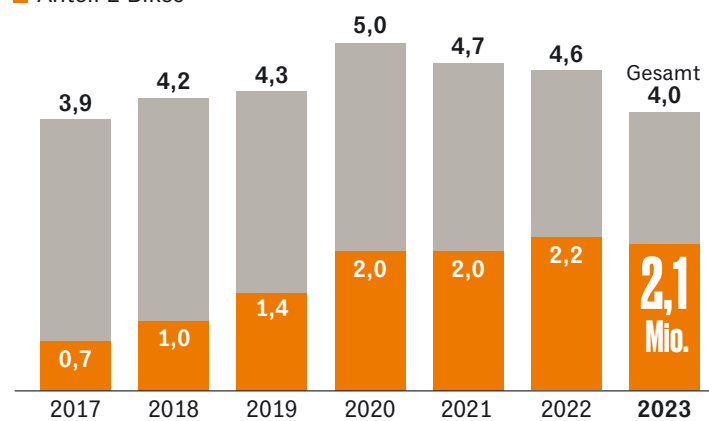


Rad von Van Moof: Das neue Management will die Schwächen im Geschäftsmodell korrigieren.

Fahrradmarkt in Deutschland

Absatz von Fahrrädern in Millionen Stück

■ Anteil E-Bikes



HANDELSBLATT

Quelle: ZIV



Bewerbungsgespräch:
Nach einer Umfrage werden Frauen in Stellenanzeigen lieber geduzt.

E+/Getty Images

Stellenanzeigen

So finden Sie bessere Fachkräfte als die Konkurrenz

„Wie ein Dating-Partner, der nur über sich selbst redet“ – viele Unternehmen schreiben Stellenanzeigen an Bewerbern vorbei, sagen Experten. Worauf es wirklich ankommt.

Lara Schmalzried Düsseldorf

Etliche offene Stellen, kaum geeignete Bewerbungen – das ist derzeit die Realität in vielen Unternehmen. Schuld ist der Fachkräftemangel, der sich in den kommenden Jahren noch verschärfen wird.

Die gute Nachricht lautet: Mit einigen schnell umsetzbaren und kostengünstigen Maßnahmen kann jeder, der gerade eine Stelle besetzen will, die Zahl der guten Bewerbungen steigern. Das Handelsblatt hat vier Tipps gesammelt, mit denen Sie für Kandidaten sichtbarer werden und mehr qualifizierte Talente ansprechen als die Konkurrenz.

Tipps eins: Ausgrenzung von Topkandidaten vermeiden

In Deutschland gibt es rund 20 Millionen erwerbstätige Frauen, Tendenz steigend. Viele Stellenanzeigen sind allerdings so formuliert, dass sie vor allem männliche Bewerber anziehen und Frauen unbewusst abschrecken. Studien zeigen, dass dieser Effekt schon bei den ersten Worten einer Stellenausschreibung einsetzt: dem Jobtitel.

Die Professorin Ute Rademacher forscht an der University of Applied Sciences in Emden/Leer zu wirtschaftspsychologischen Themen. Sie sagt: Frauen fühlten sich eher angesprochen, wenn im Stellentitel beide Geschlechtsformen vorkommen – im Gegensatz zur oft verwendeten Formulierung „Mitarbeiter (m/w/d)“. Eine



Die Zukunft der Arbeit

Serie:
Mitten in der Pandemie organisieren Deutschlands Unternehmen den Umbau des Arbeitsalltags nach Corona. Diese Serie wirft einen Blick auf die Zukunft unserer Arbeitswelt – und gibt Tipps, um sich zwischen „New Work“ und „New Normal“ zu rechtzufinden. Mehr unter [handelsblatt.com/new-work](https://www.handelsblatt.com/new-work)

Studie zur Anpassung von Stellenanzeigen, an der Rademacher mitgearbeitet hat, belegt zudem: Frauen werden in Ausschreibungen lieber geduzt und nehmen es im Gegensatz zu Männern eher als positiv wahr, wenn der Arbeitgeber ihnen dort Weiterbildungs- und Coaching-Angebote macht.

Inga Dransfeld-Haase, Präsidentin des Bundesverbands der Personalmanagerinnen, rät Personalern außerdem dazu, einen Satz wie diesen einzufügen: „Uns ist klar, dass kaum jemand alle Anforderungen erfüllen wird. Auch Bewerbungen, in denen das nicht der Fall ist, sind herzlich willkommen.“ Eine Studie der Harvard Business School aus dem Jahr 2024 zeigt, dass auch solche Einordnungen dazu führen, dass sich mehr Frauen auf eine Stelle bewerben.

Und noch eine weitere Bevölkerungsgruppe lassen viele Unternehmen in ihren Ausschreibungen außen vor: Menschen von 55 bis 64 Jahren. In Deutschland gehören zu dieser Altersgruppe rund 9,4 Millionen Menschen. Mit Formulierungen wie „Kommen Sie in unser junges, dynamisches Team“ suggerieren Unternehmen dieser Gruppe implizit, dass Ältere nicht erwünscht seien.

Dabei sind Arbeitgeber auch auf die Erfahrung von Ü55-Bewerbern angewiesen. Es sei wichtig, ihnen Anreize zu bieten und möglichst verschiedene Entwicklungswege aufzuzeigen, erklärt Tim Verhoeven, Kommunikationsmanager bei dem Jobportal Indeed. Benefits wie ein ausgeklügeltes Gesundheitsmanagement können für

ältere Kandidaten ein wichtiges Kriterium bei der Jobwahl sein.

Tipps zwei: Konzentrieren Sie sich aufs Unverzichtbare

Viele Unternehmen haben Angst, Bewerber mit zu hohen Anforderungen abzuschrecken. Doch je weniger konkret eine Stellenanzeige ist, desto mehr unpassende Kandidaten werden sich bewerben. Die Anforderungen an eine Stelle sollten eine Checkliste für Bewerber sein, anhand derer sie bestimmen können, ob sie geeignet sind.

Die Anforderungen sollten nicht höher gesetzt werden als notwendig. Anforderungen, die optional sind, und jene, die zwingend sind, sollten Personaler auch so benennen. Zehn Jahre Berufserfahrung sollten nur dann ausgeschrieben werden, wenn sie essenziell sind. Wenn acht Jahre auch reichen, ist es sinnvoll, das genau so zu formulieren. „Wenn es irgendetwas gibt, das ein Must-have ist, dann sollte man daran auch nicht ruckeln“, sagt Tim Verhoeven. Drei bis fünf unverzichtbare Kernkompetenzen seien ein guter Richtwert, die wichtigste sollte zuerst kommen.

Gerade die Zahl weiblicher Bewerber steige, wenn Unternehmen die Liste der Forderungen verkürzten, sagt Personalmanagerin Dransfeld-Haase. „Da Frauen dazu neigen, sich seltener zu bewerben, wenn sie nicht alle aufgeführten Anforderungen erfüllen, sollte darauf geachtet werden, dass nur die wirklich notwendigen Qualifikationen betont werden. Weniger ist hier oft mehr.“

Wer als Arbeitgeber genau wisse, wonach er suche, könne sich die Arbeit auch schneller mit KI-Tools erleichtern, sagt Indeed-Kommunikationsmanager Tim Verhoeven. Teilweise arbeiteten Online-Stellenbörsen wie Stepstone mit Matching-Softwares: Sobald Recruiter dort eine freie Stelle ausschreiben, werden ihnen direkt passende Kandidaten angezeigt. Das funktioniert aber nur bei klaren Angaben. „Drei bis fünf Jahre Berufserfahrung“ könne die KI nachprüfen, bei „handfesten Erfahrungen“ dagegen habe sie Schwierigkeiten – es handelt sich um einen zu schwammigen Begriff. Und: Wenn ein KI-Tool eine Formulierung nicht versteht, dürfte sie auch viele Bewerber verwirren.

Tipps drei: Wechseln Sie die Perspektive

Schon die Überschrift einer Stellenanzeige kann über ihren Erfolg maßgeblich mitbestimmen. Tim Verhoeven sagt: Erhebungen seines Unternehmens Indeed zeigten, dass deutschsprachige Jobbezeichnungen auf mehr Interesse stoßen als englischsprachige.

Dies gelte auch für Stellen, bei denen das Bauchgefühl etwas anderes vermuten ließe. Der Begriff Software-Entwickler wird beispielsweise deutlich häufiger gesucht als die englischsprachigen Bezeichnungen „Software Developer“ oder „Software Engineer“.

Das Suchverhalten potenzieller Bewerber zu verstehen sei grundsätzlich wichtig, sagt der Experte. Eine einfache und kostenlose Möglichkeit ist es, mit AB-Tests zu prüfen, welche Keywords in Stellenanzeigen mehr Bewerber erreichen. Wer mehr über Besucher der Anzeigen erfahren will, kann Daten der eigenen Karriere-Website und kostenlose Analyse-Tools auswerten. Zusätzlich können Unternehmen die Services von externen Beratern in Anspruch nehmen. Dafür variieren je nach Größe des Unternehmens und Umfang der Anzeigen die Kosten.

Es sei nicht mehr zeitgemäß, sagt der Indeed-Experte, wenn Unternehmen nur eine einzige Vorlage für ihre Ausschreibungen benutzten, die sie jedes Mal nur minimal anpassen. Stattdessen empfiehlt Verhoeven, Personas für verschiedene Stellen zu identifizieren und anhand dieser die Stellenanzeigen zu optimieren. „Aus unserer Erfahrung bietet es sich an, einen Mix aus unternehmensweiten und rollenspezifischen Personas zu erstellen. So lassen sich Kosten und Nutzen gegeneinander abwägen“, sagt Verhoeven.

Tipps vier: Stellen Sie sich nur vor, wenn Ihr Unternehmen unbekannt ist

Je nach Bekanntheit des Arbeitgebers sollte dessen Vorstellung in der Stellenanzeige unterschiedlich aussehen, sagt Verhoeven. Bekannte Marken wie beispielsweise Siemens oder McKinsey müssten dort nicht ihre Unternehmenshistorie erläutern. Bei kleineren oder noch jungen Unternehmen dagegen sei es sinnvoll, Bewerbern auch Informationen zu der Unternehmensgröße, der Vision und dem Standort zur Verfügung zu stellen.

Fünf Sätze reichen dabei. Weitere Details könnten Bewerber bei Bedarf auf der Firmenwebsite recherchieren. Stellenanzeigen, in denen es mehr um den Arbeitgeber als um den Bewerber gehe, schreckten letztere oft ab. „Das ist vergleichbar mit einem Date, bei dem das Gegenüber nur über sich selbst redet“, sagt Verhoeven.

Flugzeugbau

Airbus lässt Zulieferer verzweifeln

Der Flugzeughersteller hat die monatlichen Fertigungsziele reduziert. Das trifft Lieferanten hart.

Jens Koenen Frankfurt

Nur 770 statt 800 Verkehrsflugzeuge will Airbus in diesem Jahr an Kunden übergeben. Dazu kommt eine um ein Jahr auf 2027 verschobene Produktionsausweitung (Ramp-up) beim beliebten Kurz- und Mittelstreckenjet A320. Europas Luftfahrtkonzern verursacht mit seiner Ende Juni angepassten Planung in der Branche mächtig Unruhe.

Das zeigt eine Blitzumfrage der Unternehmensberatung H&Z aus München bei rund 100 Zulieferbetrieben in Deutschland. „Die Stimmung bei den Zulieferbetrieben hat sich seit der Luftfahrtmesse ILA Anfang Juni nicht nur im Schnitt verschlechtert“, sagte Michael Santo, Managing Partner von H&Z, dem Handelsblatt: „Besonders auffällig ist, dass sich die Zahl der Firmen verfünffacht hat, die die Situation als eindeutig negativ beschreiben.“

Zwar hat die neue Planung die meisten Unternehmen nicht überrascht. Schon seit Monaten weist zum Beispiel Airbus-Chef Guillaume Faury auf die großen Probleme in der Lieferkette hin. Unter anderem fehlen Triebwerke. Ende Mai hatte Airbus-Finanzchef Thomas Toepfer im Interview mit dem Handelsblatt zudem gewarnt, dass die Versorgung mit Teilen und Komponenten „unsere größte Herausforderung ist“.

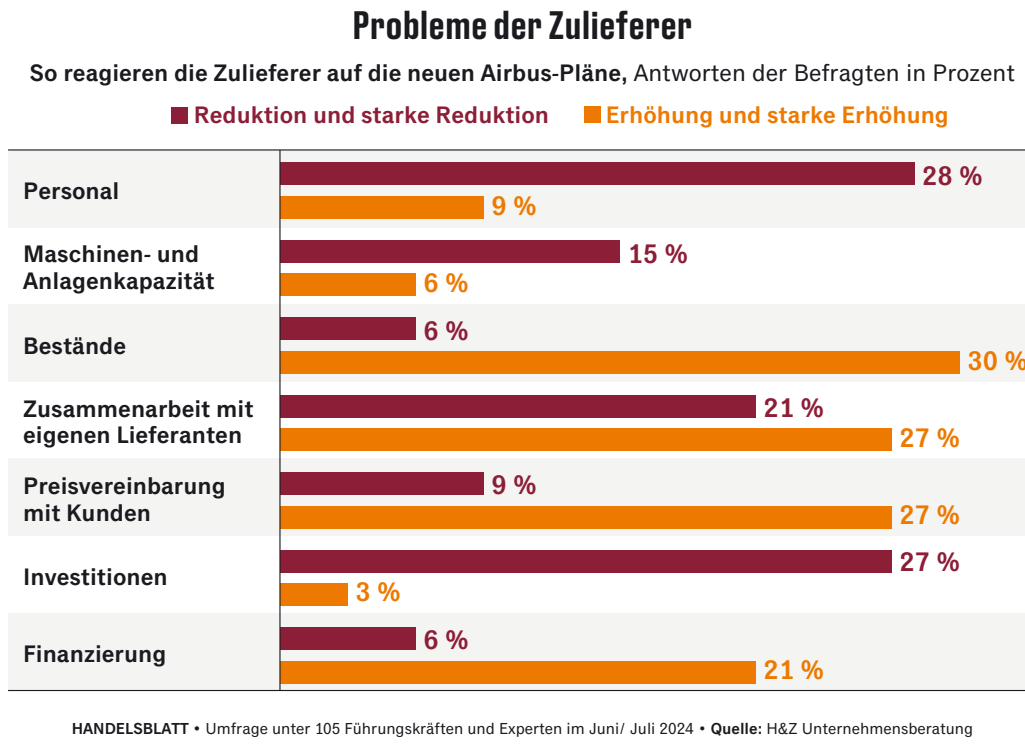
Dennoch hielt die Airbus-Führung lange an der ursprünglichen Planung fest. Danach sollten in diesem Jahr 800 Flugzeuge ausgeliefert werden. Die Zahl der monatlich gebauten A320-Jets sollte von aktuell rund 50 bis 2026 auf 75 Flugzeuge steigen.

Doch wie sich nun zeigt, sind selbst die aktuell noch niedrigeren Produktionszahlen kaum zu schaffen. Branchenvertreter sehen die Schuld dafür auch bei Airbus. „Uns fehlen seit Langem klare Zusagen von Airbus, was genau gebraucht wird. Wir können nicht einfach von heute auf morgen mehr Teile fertigen. Die Anforderungen sind sehr hoch“, sagte die Führungskraft eines Betriebes, die nicht namentlich genannt werden will.

Zulieferer klagen über fehlende Planbarkeit

Schon zur Luftfahrtschau ILA hatten der Bundesverband der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und die Beratungsgesellschaft Roland Berger eindringlich vor den massiven Herausforderungen beim Flugzeugbau gewarnt. „Wegen fehlender Planbarkeit haben die überwiegend mittelständischen Zulieferbetriebe Probleme, bei den Banken die Mittel für die notwendigen Investitionen für Produktionskapazitäten oder Personal zu bekommen“, sagte Stephan Baur, Partner bei Roland Berger, damals dem Handelsblatt.

Die nun angekündigte Anpassung der Produktionsziele hat die Situation noch einmal verschärft. Und sie bringt einige Betriebe in ernste Schwierigkeiten. „Diejenigen bekommen nun Probleme, die mit Blick auf die ursprüngliche Planung von Airbus in Vorleistung zu gehen, würden das künftig vermutlich nicht mehr in diesem Umfang machen. „Viele können es sich auch schlicht nicht mehr leisten, denn es war schon bisher schwierig, etwa bei Banken die nötige Finanzierung zu bekommen.“



tionen sitzen bleiben und erst deutlich verzögert davon profitieren.

In der Studie erwähnt das Team von Berater Santo die Aussage einer Führungskraft während der Interviews, die parallel zu der Befragung durchgeführt wurden. Das Zitat lautet: „Eigentlich ist man der Dumme, wenn man sich auf die Airbus-Planungen verlässt. Das passiert mir kein weiteres Mal.“

Das lässt erahnen, was nun passieren wird. Viele Unternehmen werden geplante Investitionen stoppen oder kürzen, etwa beim Maschinen- und Anlagenpark. Auch die Personalakquise wird verlangsamt oder gestoppt. Santo geht noch weiter: „Ich schließe einen Personalabbau bei einigen Zulieferern nicht aus.“

Die Befragung von H&Z bestätigt das. Danach wollen 28 Prozent der befragten Betriebe ihr Personal reduzieren. Gleichzeitig werden viele ihre Bestände aufstocken müssen, weil Airbus weniger abnimmt als geplant. Das wiederum geht zulasten der Bilanz.

Um diese Folgen finanziell abzufedern, wollen 27 Prozent der befragten Unternehmen die Preise erhöhen. Der ohnehin schon teure Bau von Flugzeugen dürfte damit künftig noch teurer werden. Denn Alternativen, sich andere, billigere Lieferanten zu suchen, hat Airbus kaum. Zwar ist die Lieferkette in der Luftfahrt stark fragmentiert. Es gibt einige wenige große Zulieferer und viele kleinere Lieferanten, die wiederum kleine Sublieferanten haben. Weil aber jede Schraube, die in ein Flugzeug eingebaut wird, zertifiziert werden muss, ist es nicht einfach, sich als Lieferbetrieb zu etablieren.

Luftfahrt-Experte Santo sieht deshalb schwierige Zeiten auf den Boeing-Rivalen zukommen. „Für Airbus wird es nun noch schwerer werden, die Produktion zu steigern“, prognostiziert er. Selbst Lieferanten, die bisher dazu bereit gewesen seien, in Vorleistung zu gehen, würden das künftig vermutlich nicht mehr in diesem Umfang machen. „Viele können es sich auch schlicht nicht mehr leisten, denn es war schon bisher schwierig, etwa bei Banken die nötige Finanzierung zu bekommen.“

Es ist eine gefährliche Spirale, die in Gang gesetzt wurde. Dass Airbus seine Produktionsziele anpassen musste, liegt an den Zulieferern. Die wiederum werden wegen der neuen Planung die künftige Produktion vermutlich noch stärker ausbremsen müssen als bisher, weil vie-

le der mittelständischen Betriebe wirtschaftlich schlicht überfordert sind.

Zwar versucht Airbus, die eigene Lieferkette zu stabilisieren. Der Konzern will zum Beispiel Rohstoffe einkaufen und diese zu pauschalen Preisen an die Betriebe weitergeben. Dennoch wird es nach Ansicht von Santo schwer werden, die Spirale zu durchbrechen: „Bei vollen Auftragsbüchern und einem de facto nicht existenten Wettbewerber hat sich Airbus in eine Situation gebracht, wo kaum noch jemand an einen weiteren Ramp-up glaubt.“

Der Flugzeug-Engpass wird die Branche also wohl noch mehrere Jahre begleiten. Und damit auch die Passagiere. Ohne ausreichend Fluggerät kann das Angebot nicht ausgebaut werden. Das bedeutet weniger Wettbewerb. Damit werden die Ticketpreise auf vielen Strecken vermutlich relativ hoch bleiben.

Auch an anderer Stelle können die Engpässe für Probleme sorgen. Modernes und effizientes Fluggerät ist eine der wichtigsten Säulen in den Klimastrategien der Fluggesellschaften. Da bahnbrechend neue Antriebstechnologien noch viele Jahre benötigen werden, bleiben auf dem Weg zur geplanten Klimaneutralität nur zwei Instrumente: nachhaltiges Kerosin produziert auf Basis von grünem Wasserstoff und sparsamere Flugzeuge. Beides ist rar und wird es wohl vorerst auch bleiben.

Anzeige

CROSSMEDIA
458.000
Entscheidende
bundesweit pro Monat

Mit dem
TAGESSPIEGEL
muss man rechnen.

JETZT AUCH IN DER LAE.

Quelle: LAE 2024

Als Leitmedium aus der Hauptstadt ist der Tagesspiegel eine wichtige Informationsquelle für Entscheidende. Das bestätigen die **Ergebnisse der LAE 2024**. Der Tagesspiegel erreicht crossmedial **458.000 Entscheidende bundesweit** und etabliert sich als **nationale Medienmarke**.



QR-Code scannen und mehr erfahren:
media.tagesspiegel.de
KONTAKT: annkathrin.hasenjaeger@tagesspiegel.de

TAGESSPIEGEL
MEDIA



Bert Fröndhoff Düsseldorf

PwC, EY, KPMG, Deloitte

Prüfer erzielen Rekordumsatz

Die Wirtschaftsprüfer zeigen sich bisher krisenrobust, werden aber vorsichtiger. Bis 2028 rechnen sie mit geringerem Wachstum.

Von einer Konjunkturkrise ist bei den deutschen Wirtschaftsprüfern bisher nichts zu spüren. 2023 war für die Branche ein erneutes Rekordjahr: Das gesamte Marktvolumen in Deutschland stieg um neun Prozent auf 19,8 Milliarden Euro, ermittelte die Marktforschungsgesellschaft Lünendonk & Hossenfelder in einer am Montag vorgelegten Studie.

Die Branche wächst seit mehr als zehn Jahren ungebrochen, seit 2011 hat sich das Geschäftsvolumen verdoppelt. Die Umsätze der 25 größten deutschen Anbieter legten 2023 um 14 Prozent zu. Die Prüfer profitieren dabei von ihrem Modell als Multi-Dienstleister.

Die Testate von Bilanzen und Berichten ihrer Mandanten mit der dazugehörigen Beratung sind ein konjunkturrobustes Geschäft. Wegen zunehmender gesetzlicher Regulierung wächst dies weiter. Ähnlich sieht es in der Steuer- und Rechtsberatung aus. Vor allem die vier großen Gesellschaften profitierten zudem von einer guten Auftragslage in der Managementberatung.

Zu den „Big Four“ zählen PwC, EY, KPMG und Deloitte. Sie machen mittlerweile etwas mehr als die Hälfte des Gesamtmarkts unter sich aus. Ihre Kräfteverhältnisse haben sich verändert: Marktführer PwC und Konkurrent Deloitte stachen 2023 mit einem Wachstum von mehr als 20 Prozent heraus. Deloitte liegt damit nur noch knapp hinter der Nummer drei KPMG, die mit nur neun Prozent das schwächste Umsatzwachstum innerhalb der Spitzengruppe verzeichnete.

Die Verfolger der Großen Vier legten zwar ebenfalls mit Wachstumsraten zwischen 14 und 21 Prozent zu. Zu dieser Gruppe gehören BDO, RSM Ebner Stolz, Rödl & Partner, Forvis Mazars, Baker Tilly und Grant Thornton. Doch sind sie von den Milliardenumsätzen der Großen Vier noch immer weit entfernt. BDO übersprang als Nummer fünf die Marke von 400 Millionen Euro – die Nummer vier, Deloitte, ist fast sechsmal größer.

Was alle 25 großen Anbieter vereint: Für die kommenden Jahre werden

sie vorsichtiger und rechnen mit einer Abkühlung. Nach 14 Prozent im vergangenen Jahr erwarten sie für 2024 ein Wachstum von neun Prozent und prognostizieren einen weiteren Rückgang auf jährlich acht Prozent in den Jahren 2025 bis 2028.

Die Vorsicht kommt vor allem mit Blick auf den Markt für Managementberatung. Es ist unsicher, ob Unternehmen angesichts des ausbleibenden Konjunkturaufschwungs an ihren Umbauprojekten und an den Budgets für Berater festhalten. Dass die Wirtschaftsprüfer dennoch vergleichsweise optimistisch sind, liegt an zwei Trends.

Restrukturierung

Zum einen fokussieren sie sich verstärkt auf die Restrukturierung von Unternehmen, die in der Krise stecken oder denen eine droht. 80 Prozent der 25 größten Prüfungsfirmen erwarten weiteres Umsatzwachstum in den Segmenten Sanierung und Restrukturierung, ergab die Lünendonk-Umfrage. Die Dienstleister erwarten mehrheitlich, dass die Unternehmen 2025 ihre Programme für Kostensenkungen verschärfen werden. Die Beratungseinheiten der Prüfer sind traditionell stark bei Organisation und Prozessen, mit denen Mandanten effizienter werden sollen.

Als ebenso große Herausforderung sehen Prüfer die externe Refinanzierung von Firmen. Denn viele Unternehmen stecken im Dilemma: Die weiterhin schwache Auftragslage bringt ihnen absehbar weniger Geld in die Kasse. Zugleich haben sich im Zuge der Zinswende neue Kredite von Banken deutlich verteuert. Für Lösungen werden ebenfalls Berater engagiert.

Nachhaltigkeit

Zweiter großer Trend ist das Thema Nachhaltigkeit. Zwar rückt der grüne Umbau bei einigen Firmen auf der Strategie-Agenda nach hinten – sie kappen ihre ambitionierten Ziele etwa bei der CO₂-Senkung, wie jüngst eine Recherche des Handelsblatts zeigte. Doch an den Pflichten, die ihnen der Gesetzgeber auferlegt, kommt kaum eine Firma vorbei.

An dieser zunehmenden Regulatik verdienen die Wirtschaftsprüfer gleich zweifach: Sie testieren die Nachhaltigkeitsreports ihrer Prüfungsmandanten und beraten andere Unternehmen beim Verfassen dieser Reports. Dazu sind nicht nur die großen Konzerne verpflichtet: Rund 15.000 deutsche Firmen sind angehalten, in den nächsten Jahren Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen und testieren zu lassen.

Vor allem mittelständische Unternehmen sind sich dieser Herausforderung noch nicht wirklich bewusst, sagt Heike Wieland-Blöse, Vorstandssprecherin der Prüfungsgesellschaft Grant Thornton. Anders als den Großkonzernen fällt es Mittelständlern schwer, genügend personelle und finanzielle Ressourcen dafür bereitzustellen. Nur etwa 38 Prozent der Prüferprojekte bei den Kunden hatten 2023 einen Umweltschutzbezug, zeigt die Lünendonk-Umfrage.

Die Prüfer selbst stehen ebenfalls vor zwei großen Herausforderungen: Bei nahezu jedem Anbieter steht das Thema Personalmanagement und Nachwuchsgewinnung an erster Stelle der Agenda. Die Prüfer brauchen jedes Jahr Tausende neue Mitarbeiter und konkurrieren mit anderen Beratungen und Unternehmen um die besten Talente.

In diesem „War for Talents“ hat sich die Bezahlung der Mitarbeiter in den vergangenen zwei Jahren kräftig erhöht – getrieben auch von der Inflation. Die Prüfungsgesellschaften haben die gestiegenen Kosten für Gehälter zwar teils über die Erhöhung von Honoraren ausgleichen können. Dieser Preisanstieg hat zum starken Umsatzwachstum 2023 beigetragen. Doch der Druck auf die Renditen bleibe hoch, heißt es in Branchenkreisen.

Dazu kommt: Alle größeren Wirtschaftsprüfer brauchen globale Präsenz über Netzwerke oder eigene Büros, um die deutschen Kunden weltweit bedienen zu können. „Der Markt verlangt nach starken internationalen Playern“, sagt Christoph Regierer, Deutschlandchef von Forvis Mazars.

Mazars hat sich gerade erst mit dem US-Prüfer Forvis zusammengetan, um sich in den USA zu verstärken. Zahlreiche andere Anbieter haben sich ebenfalls neu formiert. So ist die Prüfungsgesellschaft Ebner Stolz dem internationalen Netzwerk RSM als exklusiver Partner in Deutschland beigetreten.

Frühere deutsche RSM-Standorte wiederum haben sich daraufhin Netzwerken wie Nexia angeschlossen. Der Bonner Anbieter DPHG wechselte zu CLA Global und wurde mit der Übernahme mehrerer RSA-Standorte zum aktuell elftgrößten Prüfungsunternehmen in Deutschland.

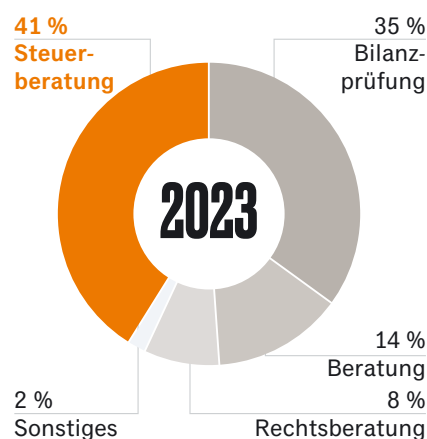
Wirtschaftsprüfer in Deutschland

Umsatz in Deutschland 2023 in Mio. Euro
Wachstum gegenüber Vorjahr in Prozent

PwC	2.973	+22 %
EY	2.565	+16 %
KPMG	2.350	+9 %
Deloitte	2.334	+22 %
BDO	404	+17 %
RSM Ebner Stolz	398	+16 %
Rödl & Partner	377	+12 %
Forvis Mazars	283	+21 %
Baker Tilly	220	+14 %
Grant Thornton	212	+14 %

HANDELSBLATT

Geschäftsbereiche der 25 größten deutschen Prüfer im Jahr 2023
Anteil am Gesamtumsatz

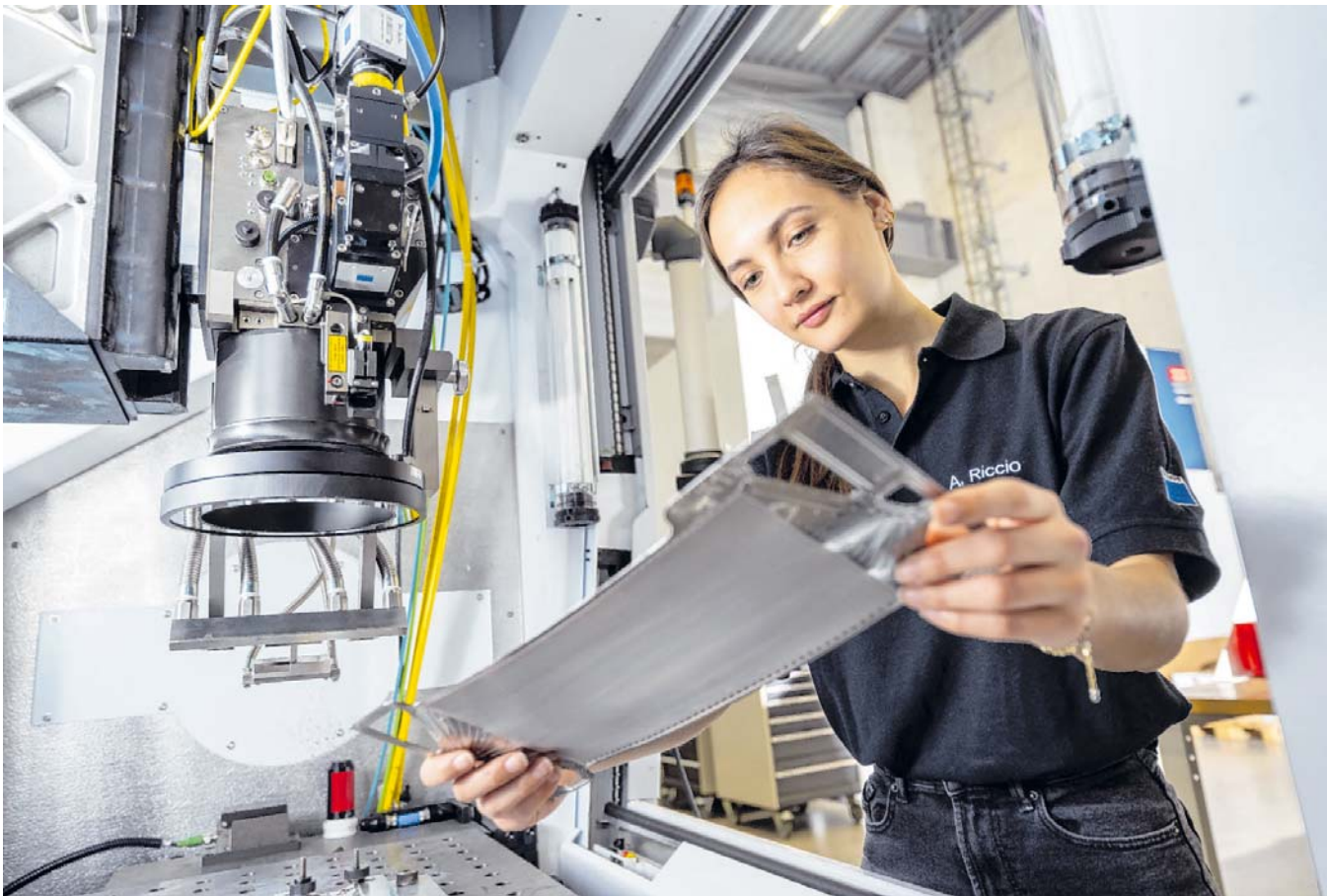


Quelle: Lünendonk & Hossenfelder

Sima.ai

Chipspezialist gewinnt Trumpf als Partner

Dem US-Start-up Sima gelingt der Sprung in die deutsche Industrie. Die gemeinsam entwickelten KI-Chips könnten die E-Auto-Produktion beschleunigen.



Produktion bei Trumpf: Eine Mitarbeiterin kontrolliert Bipolarplatten für Brennstoffzellen, der neue KI-Chip steuert Qualität in Echtzeit.

Martin Buchenau Stuttgart

Harald Kröger hat vor zweieinhalb Jahren seinen sicheren Führungsposten beim Technologiekonzern Bosch aufgegeben. Seitdem versucht er, dem US-Start-up Sima.ai Zugang zur deutschen Industrie zu verschaffen. Sima.ai stellt speziell für Künstliche Intelligenz (KI) entwickelte Chips her. Als Sima-Vertriebschef hat Kröger nun einen Durchbruch erzielt. Der Laserspezialist Trumpf schließt als erstes deutsches Unternehmen eine strategische Partnerschaft mit dem Start-up aus dem Silicon Valley. Zusammen entwickeln die beiden Firmen eine KI-Software, die Laseranwendungen verbessert. Die Technologie auf Basis des Sima-Chips gepaart mit der Erfahrung von Trumpf könnte beispielsweise die Produktion von Elektroautos beschleunigen.

Kröger sagte dem Handelsblatt: „Das ist ein sehr intensiver und praxisorientierter Austausch, der beide Seiten voranbringt.“ Der KI-Chip beherrscht jedes neuronale Netz und KI-Framework und lasse sich damit auch in jede Elektronik- und Sensorumgebung einfügen, so der Sima-Manager. Gefertigt werden die Halbleiter beim weltgrößten Auftragsfertiger TSMC in Taiwan.

Richard Bannmüller, Technikchef der Lasersparte von Trumpf, betonte: „KI hat für Trumpf eine hohe strategische Relevanz. Unsere Expertise bei Laserprozessen hilft uns, intelligente Software für die Produktion zu entwickeln.“

Der Sima-Chip ermöglicht beispielsweise eine Echtzeit-Qualitätsprüfung. Durch den Chip können bei der Kameraüberwachung einer Laseranwendung 5000 Bilder in der Sekunde verarbeitet und ausgewertet werden. So eine Echtzeitprüfung kann in der Elektroautoproduktion separate und aufwendige Prüfverfahren ersetzen. Das könnte letztlich den Preis von Elektroautos für die Verbraucher senken.

Dass Trumpf sich für diese noch sehr junge Technologie entschieden hat, ist mutig, hat aber auch einen einfachen Grund: Normalerweise kommt ein mittelständischer Maschinenbauer nicht an eine Kooperation mit einem Start-up heran, das mit mehr als einer Milliarde US-Dollar bewertet ist. Denn die Stückzahlen im Maschinenbau sind auch für aufstrebende Chiphersteller eher zu klein.

Positives Signal für den Markt möglich

Aber die Kalifornier wollen in den deutschen Markt. Das Unternehmen mit Hauptsitz in San José und mit Büro in Stuttgart beschäftigt rund 200 Mitarbeiter. Kröger hat als Vertriebschef von Stuttgart aus die Kooperation organisiert. Wenn sich ein erfolgreicher Mittelständler wie Trumpf für den Chip entscheidet, könnte das ein positives Signal an den Markt senden.

Absichtserklärungen zwischen Konzernen und KI-Start-ups gibt es viele, aber hier ist die konkrete Umsetzung bereits weit. „Wir sind Mitte 2025 serienreif“, sagt Trumpf-Manager Bannmüller. Ziel ist es, in naher Zukunft mehrere Lasersysteme von Trumpf mit KI-Technologie auszustatten. Konkret geht es um Schweiß-, Schneid- und Markierprozesse sowie um den Pulvermetall-3D-Druck von Trumpf. Bei dem schwäbischen Mittelständler arbeiten weltweit rund 90 Mitarbeiter an KI, vor allem in der Produktentwicklung.

Fachleute bewerten den stärkeren Fokus auf die Software in Kombination mit dem neuen Chip positiv. „Die Software entscheidet nicht zuletzt, ob ein Chip sich am Markt durchsetzt“, sagt Peter Fintl, Chipexperte der Beratungsgesellschaft Capgemini. Das sei ein Ansatz, „der in die Zeit passt“.

Trumpf steht unter zunehmendem Druck durch chinesische Laserhersteller, die die Preise niedrig halten. „Mit dem Laser alleine können wir uns künftig keinen großen Vorsprung mehr ver-

schaffen“, sagt Bannmüller, „wir müssen den besten Prozess mit der besten Performance für den Kunden bieten.“ Dazu zählten auch einfachere und schnellere Bedienbarkeit der Maschinen.

Die Schwaben haben die Sima-Chips, die im Einzelpreis einen niedrigen vierstelligen Euro-Betrag kosten, bereits intensiv getestet. Sima hätte sich als idealer Partner erwiesen, so Bannmüller.

Sima.ai wurde 2018 vom erfahrenen Chipentwickler Krishna Rangasayee im Silicon Valley gegründet. Das Unternehmen konnte in der jüngeren Vergangenheit beweisen, dass die neuen Chips beim sogenannten Edge-Computing deutlich schneller sind als jene des Branchenriesen Nvidia. Beim Edge-Computing sind Chip und Software als System-on-Chip direkt in den Maschinen wie jetzt bei Trumpf verbaut. Die Rechenleistung findet vor Ort statt und nicht über die Cloud im Rechenzentrum.

Bei Kameras und Robotern sind Chips von Konkurrent Nvidia nicht geeignet

Nvidia ist derzeit der an der Börse am höchsten bewertete Chipkonzern der Welt. Mit seinen Grafikprozessoren dominiert das Unternehmen das Geschäft für KI-Anwendungen in Rechenzentren. Für die sogenannten Edge-Devices, also Kameras, Roboter, Maschinen oder Fahrzeuge, sind die Nvidia-Halbleiter aber nicht recht geeignet. Dafür sind die Grafikprozessoren zu teuer und energieintensiv. Edge-Computing gilt als einer der kommenden Megatrends. Dennoch sagt Kröger: „Wir treten nicht gegen Nvidia an.“



Richard Bannmüller (l.) und Harald Kröger: Mit dem neuen Chip wollen die Manager von Trumpf und Sima Lasermaschinen verbessern.

Nvidia auszuweichen ist nach Ansicht von Experten nicht ungeschickt. Wie schwer es ist, mit Nvidia in dessen Stammgeschäft zu konkurrieren, musste gerade das britische Unternehmen Graphcore erfahren: Obwohl Graphcore mehr als 700 Millionen Euro von Investoren bekam, war es nicht schnell genug. Das Start-up wurde von der japanischen Softbank übernommen.

Das Tech-Start-up Sima ist von der Überlegenheit seines Chips überzeugt: Edge-Machine-Learning-Anwendungen, die vollständig auf dem Chip von Sima.ai ausgeführt werden, weisen laut Kröger eine zehnfache Leistung und Energieeffizienz auf.

Bisher hat Sima 270 Millionen Dollar von namhaften Tech-Investoren eingesammelt, etwa von Fidelity, Point72, Maverick, Dell Technologies und TSMC. Und die Kooperation mit Trumpf soll nur der Anfang sein. „Wir werden noch einige Kunden in diesem Jahr in Deutschland bekannt geben“, kündigte Kröger an.



Eigenheim:
Finanzierer punkten
mit guter Beratung.

imago images/Westen061

Verbraucherstudie

Die neue Zinsnormalität

Nach dem Ende der Niedrigzinsära herrscht bei vielen Bauherren eine große Verunsicherung. Der Bedarf an Beratung steigt. Eine Umfrage zeigt, welche Institute die Kunden überzeugen.

Jan Wittenbrink Köln

Diese Ankündigung ließ die Branche aufhorchen: Bei ihrem jüngsten Kapitalmarkttag veröffentlichte die niederländische Großbank ING Pläne für ein neues Produkt. Die deutsche Tochter soll bis spätestens 2027 eine „Instant“-Baufinanzierung anbieten. Demnach könne man innerhalb von nur zehn Minuten online ein passendes Angebot erhalten – und den Kredit innerhalb dieser Zeitspanne auch direkt abschließen.

Wie ein solches Angebot ankommt, wird sich zeigen. Innovationen sind jedenfalls gefragt in einer Branche, deren Boom nach dem Ende der jahrelangen Niedrigzinsphase jäh gestoppt wurde. Betrug das Neugeschäft mit Baukrediten in Deutschland im Mai 2022 noch über 27 Milliarden Euro, schrumpfte der Wert nach Zahlen des Analysehauses Barkow Consulting im Folgejahr auf die Hälfte.

Welche Banken und Finanzdienstleister – nicht nur bei der Baufinanzierung – in der Gunst der Verbraucher ganz oben stehen, hat das Kölner Marktforschungsinstitut Servicevalue in einer aktuellen Studie ermittelt. Dabei holten die Analysten im Mai und Juni dieses Jahres mehr als 47.000 Kundenurteile ein. In 17 Kategorien konnten 305 Dienstleister mit Blick auf die Zufriedenheit bewertet werden.

Geht es um das Geschäftsfeld, schnitten Smart-Payment-Anbieter am besten ab, ge-

folgt von Autobanken, Nachhaltigkeitsbanken und Bausparkassen. Als beste Filialbank ermittelte Servicevalue die Commerzbank mit 16,6 Prozent der Stimmen innerhalb der Kategorie, als beste Direktbank die ING mit 14,3 Prozent.

Für das Kreditgeschäft der Banken ist die Baufinanzierung von großer Bedeutung. Eine solch ausgeprägte Niedrigzinsära wie ab Beginn der 2010er-Jahre sei nicht mehr zu erwarten, sagt Günter Vornholz, Leiter des Instituts Immobilienresearch in Lüdinghausen. An diese neue Normalität müssten sich verunsicherte Immobilienkäufer gewöhnen. Die Zinsen seien schließlich immer noch niedriger als vor der Niedrigzinsphase.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hielt den Leitzins jahrelang auf historisch niedrigem Niveau. „Das sorgte am Immobilienmarkt zwar für riesige Nachfrage, vielerorts aber auch für eine teils absurde Verdopplung oder gar Verdreifachung der Kaufpreise“, sagt Vornholz. Es sei gut, dass diese Phase des Geldverschensens und der Spekulation am Markt beendet sei.

Ab 2022 hob die EZB den Leitzins in mehreren Schritten von null auf über vier Prozent an, um der gasierenden Inflation

nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine entgegenzuwirken. Plötzlich waren Baukredite wieder teuer – und nach jahrelangem Anstieg bewegten sich die Immobilienpreise wieder nach unten. Zwischen 2022 und 2023 sanken die Preise laut Statistischem Bundesamt im Schnitt um etwa zehn Prozent.

Nach intensiven Jahren mit massiven Veränderungen sowohl bei den Zinsen als auch bei den Kaufpreisen erlebe man nun gerade eine Phase einer gewissen Stabilisierung, sagt Vornholz. „Ich sehe bei beiden Werten nicht, dass diese in nächster Zeit noch deutlich sinken werden.“ Die Vorstellungen von Käufern und Verkäufern hätten sich angeglichen. Wer eine bestimmte Immobilie zur Selbstnutzung im Auge habe, könne durchaus zuschlagen, an-

statt noch länger abzuwarten. Wichtig sei es vor allem, ausreichend Eigenkapital einzubringen – mindestens 20 bis 30 Prozent. Eine Finanzierung mit null Prozent Eigenkapital, die es am Markt durchaus geben könne, sei ein großes Risiko.

Ein anderes Produkt sei mit Ende der Niedrigzinsphase attraktiver geworden: Bausparverträge wiesen nun wieder höhere Zinsen in der Ansparphase auf. Gleichzeitig

versprechen Bausparanbieter einen günstigen Kredit in der Zukunft. In der Erhebung von Servicevalue wurde die Bausparkasse Schwäbisch Hall mit 16,5 Prozent der Stimmen bester Dienstleister in ihrer Kategorie. Auch im Ranking der besten Vermittler von Baufinanzierungen belegte sie den Spitzenplatz.

Wohnraum bleibt derweil vielerorts knapp. Laut einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie ist die Wertschöpfung des Baugewerbes von Ende 2020 bis Ende 2023 real um 15 Prozent gesunken – vor allem der Wohnungsbau sei betroffen. Verantwortlich sei ein Mix aus steigenden Zinsen, globaler Unsicherheit und deutlich höheren Baukosten.

Nach IW-Schätzungen werden jährlich 355.000 neue Wohnungen benötigt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die Investitionen in den Wohnungsbau jährlich um gut 20 Milliarden Euro im Vergleich zum Niveau von 2022 steigen, so die Studie. Gleichzeitig müssten regulatorische Hemmnisse abgebaut werden, forderte Bauverbandspräsident Peter Hübner. Ständig neue staatliche Vorgaben, veraltete Regelwerke sowie kaum digitalisierte Behörden belasteten die Branche.

Am Baufinanzierungsmarkt richtete sich der Blick in den vergangenen Monaten auf die EZB. „Schon Ende 2023 haben die Marktteilnehmer erwartet, dass die Bauzin-

27

Prozent

der Baufinanzierungen werden bereits online abgeschlossen.

Quelle: Research Tools

sen wieder massiv sinken könnten“, sagt Vornholz. Das ist nicht nachhaltig eingetreten. Zwischenzeitlich seien die Zinsen zwar um 0,8 Prozentpunkte gesunken, seien dann aber wieder leicht gestiegen. Erst im Juni senkte die EZB dann erstmals seit 2019 den Leitzinssatz – von 4,5 auf 4,25 Prozent.

„Das ist der Beginn einer neuen geldpolitischen Phase, hat bislang aber kaum Auswirkungen auf den Immobilienmarkt“, sagt Vornholz. Dafür sei der Zinsschritt zu gering. Vieles deute zwar darauf hin, dass die EZB noch einmal nachlegen könnte – allerdings weiterhin nur in kleinen Schritten. „Darlehenszinsen sind langfristige Zinsen – von kleinen Änderungen des Leitzinses zeigt sich der Markt wenig beeindruckt.“

Die aktuelle Baufinanzierungsstudie der Beratungsgesellschaft PwC hat Entwicklungen im ersten Quartal 2024 untersucht. Sie bescheinigt dem Baufinanzierungsmarkt Anzeichen einer Erholung – das Neugeschäft sei gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, unter anderem wegen der weniger volatilen Zinspolitik und gesunkenen Immobilienpreise. Eine Rückkehr zu den Boomjahren sei zwar nicht in Sicht. Doch die Nachfrage nach Wohnraum sei ungebrochen und die Kreditnehmer hätten sich zunehmend an das neue Finanzierungsumfeld gewöhnt. Engere Zinsmargen erhöhten jedoch den Druck für die Anbieter, ihre Produkte zu digitalisieren, so die Autoren.

Geschwindigkeit als Trumpf

Die ING will für ihre „Instant“-Finanzierung den Kreditprozess radikal digitalisieren und verschlanken – auch um Kosten zu sparen. Das berichtete das Branchenportal Finanz-Szene. Innerhalb weniger Minuten sollen demnach die wichtigsten Daten zur finanziellen Situation des Kunden sowie zur Immobilie verlässlich digital abgefragt werden. Eine mögliche Zielgruppe könnten Immobilienkäufer sein, die auf überhitzten Märkten möglichst schnell die Zusage für ein bestimmtes Objekt geben möchten.

„Geschwindigkeit ist sicherlich interessant, um neue Kunden zu fangen“, sagt Vornholz. „Letztlich würde ich aber niemandem raten, eine so wichtige Entscheidung in wenigen Minuten zu treffen.“ Es sei wichtig, verschiedene Alternativen durchzurechnen und etwa über Optionen für Sondertilgungen nachzudenken. Wichtig sei es in jedem Fall, intensiv online zu recherchieren und sich einen Überblick über den Markt zu verschaffen.

Aus Sicht der Institute ist wichtig, dass deren Angebote gefunden werden. „Online-Sichtbarkeit ist heute ein ganz entscheidender Faktor“, sagt Uwe Matzner, Geschäftsführer des Instituts Research Tools, das sich auf Marketinganalysen spezialisiert hat. Das gelte vor allem für kleinere Finanzdienstleister sowie für Vermittler. Größere Banken könnten ihre Kunden eher auch über Filialen oder klassische TV-Werbung erreichen.

Research Tools hat in einer Studie ermittelt, wie sichtbar verschiedene Banken und Finanzdienstleister sind. Die Analysten untersuchten Suchmaschinenergebnisse und bezahlte Anzeigen bei Google sowie die Präsenz auf Vergleichsportalen und in sozialen Netzwerken. Gesucht wurde nach bestimmten Keywords – am besten schnitt das Portal Sparkasse.de ab.

Die Banken setzten unterschiedliche Schwerpunkte, sagt Matzner. Suchmaschinenoptimierung sowie eine aktive Social-Media-Präsenz seien oft günstiger zu haben als viele bezahlte Anzeigen. In der Sparte Baufinanzierung waren vor allem die Portale der Vermittler gut auffindbar. Neben großen Vermittlern wie Interhyp und Dr. Klein waren kleinere Vermittler wie Hüttig & Rompf oder BauFi24 vergleichsweise gut sichtbar.

Baufinanzierungen würden bereits zu 27 Prozent online abgeschlossen, sagt Matzner – das hat eine weitere Untersuchung von Research Tools ergeben. Bei allen Bankpro-



Von kleinen Änderungen des Leitzinses zeigt sich der Markt wenig beeindruckt.

Günter Vornholz
Immobilienresearch

dukten habe der Wert mit 40 Prozent allerdings noch höher gelegen. „Natürlich eröffnet man online eher einmal ein Tagesgeldkonto, als sich für Jahrzehnte an einen Kredit zu binden“, sagt Matzner. Früher sei man davon ausgegangen, dass der Abschluss einer Baufinanzierung ohne persönliche Beratung in der Filiale gar nicht möglich sei. Dies sei längst überholt – dennoch bleibe die Beratung ein wichtiger Faktor.

Schon heute sei bei der Baufinanzierung vieles digitalisiert, sagt auch Experte Vornholz. Etwa bei der Einstufung der Bonität anhand verschiedener Daten. Hier könne auch Künstliche Intelligenz helfen, zu

schnelleren Entscheidungen zu kommen. Schwieriger sei es, Altverträge zu digitalisieren. „Das sind oft noch klassische Akten – und die Daten lassen sich nicht so leicht übertragen, da sie nicht in einheitlicher Form vorliegen“, sagt Vornholz.

Für bestimmte Zielgruppen sei aber die klassische Filialbank immer noch sehr wichtig. Gerade bei der Baufinanzierung könne es von Vorteil sein, persönliche Ansprechpartner vor Ort zu haben. „Vor allem dann, wenn es doch einmal Probleme mit den Kreditraten gibt“, sagt Vornholz. Oft könne die Hausbank mit Onlinekonditionen durchaus mithalten.

Prämierte Finanzdienstleister

Die besten Unternehmen in den Kategorien

Kategorie	Bester Dienstleister	Anteil der Befragten
Nachhaltigkeitsbanken	Triodos Bank	22,1 %
Smart-Payment-Anbieter	Paypal	17,3 %
Filialbanken	Commerzbank	16,6 %
Bausparkassen	Bausparkasse Schwäbisch Hall	16,5 %
Auto-Banken	Volkswagen Financial Services	16,2 %
Direktbanken	ING	14,3 %
Finanzvertriebe	Dt. Vermögensberatung (DVAG)	13,0 %
Fondsgesellschaften	Union Investment	12,4 %
Spezialbanken	ABK Allgemeine Beamten Bank	10,5 %
Baufinanzierer (Vermittler)	Schwäbisch Hall Baufinanzierung	10,5 %
Anbieter von Goldsparplänen	Auvesta Edelmetalle	9,2 %
Depot-Banken	CapTrader	9,1 %
Privatbanken	Hauck Aufhäuser Lampe	7,5 %
CFD-Broker	Admirals	7,2 %
Digitale Finanzexperten	Scalable Capital	6,6 %
Lohnsteuerhilfvereine	VLH	6,6 %
Regionalbanken	Berliner Sparkasse	1,7 %

Lesebeispiel:
22,1 % der Befragten nannten die Triodos Bank Bester Dienstleister

Zahl der Anbieter und Bewertungen in den Kategorien

Kategorie	Zahl der Dienstleister	Mittelwert
Smart-Payment-Anbieter	11	2,78
Auto-Banken	11	2,83
Nachhaltigkeitsbanken	6	2,83
Bausparkassen	10	2,83
Lohnsteuerhilfvereine	19	2,84
Fondsgesellschaften	11	2,84
Baufinanzierer (Vermittler)	18	2,85
Direktbanken	12	2,85
Depot-Banken	14	2,86
Digitale Finanzexperten	21	2,86
Regionalbanken	83	2,87
Anbieter von Goldsparplänen	14	2,87
CFD-Broker	20	2,87
Privatbanken	20	2,88
Spezialbanken	13	2,88
Filialbanken	8	2,90
Finanzvertriebe	14	2,96

Lesebeispiel:
Die Befragten bewerteten Smart-Payment-Anbieter von 1 (= Bestnote) bis 4. Im Schnitt ergibt sich die Note 2,78

Bewertet wurden 305 Dienstleister in 17 Kategorien auf Basis von 47.000 Kundenurteilen. Jedes Unternehmen wurde in mehreren Befragungswellen jeweils 1.000 Personen zur Bewertung angezeigt – ausgewertet wurden nur die Antworten von den Befragten, die in den letzten 24 Monaten Leistungen des betreffenden Dienstleisters wahrgenommen hatten.
HANDELSBLATT Quelle: Servicevalue



Methodik

Befragung „Wenn Sie alle Erwartungen, Erfahrungen und Informationen aus den letzten 24 Monaten zusammenfassen, wie bewerten Sie insgesamt folgende Anbieter in Bezug auf andere Anbieter der Kategorie?“ Auf Basis dieser Frage holte das Kölner Marktforschungsinstitut Servicevalue in 17 Kategorien mehr als 47.000 Kundenurteile zu 305 Finanzdienstleistern ein.

Auswertung Wer in seiner Kategorie am häufigsten die Bewertung 1 erhielt („Der beste Anbieter“) wurde „Bester Dienstleister“. Zusammen mit den Bewertungen 2 („Ein guter Anbieter“), 3 („Besser als die meisten“) und 4 („Weder schlechter noch besser“) errechnete Servicevalue Mittelwerte. Die Urteile 5 („Kann ich nicht beurteilen“) und 6 („Ist mir nicht bekannt“) waren in der Erhebung nicht bewertungsrelevant.

Andreas Schulte Köln

Verbraucherbefragung

Sicher unterwegs

Das Mobilitätsverhalten wandelt sich. Fahrzeug- und Reiseversicherer passen ihre Angebote an neue Kundenbedürfnisse an. Eine Studie zeigt, wem dies gut gelingt.

Onlineshopping statt Einkaufstour, digitale Kommunikation ersetzt den Besuch bei Freunden oder Verwandten. In einer aktuellen Studie hat der Versicherer Huk-Coburg abgefragt, wie sich das Mobilitätsverhalten in Deutschland entwickelt hat. Ein Ergebnis: Ein Drittel der Befragten fährt seltener in die Innenstadt, um Besorgungen zu machen. Gut jeder Fünfte tauscht sich häufiger per Smartphone oder Laptop aus und spart sich den Weg für ein persönliches Treffen. Zwei Drittel gaben an, dass sie sich anders fortbewegen als noch vor einem Jahr.

Für die Versicherer sind solche Informationen wichtig, um ihre Angebote im Mobilitätsbereich auf die Bedürfnisse der Kundschaft zuzuschneiden – bei Policen für Auto-, Motorrad- und Radfahrer sowie für Reisende. Ebenso wichtig sind Fragen der Nachhaltigkeit – etwa der Trend zum Umstieg auf das Fahrrad oder E-Auto. „Der anhaltende Trend, mehr Zeit zu Hause zu verbringen, und veränderte Rahmenbedingungen für Mobilität veranlassen Versicherer, ihre Angebote anzupassen“, sagt Claus Dethloff, Geschäftsführer von Servicevalue. Das Kölner Marktforschungsunternehmen hat online mehr als 110.000 Kundenurteile zu mehr als 600 Dienstleistern in 21 Bereichen des Versicherungswesens eingeholt und so herausgefunden, welche Anbieter bei den Kunden am besten ankommen.

Werkstattkosten belasten Versicherer

Innerhalb der Mobilitätssegmente erreichte die Kfz-Versicherung mit 38 Dienstleistern den höchsten Mittelwert. Eine Herausforderung sind derzeit die steigenden Preise für Ersatzteile. Nach Angaben des Gesamtverbands der Versicherer (GDV) legten diese allein im vergangenen Jahr um rund zehn Prozent zu. Die Werkstattkosten gingen zugleich um gut fünf Prozent in die Höhe. Kunden müssen künftig mit höheren Prämien für die Police rechnen.

Die beste Bewertung bei der Kfz-Versicherung erzielte die Allianz. Sie versucht, die Preissteigerungen aufzufangen und lässt Autos nun auch mit gebrauchten Ersatzteilen reparieren. Zum Einsatz kommen neuwertige Teile von Autos mit Totalschäden – etwa Türen, Front- und Heckklappen. Dazu arbeitet die Allianz mit 1400 Partnerwerkstätten zusammen. Der Verzicht auf eine neue zugunsten einer gebrauchten Windschutzscheibe soll laut Allianz bei der Reparatur rund 1200 Euro einsparen. Für den Einbau von Ersatzteilen aus stillgelegten Fahrzeugen gibt es noch keinen eigenen Tarif. „Wir fragen aktuell die Fahrzeughalter, ob sie mit dem Einbau eines gebrauchten Teils einverstanden sind oder nicht“, erklärt Dominik Hertel, Leiter Nachhaltigkeit bei der Allianz, das Vorgehen. „Das Angebot ist bei uns bereits gelebte Praxis und wird auch gut angenommen.“



Ein komplett digitaler Abschluss bedeutet auch, leicht austauschbar zu sein.

Claus Dethloff
Servicevalue

Noch bremst die begrenzte Zahl an geeigneten gebrauchten Teilen – gerade bei jüngeren Modellreihen. Doch die Allianz peilt an, ein neues Angebot zu entwickeln. „Wenn es in Deutschland eine ausreichende Verfügbarkeit von gebrauchten Ersatzteilen gibt, können wir uns vorstellen, einen grünen Kfz-Tarif anzubieten“, sagt Hertel. Dieser umfasse die Verwendung der Gebrauchtteile. Auch bei der Motorrad-Versicherung schnitt die Allianz am besten ab. Sie verspricht bereits im Grundschutz, bei einem Schaden den Neu- oder Kaufpreis für bis zu zwei Jahre alte Motorräder zu ersetzen – oft sind nur zwölf Monate üblich. Zudem lässt sich die Police komplett online abschließen.



irago images/Westend61

Gerade jüngere Versicherungsnehmer legen Wert auf Onlineangebote. Das zeigt eine Umfrage der Unternehmensberatung Bearingpoint aus dem vergangenen Jahr. „Je jünger und medienaffiner die Kunden, desto größer der Wunsch nach unkomplizierten, digitalen Lösungen“, sagt Giovanni Zucchelli, globaler Leiter Versicherungen. „Versicherungen, die es schaffen, sämtliche Prozesse inklusive Genehmigungs- und Vertragsprozesse zu hundert Prozent zu digitalisieren, werden in Zukunft den entscheidenden Wettbe-

Radler in Hamburg: Die steigende Zahl von E-Bikes gibt auch der Versicherungswirtschaft neue Impulse.

werbsvorteil haben.“ Doch noch gelingt das nicht immer. In der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen ist laut Bearingpoint gerade einmal eine von zehn Personen sehr zufrieden mit dem Digitalisierungsgrad der eigenen Versicherung.

E-Bike-Versicherungen lassen sich in der Regel komplett digital abschließen. Hepster macht vor, wie das gehen kann. Das Rostocker Insurtech konzentriert sich seit 2017 auf den Abschluss von Onlinepolicen etwa für Elektro- und Sportgeräte sowie E-Bikes. Das Ausfüllen von zehn Feldern

und fünf Mausklicks auf Hepster.de reichen E-Bike-Fahrern, um in den Besitz einer Police zu gelangen. „Eine einfache Customer Journey und eine niedrigschwellige Abschlussstrecke sind neben dem Preis-Leistungs-Verhältnis entscheidend für eine Onlinepolicy“, sagt Mitgründerin Hanna Bachmann. „Wir fragen nur die wichtigsten und notwendigen Informationen zum Kunden und dem zu versichernden E-Bike ab.“

Ähnlich niedrigschwellig gelingt der Zugang zur Police unmittelbar beim Kauf eines E-Bikes. Denn Hepster bündelt die eigene Versicherung in die Kaufabwicklung von Onlinekaufhäusern wie zum Beispiel Baur ein. Dabei birgt die Digitalisierung auch Risiken für die Versicherer. „Ein komplett digitaler Abschluss bedeutet auch, leicht austauschbar zu sein“, sagt Servicevalue-Experte Dethloff. Der Wettbewerbsdruck ist hoch – das zeigt die Studie von Servicevalue. So wiesen die Bewertungen der Versicherer im Segment der E-Bike-Policen nur geringe Unterschiede auf.

Bei Hepster seien die Abschlussquoten für Fahrrad- und E-Bike-Versicherungen in den letzten Jahren signifikant gestiegen, sagt Bachmann. Als Grund nennt sie unter anderem den starken Anstieg der Preise für E-Bikes. „Es ist naheliegend, dass eine Versicherung das erhöhte finanzielle Risiko minimieren soll.“ 200.000 E-Bike- und Fahrradversicherungen hat Hepster insgesamt abgeschlossen.

Nicht nur bei Hepster sind E-Bike-Policen stark nachgefragt, denn neben den Preisen steigen auch die Risiken. So hat sich laut dem Statistischen Bundesamt die Zahl der E-Bike-Unfälle mit Personenschaden im Vergleich zu 2014 auf knapp 24.000 mehr als verzehnfacht. Zudem bevorzugen Käufer zunehmend das E-Bike gegenüber dem Fahrrad. Laut Zweirad-Industrie-Verband (ZIV) wurden 2023 erstmals mehr E-Bikes (2,1 Millionen) als Fahrräder (1,9 Millionen) verkauft. Der Durchschnittspreis eines E-Bikes betrug 2950 Euro, für ein herkömmliches Fahrrad zahlten Verbraucher im Schnitt nur 470 Euro.

Die Aussicht auf wertvolle Beute lockt Fahrraddiebe. Den Versicherern sind laut GDV im Jahr 2023 durch Fahrraddiebstahl so hohe Schäden entstanden wie noch nie. „Die Entschädigungsleistung lag bei 160 Millionen Euro. Das sind zehn Millionen Euro mehr als ein Jahr zuvor“, bilanziert GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen. „Gerade für höherwertige Räder und E-Bikes kann es sich daher lohnen, eine spezielle Fahrradversicherung abzuschließen.“

Auch Reiseversicherer befinden sich nach den Coronajahren wieder in einem „bemerkenswerten Aufschwung“. So schreiben es die Marktforscher von „Heute und Morgen“ in einer aktuellen Studie. Sie haben unter anderem gefragt, was Kunden von einer Reiseversicherung erwarten. Demnach stehen die Übernahme aller medizinisch notwendigen Leistungen im Ausland und der Rücktransport an erster Stelle. Dies erwarten jeweils 68 Prozent der 1000 Befragten. Bei Reiserücktritt- oder Reiseabbruchpolicen steht die Kostenübernahme bei Stornierung mit 67 Prozent an erster Stelle.

Pannenhilfe für das Eigenheim

Der Reiseversicherer ADAC scheint diese Bedürfnisse am besten zu treffen. Jedenfalls bewerten die befragten Verbraucher der Servicevalue-Studie den Dienstleister besser als die gesamte Konkurrenz. Aktuell erweitert der ADAC sein Angebot. Traditionell steht die Organisation für Kfz-Policen und Reiseversicherungen. Jetzt bietet der ADAC gemeinsam mit der Allianz einen Schutzbrief für das private Zuhause und eine Hausratversicherung an. „Wir übertragen das Prinzip der ADAC-Pannenhilfe auf den häuslichen Bereich“, sagt Sascha Herwig, Vorstandsvorsitzender der neu gegründeten ADAC Zuhause Versicherung.

Mit dem Schutzbrief übernimmt der ADAC zum Beispiel die Kosten für einen Schlüsseldienst oder für Notfall-Services bei Heizung und Sanitär. Dafür arbeitet er bundesweit mit einem Netz von 2900 Handwerksbetrieben zusammen. Die Erweiterung des Portfolios kommt für Experten Dethloff nicht überraschend. „Durch das Co-ooning, also den Trend, viel Zeit zu Hause zu verbringen, werden Versicherungen für das Haus und die Wohnung interessanter – vor allem für bisher reine Mobilitätsversicherer.“

Prämierte Versicherer

Die besten Unternehmen in den Kategorien

Kategorie	Bester Dienstleister	Anteil der Befragten
Portale Versicherungsvergleich	Check24	20,4 %
E-Bike-Versicherer	Hepster	10,5 %
Betriebliche Krankenversicherung	Allianz	8,5 %
Reiseversicherer	ADAC Versicherungen	7,6 %
Betriebliche Altersversorger	Allianz	6,9 %
Krankenversicherer	Debeka	6,8 %
Pflegezusatzversicherer	Debeka	6,6 %
Zahnzusatzversicherer	Debeka	6,5 %
Motorradversicherer	Allianz	6,5 %
Krankenkassen	TK - Die Techniker	6,3 %
Rechtsschutzversicherer	ADAC Versicherungen	6,3 %
Versicherungsmakler	MRH Trowe	6,3 %
Hausratversicherer	Allianz	6,0 %
Kfz-Versicherer	Allianz	5,8 %
Berufsunfähigkeitsversicherer	Allianz	5,7 %
Lebensversicherer	Allianz	5,4 %
Digitale Versicherungsexperten	Wefox	5,2 %
Unfallversicherer	Allianz	5,2 %
Wohngebäudeversicherer	Allianz	5,1 %
Tierversicherer	Allianz	5,0 %
Privathaftpflichtversicherer	Allianz	4,7 %

Lesebeispiel:
20,4 % der Befragten nannten Check24 Bester Dienstleister

Zahl der Anbieter und Bewertungen in den Kategorien

Kategorie	Zahl der Dienstleister	Mittelwert
Digitale Versicherungsexperten	25	2,78
Kfz-Versicherer	38	2,79
Hausratversicherer	40	2,83
Portale Versicherungsvergleich	11	2,84
Rechtsschutzversicherer	29	2,84
Betriebliche Altersversorger	28	2,85
Krankenversicherer	30	2,85
Lebensversicherer	39	2,85
Privathaftpflichtversicherer	46	2,85
Berufsunfähigkeitsversicherer	25	2,86
Pflegezusatzversicherer	26	2,86
Zahnzusatzversicherer	23	2,86
Reiseversicherer	30	2,87
Betriebliche Krankenversicherung	21	2,88
E-Bike-Versicherer	13	2,88
Krankenkassen	42	2,88
Motorradversicherer	23	2,88
Tierversicherer	31	2,88
Versicherungsmakler	26	2,89
Unfallversicherer	36	2,90
Wohngebäudeversicherer	34	2,92

Lesebeispiel:
Die Befragten bewerteten Digitale Versicherungsexperten von 1 (= Bestnote) bis 4. Im Schnitt ergibt sich die Note 2,78



Methodik

Erhebung Im April und Mai 2024 hat Servicevalue online 110.000 Kundenurteile zu 616 Unternehmen aus 21 Kategorien eingeholt. Die Teilnehmer wurden gefragt: „Wenn Sie alle Ihre Erwartungen, Erfahrungen und Informationen aus den letzten 24 Monaten zusammenfassen, wie bewerten Sie insgesamt folgende Unternehmen in Bezug auf andere Unternehmen?“

Auswertung Die relevanten Bewertungen reichen von 1 („Der beste Anbieter“) bis 4 („Nicht gut oder gar besser“). Im ersten Schritt wurde je Kategorie erfasst, wie hoch die prozentualen Anteile des Topurteils „Der beste Anbieter“ für die einzelnen Unternehmen sind. Der Anbieter mit dem höchsten Anteil innerhalb seiner Kategorie ist „Der beste Dienstleister“. Im zweiten Schritt wurden die Mittelwerte der Bewertungen für die Dienstleister berechnet. Dieses Vorgehen lässt die Marktverhältnisse (unterschiedliche Anzahl von Kunden) außen vor. Alle Anbieter, deren Mittelwert in ihrer Kategorie über dem Durchschnitt liegt, gelten als „Beste Dienstleister“.

Bewertet wurden 616 Dienstleister in 21 Kategorien auf Basis von mehr als 110.000 Kundenurteilen. Jedes Unternehmen wurde in mehreren Befragungswellen jeweils 1.000 Personen zur Bewertung angezeigt – ausgewertet wurden nur die Antworten von den Befragten, die in den letzten 24 Monaten Leistungen des betreffenden Dienstleisters wahrgenommen hatten.

Astrid Dörner, Andreas Neuhaus
Denver, Düsseldorf

Die Schüsse auf den Präsidentschaftskandidaten Donald Trump am Wochenende haben die politische Landschaft in den USA verändert. Das hat auch Auswirkungen auf die Finanzmärkte: Die Investoren bereiten sich auf den „Trump-Trade“ vor, der die Folgen seiner Politik an den Märkten abbildet. Durch das Attentat auf den Republikaner ist sein Erfolg bei der Wahl am 5. November wahrscheinlicher geworden. Genauer gesagt erhöhen sich Trumps Siegchancen auf 64,8 Prozent, wie das Analysehaus Real Clear Politics errechnet hat. Vor dem Attentat kam er auf 56,3 Prozent. Die Chancen für einen Sieg des amtierenden Präsidenten Joe Biden stehen demnach nur noch bei 18 Prozent.

Frank Kelly, Geschäftsführer bei der auf politische Risiken spezialisierten Beratungsfirma Fulcrum Macro Advisors mit fast 30 Jahren Erfahrung an der Wall Street, beobachtet: „Anleger sind nun zuversichtlicher, dass Donald Trump die Wahl gewinnt und dass die Republikaner auch im Repräsentantenhaus und im Senat die Mehrheit haben werden.“ In diesem Fall könnte Trump seine Vorhaben ungehindert verfolgen: Der Republikaner steht unter anderem für höhere Zölle und niedrigere Steuern. Auf die einzelnen Anlageklassen hätte das unterschiedliche Auswirkungen.

Anleihen

Die deutlichste Reaktion gab es am Montag am Anleihemarkt. Hier stiegen die Renditen von US-Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit um in der Spitze 0,07 Prozentpunkte auf 4,26 Prozent. US-Staatspapiere mit 30-jähriger Laufzeit stiegen ähnlich stark und werfen nun erstmals seit Januar wieder eine höhere Rendite ab als Titel mit zweijähriger Laufzeit. Das hat mit Bedenken bezüglich der künftigen Schuldenlast der USA zu tun. Unter Trump könnten sie noch einmal deutlich mehr Schulden aufnehmen. Nach Schätzungen des Congressional Budget Offices wird die Staatsschuld in diesem Jahr bei 99 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen und bis 2024 auf 124 Prozent steigen.

Um die Investoren zum Kauf weiterer Schuldtitel zu bewegen, müssen die Renditen steigen und die Anleihekurse spiegelbildlich fallen. Bereits nach dem TV-Duell Ende Juni mit Biden, aus dem Trump als deutlicher Sieger hervorging, haben die Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen deutlich zugelegt, von 4,29 auf bis zu 4,49 Prozent. Dass die Rendite nach dem Anstieg von diesem Montag immer noch niedriger stehen, hat mit der Entwicklung der US-Wirtschaft zu tun, erklärt Analyst Jim Reid von Deutscher Bank Research: „Seitdem gab es positive Inflationsdaten, die diesen Ausverkauf wieder rückgängig gemacht haben.“

Infolge der rückläufigen US-Inflation gehen Zinshändler nun mit einer 94-prozentigen Wahrscheinlichkeit davon aus, dass die US-Notenbank Fed im September zum ersten Mal seit März 2020 ihren Leitzins senkt. In Erwartung dessen sind die Renditen wieder gesunken und die Anleihekurse gestiegen.

Wegen Trumps höherer Siegeschancen wird die Lage aber unsicherer, warnt Michael Purves, Chef des Vermögensverwalters Tallbacken Capital. Die Aussicht auf eine zweite Präsidentschaft des Republikaners könnte die Fed dazu bringen, die Zinsen länger auf einem höheren Niveau zu halten. „Trump's politische Pläne sind inflationärer als die von Biden“, meint Purves. „Daher könnte die Fed ihr Pulver möglichst lange trocken halten wollen.“ Tatsächlich reagierten die Zinshändler darauf bereits am Montag leicht: Sie taxierten die Wahrscheinlichkeit für eine Zinssenkung im September nur noch auf 96 Prozent.

Devisen

Sollten die Zinsen in den USA tatsächlich länger höher bleiben als bislang erwartet, würde das für



Unterstützer des US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in New York: In welche Richtung werden sich die Märkte jetzt entwickeln?

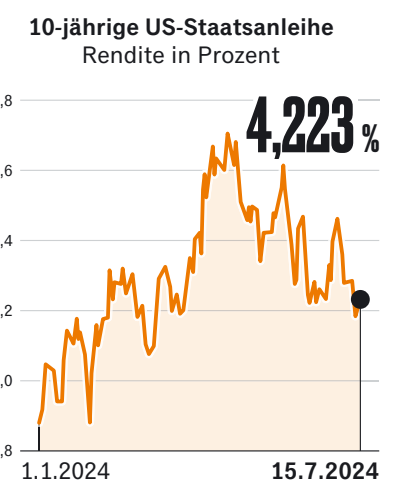
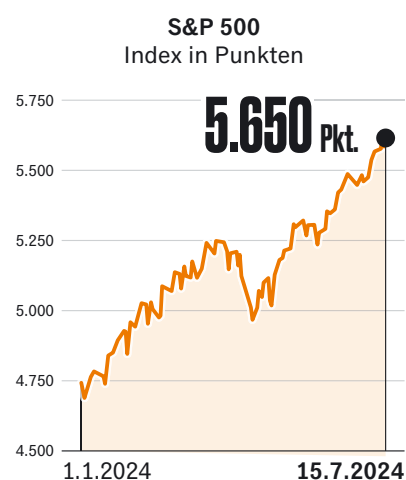
IMAGO/NurPhoto

US-Märkte

Anleger setzen auf den „Trump-Trade“

Nach dem Attentat sind Donald Trumps Chancen auf einen Sieg bei der US-Wahl gestiegen. Das hat Auswirkungen auf Aktien, Anleihen und Devisen.

Märkte nach dem Trump-Attentat



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

einen stärkeren US-Dollar sprechen. Am Montag gab der Dollar-Index, der die US-Währung mit einem Korb anderer Devisen vergleicht, aber um 0,2 Prozent nach. Mittelfristig könnte eine zweite Amtszeit Trumps als US-Präsident dem Dollar aber Auftrieb geben, sagte ein Portfoliomanager in New York.

Diese Einschätzung wird von etlichen Experten geteilt, beispielsweise von George Khoury, Research-Chef des Finanzdienstleisters CFI Financial Group. „Eine Präsidentschaft Trumps könnte den Dollar stärken, wenn er eine aggressive Handelspolitik, eine Lockerung der Vorschriften zum Klimawandel und eine mögliche Verlängerung der Steuersenkungen für Unternehmen und Privatpersonen beschließt“, sagt Khoury. Diese Maßnahmen könnten sich seiner Einschätzung nach auf den Haushalt auswirken und möglicherweise zu einem erneuten Inflationsdruck und höheren Zinsen führen.

Aktien

An der US-Börse stieg am Montag der Dow Industrial Index der Standardwerte auf ein Rekordhoch. Er legte zum Handelsstart um bis zu 0,7 Prozent zu. Auch der marktbreite Index S&P 500 und der Technologieindex Nasdaq 100 gewannen an Wert, blieben zunächst aber noch knapp unter ihren zuletzt erreichten Höchstständen.

Für die Investoren wird der Wahlausgang im November durch den immer größeren Vorsprung Trumps besser prognostizierbar. Das ist an sich eine gute Nachricht, meint Charles-Henry Monchau. „Weniger Unsicherheit ist grundsätzlich gut für Risikoanlagen wie Aktien“, sagte der Investmentchef der Schweizer Banque SYZ.

In seiner ersten Amtszeit hat sich Trump als vorteilhaft für den US-Aktienmarkt erwiesen: Von Januar 2017 bis Januar 2021 stieg der S&P 500 um 67 Prozent. Das ist allerdings kein Topwert, wie Daten der Nachrichtenseite CNN zeigen. In der ersten Amtszeit von Bill Clinton stieg der Index um 79 Prozent, unter Barack Obama sogar um 85 Prozent.

Unter Trump dürften auch nicht alle Aktien gleichermaßen profitieren. In den USA stellen sich Investoren darauf ein, dass die Papiere von Energieunternehmen, privaten Gefängnissen und Krankenversicherern Rückenwind bekommen könnten. Unternehmen, die einen Großteil ihrer Umsätze im Ausland machen, könnten unter einer US-Regierung Trumps schlechter abschneiden, gab David Kostin, Chefstrategie von Goldman Sachs, Ende Juni zu bedenken. Sie könnten schließlich stärker davon betroffen sein, dass andere Länder die höheren Zölle der USA erwidern. Davon könnten dann auch die Aktien großer Tech-Konzerne betroffen sein.

In Europa gaben die Kurse dagegen im Tagesverlauf nach. Der deutsche Leitindex Dax und der europäische Leitindex Euro Stoxx 50 verloren jeweils mehr als 0,5 Prozent.

Auch wenn Trumps Rückkehr ins Weiße Haus die Märkte bewegen dürfte, warnen Experten vor überstürzten Aktionen. Nach Einschätzung von Mark Haefele, Chefanlagestrategie im Global Wealth-Management der Großbank UBS, ist die ohnehin schon turbulente Wahlsaison noch komplexer geworden: „Wir haben gesagt, dass Anleger keine größeren Portfolioumschichtungen als Reaktion auf Wahlkampfentwicklungen oder in Erwartung eines bestimmten Wahlergebnisses vornehmen sollten, und das gilt auch in diesem Fall.“

Auch Kelly von der Beratungsfirma Fulcrum betont die vielen Unklarheiten, auf die sich Anleger in den kommenden Wochen einstellen müssen. „Wir befinden uns in einer Phase, in der es quasi stündlich neue Informationen gibt“, stellt er klar. Von solchen Unsicherheiten profitieren könnte Gold. Es gilt als Rückzugsort für Anleger in turbulenten Marktphasen. Am Montag verteuerte sich eine Unze des Edelmetalls um 0,3 Prozent auf bis zu 2419 Dollar. Damit liegt der Rekord von 2450 Dollar in Reichweite.

Samy Chaar

„Die Inflationsrate könnte 2025 um einen Prozentpunkt steigen“

Der Lombard-Odier-Strategie skizziert, welche Auswirkungen eine mögliche Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus haben könnte.

Das Attentat auf US-Präsidentenskandidat Donald Trump könnte den Ausgang der Wahl im November entscheidend beeinflussen – und damit auch die Richtung, in die die Wirtschaft des Landes und die Finanzmärkte steuern. Samy Chaar, Chefökonom und Chefanlagestrategie bei der Genfer Privatbank Lombard Odier, über das wahrscheinlichste Szenario und dessen Implikationen für die Finanzmärkte.

Herr Chaar, worauf müssen sich Anleger nach dem Attentat auf US-Präsidentenskandidat Donald Trump einstellen?

Das Attentat dürfte die Gewinnchancen von Donald Trump verbessern. Die Volatilität an den Märkten könnte vor der Wahl im November zunehmen, ebenso wie die Nachfrage nach dem Dollar als sicherem Hafen.

Welche Auswirkungen hat eine mögliche Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus?

Aus unserer Sicht ist ein Sieg Trumps bei den US-Wahlen im November das wahrscheinlichste Szenario. In diesem Fall gibt es drei Kanäle, über die Trumps Politik die Wirtschaft beeinflussen kann: Steuern, Einwanderung und Zölle.

Können Sie das ausführen?

Es könnte sein, dass Trump große Steuererleichterungen einführt, was ein Problem für den Haushalt wäre. Auch sind die USA auf günstige Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen, eine restriktive Einwanderungspolitik wäre also potenziell inflationär. Allerdings werden in den USA Arbeitskräfte nicht mehr so händelnd gesucht wie noch 2023.

Welche Folgen hätten höhere Zölle?

Zölle heben unmittelbar die Inflationsrate an. Sollte Trump gewinnen und Steuererleichterungen verlängern, eine striktere Einwanderungspolitik und neue Zölle einführen, erwarten wir einen vorübergehenden Anstieg der Kerninflation um einen Prozentpunkt im Jahr 2025. Allerdings ist es weniger wahrscheinlich, dass Trump all diese Reformen umsetzt.

Sind neue Zölle unausweichlich?

Donald Trump hat Zölle von 60 Prozent auf Waren aus China und zehn Prozent auf Waren aus Europa angekündigt. Doch er ist ein transaktionsorientierter Politiker. Am Ende wird er Zölle als Druckmittel einsetzen, um den Handelspartnern der USA Zugeständnisse abzurufen. Doch das Niveau der Zölle wird etwas steigen.

Was bedeutet das für die Geldpolitik?

Die Fed könnte gezwungen sein, ihren Zinssenkungszyklus im März 2025 zu stoppen und die Leitzinsen auf dem

Niveau von 4,5 Prozent zu belassen. Die EZB könnte dagegen weitere Zinsschritte vornehmen, falls neue US-Zölle das Wachstum in der Eurozone belasten. Sollte Trump von radikalen Reformen absehen oder sich Bidden durchsetzen, erwarten wir, dass die Fed die Zinsen auf das neutrale Niveau von um die 3,5 Prozent absenkt, von heute 5,5 Prozent. Auf dieses hohe Niveau kehren wir vorerst nicht mehr zurück. Nichtsdestotrotz ist die Unsicherheit hoch. Eine Wahl Trumps ist das politische Ereignis, das die Zinssätze und damit die Märkte am stärksten beeinflussen kann.

Bisher zeigen sich die Aktienmärkte von den politischen Risiken weitgehend unbeeindruckt. Woran liegt das?

Die Geopolitik ist wichtig für die Märkte, doch in erster Linie ist sie Ausdruck des wirtschaftlichen Umfelds. Der Weltwirtschaft geht es gut. Selbst in Bereichen, in denen wir zuletzt Schwächen gesehen haben, geht

es wieder aufwärts: im Handel, Wohnungsbau oder in Regionen wie Europa oder China.

Können sich die Märkte auf die Rückendeckung der Notenbanken verlassen?

Ich gehe davon aus, dass die US-Notenbank Federal Reserve die Zinsen noch in diesem Jahr zweimal senken wird. Für die Finanzmärkte ist das ein sehr günstiges Umfeld – und auch für die Realwirtschaft. Die Unternehmen verdienen Geld, die Gewinne wachsen. Darauf reagieren die Märkte. Ich bin nicht naiv: Sicherlich gibt es sehr große politische Risiken. Aber man muss sich jedes einzelne genau anschauen, wie es die Märkte beeinflussen kann.

Wie sollten sich Anleger angesichts der politischen Risiken positionieren?

Um sich gegen unerwartete Risiken abzusichern, ist es immer gut, in sichere Währungen wie den Dollar oder den Schweizer Franken zu investieren. Auch über Gold können Anleger nachdenken. Nicht nur als Krisenversicherung für das Portfolio, sondern auch wegen der geopolitischen Lage. China ist gezwungen, die Währungsreserven zu diversifizieren, und dem Land bleibt wenig anderes, als Gold zu kaufen. Schutz bieten nicht zuletzt auch Unternehmen mit guten Cashflows und soliden Bilanzen.

Unabhängig davon, wer im Weißen Haus regiert: Die US-Staatsverschuldung steigt in schwindelerregende Höhen. Mit welchen Folgen für die Märkte?

Die absolute Höhe der Schulden ist nicht die wichtigste Kennzahl. Wichtiger ist, wofür sich die Staaten verschulden. Wenn es wie in den USA beim „Inflation Reduction Act“ darum geht, in Infrastruktur, erneuerbare Energien und Versorgungssicherheit zu investieren, ist das kein Problem. Dann finanzieren die Investoren diese Schulden gerne. Wenn Staaten das Defizit jedoch erhöhen, um das Rentenalter zu senken oder Steuern abzubauen für jene, die es gar nicht brauchen, dann wird der Markt negativ darauf reagieren.

Eine Haushaltspolitik der schwarzen Null, wie sie Deutschland fährt, kommt also nicht automatisch gut bei den Investoren an?

Es gibt einen großen Bedarf an Investitionen in Deutschland. Und ja, dafür ist die Aufnahme neuer Schulden notwendig. Ein Investitionsprogramm würde Deutschland immens guttun und es würde auch die Renditen für Staatsanleihen nicht erhöhen.

Herr Chaar, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Jakob Blume.



Samy Chaar: „Trump wird am Ende Zölle als Druckmittel einsetzen.“

Votum

Quo vadis, Unternehmenssteuerrecht?

Deutschland kann durch Steuerpolitik im Standortwettbewerb besser werden.

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands nimmt seit Jahren ab. Ein Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts greift diese Problematik wieder auf. Denn die deutsche Wirtschaftsleistung wächst derzeit nur um 0,3 Prozent, während die Weltwirtschaft 3,2 Prozent zulegt. Die hohe Steuerbelastung von durchschnittlich 29,94 Prozent belastet den Unternehmensstandort. Deutschland wird wieder als der „kranke Mann“ Europas bezeichnet.

Die Union fordert daher Vereinfachung, Transparenz und Gerechtigkeit im Steuersystem. Unternehmen sollen bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen erhalten, der Steuersatz für thesaurierte Gewinne soll gesenkt und die Verlustverrechnung vereinfacht werden. Darüber hinaus wird gefordert, das Steuerfestsetzungsverfahren durch Selbstveranlagung stark zu vereinfachen, das Verfahren zur begleitenden Betriebsprüfung weiterzuentwickeln und das Quellensteuerverfahren EU-weit zu harmonisieren und zu vereinfachen.

Diese Vorschläge sind zu begrüßen, denn nur durch mutige Schritte in der Steuerpolitik kann die Bundesregierung den wirtschaftlichen Abwärtstrend stoppen und Deutschland im internationalen Standortwettbewerb wieder Boden gutmachen. Zur Ermutigung sei auf den Tax Cuts and Jobs Act der USA aus dem Jahr 2017 hingewiesen, der eine Entlastung von 145 Milliarden US-Dollar pro Jahr vorsah.



Henrik Sundheimer ist Partner und Steuerberater bei Grant Thornton und Autor der Zeitschrift „Der Steuerberater“.



Christian Lindner: Der Finanzminister kehrt mit dem Wachstumschancengesetz die Beweislast für Unternehmen um.

IMAGO/photothek

Gesetzliche Beschränkung

Finanzierungsfreiheit ade

Für Steuerpflichtige besteht Handlungsbedarf bei konzerninternen Finanzierungen.

Gottfried E. Breuninger München

Das Gebot der Finanzierungsfreiheit war bisher auch im Steuerrecht anerkannt. Es besagt, dass der Gesellschafter im Rahmen gesellschaftsrechtlich vorgegebener Grenzen in seiner Entscheidung frei ist, die Gesellschaft mit Eigen- oder Fremdkapital zu finanzieren. Eine Finanzierung durch Fremdkapital stellt grundsätzlich keinen Missbrauch dar und ein Zinsabzug ist geboten.

Allerdings ist dieser Grundsatz durch eine Vielzahl von steuerlichen Regelungen wie beispielsweise die Zinsschranke zur Einschränkung des Zinsabzugs zunehmend relativiert worden. Dies folgt einem allgemeinen Trend, der sich auch auf Ebene der OECD und der Finanzverwaltung zeigt. Im Fokus stehen insbesondere konzerninterne Finanzierungsbeziehungen.

Nachdem der Bundesfinanzhof teilweise Rechtsauffassungen des Bundesfinanzministeriums nicht akzeptierte, sah der Gesetzgeber offensichtlich Handlungsbedarf und nahm eine weitere gesetzliche Beschränkung des Zinsabzugs in das Außensteuergesetz auf. Durch das Wachstumschancengesetz wurde die Korrekturvorschrift für konzerninterne Transaktionen des Paragraphen 1 Außensteuergesetz (AStG) um die neuen Absätze 3d und 3e ergänzt.

Während schon bisher die Abzugsfähigkeit des Zinsaufwands die Prüfung einer

ganzen Reihe von komplexen steuerlichen Regelungen erforderte, so kreierte die Neuregelung einen vorläufigen Höhepunkt, insbesondere durch die Umkehrung der Beweislast.

Nach der Neuregelung gilt seit diesem Jahr für die Abzugsfähigkeit des Zins eines grenzüberschreitenden Konzerndarlehens unter anderem, dass der Steuerpflichtige glaubhaft machen muss, dass er den Kapitaldienst, das heißt Zins und Tilgung, im Zusammenhang mit dem Finanzierungsmittel für die gesamte Laufzeit der Finanzierungsbeziehung von Anfang an hätte erbringen können. Dies kann gerade bei Start-ups schwierig sein, das Wachstumschancengesetz wird somit in das Gegenteil verkehrt.

Außerdem ist glaubhaft zu machen, dass die Finanzierung wirtschaftlich benötigt und für das Unternehmen verwendet wird. Letztlich hängt damit die Abzugsfähigkeit des Zinsaufwands von der Darlegung wirtschaftlicher Umstände und unternehmerischer Entscheidungen ab.

Entgegen der bisherigen Finanzierungsfreiheit ist nun die wirtschaftliche Rechtfertigung nachzuweisen. Gelingen diese Nachweise, wird die steuerliche Angemessenheit des Zinssatzes in einem zweiten Schritt zukünftig unter Zugrundelegung des Ratings für die Unternehmensgruppe zu ermitteln sein.

Für betroffene Unternehmen ergeben sich hieraus zahlreiche Herausforderungen

und es besteht Handlungsbedarf: Der Steuerpflichtige wird zukünftig insbesondere in die Pflicht genommen, eine Dokumentation vorzuhalten, die die gesetzlichen Vorgaben nachweist. Die Regelungen sind erstmalig seit Beginn 2024 und ohne Übergangsregelung anzuwenden. Offen ist daher, was das für bereits laufende Finanzierungsbeziehungen bedeutet. Müssen diese auf die Erfüllung der neuen Kriterien, insbesondere im Hinblick auf die vergangenheitsbezogenen Dokumentationsanforderungen, überprüft werden? Zudem beschreitet Deutschland mit den Vorschriften im internationalen Kontext einen Sonderweg, der zukünftig zu erheblichem Konfliktpotenzial führt. Außerdem bestehen zahlreiche Anwendungsfragen, etwa wie weit die Rechtsfolgen der einzelnen Vorschriften gehen. Bei rein nationalen Finanzierungen finden die Neuregelungen keine Anwendung.

Es bleibt zu hoffen, dass die Finanzverwaltung die neuen Vorschriften mit Augenmaß anwendet. In jedem Fall müssen betroffene Unternehmen zeitnah auf die Änderungen reagieren.

Gottfried E. Breuninger ist Partner bei Allen & Overy und Autor der Fachzeitschrift „Betriebsberater“. Diese Seite erscheint in Kooperation mit den Fachredaktionen der dfv-Mediengruppe.



Grundstücke mit Windkraft- und Solaranlagen

Jährliche Erträge zählen

Der Bodenrichtwert kann anhand der Pacht ermittelt werden.

Berlin. Die Gewinnung von erneuerbarer Energie wird immer bedeutender. Auch steuerrechtliche Fragen nehmen zu. Dies gilt auch für die Bewertung von Grundstücken, auf denen Windkraftanlagen und Freiflächen-Photovoltaikanlagen verbaut sind.

Zur Bestimmung des Bodenwerts nach dem Bewertungsgesetz haben die obersten Finanzbehörden der Länder gleichlautende Ländererlasse veröffentlicht. Die Finanzverwaltung geht davon aus, dass die Flächen, auf denen Erneuerbare-Energie-Anlagen installiert sind, dem Grundvermögen zuzurechnen sind. Die Windkraftanlage und die Freiflächen-Photovoltaikanlage werden als Betriebsvorrichtung angesehen. Bei der Ermittlung des Bodenwerts sind grundsätzlich

die von den zuständigen Gutachterausschüssen ermittelten Bodenrichtwerte anzusetzen.

Sind diese nicht vorhanden, so sind auf Basis der jährlichen Erträge Bodenrichtwerte zu ermitteln. Der Wert des Grund und Bodens wird so abgebildet, dass die in der Zukunft liegenden Erträge auf den Bewertungsstichtag kapitalisiert werden. Als Ertrag wird das vereinbarte Entgelt, das heißt die vereinbarte Pacht, für die Flächen angesetzt. Zum Zwecke der Kapitalisierung wird auf die allgemeinen Bestimmungen des Bewertungsgesetzes zurückgegriffen. Die Abzinsung wird durch die Parameter Restlaufzeit und Zinssatz von sechs Prozent ermittelt. Michael Stahlschmidt

Bebaute Grundstücke

Der Kaufpreis ist aufzuteilen

Alle Wertermittlungsmethoden sind dabei gleichwertig.

Düsseldorf. Das Finanzgericht Düsseldorf hat aktuell entschieden, dass bei der vorzunehmenden Kaufpreisaufteilung des Gesamtkaufpreises beim Kauf eines bebauten Grundstücks grundsätzlich kein steuerrechtlicher Vorrang bestimmter Wertermittlungsmethoden für bestimmte Gebäudarten besteht. Der Kaufpreis ist nicht nur wegen der Ermittlung der Absetzung für Abnutzung, sondern auch zur Ermittlung der 15-Prozent-Grenze wegen anschaffungsnaher Erhaltungsaufwendungen aufzuteilen.

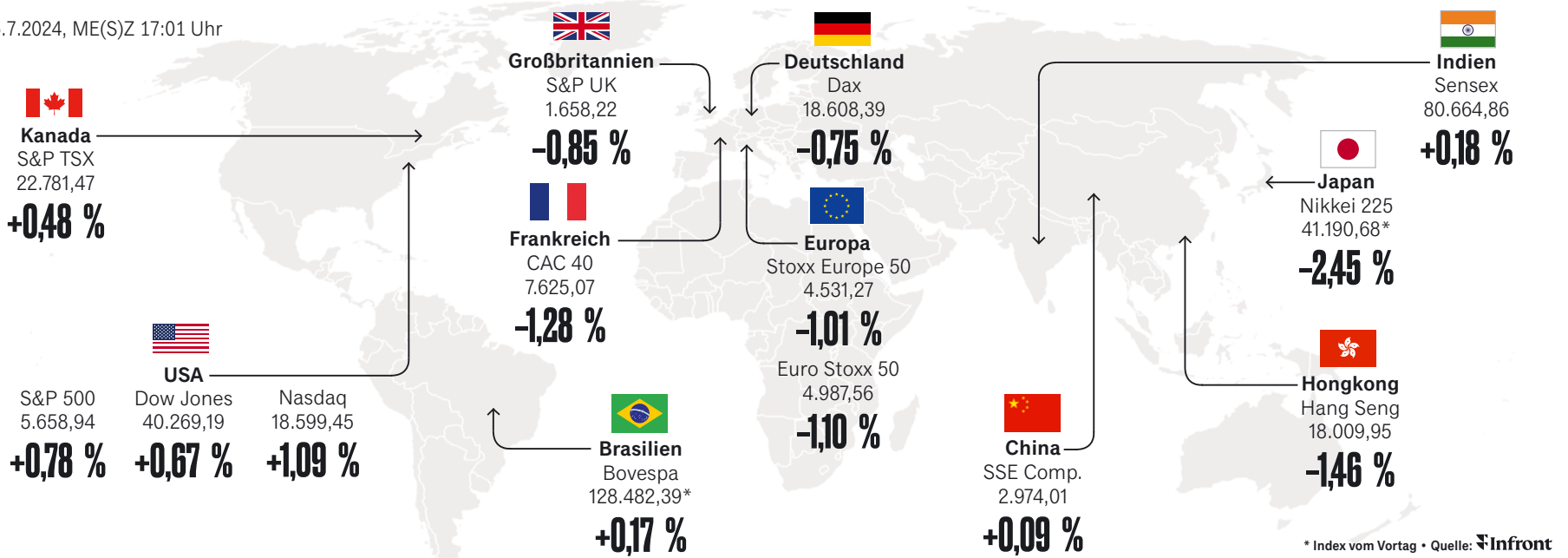
Grundsätzlich wird auf die zivilrechtliche Vereinbarung zurückgegriffen, wenn im Kaufvertrag eine Kaufpreisaufteilung nach Grund und Boden und Gebäude stattgefunden

den hat. Fehlt diese, wie im Urteilsfall, so ist aufgrund einer Gesamtwürdigung der Verhältnisse die Aufteilung nach den realen Verkehrswerten von Grund und Boden und Gebäude vorzunehmen.

Für die Schätzung des Werts kann die Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Immobilien und der für die Wertermittlung erforderlichen Daten herangezogen werden. Die in dieser Verordnung genannten drei Verfahren, das Vergleichswertverfahren – einschließlich des Verfahrens zur Bodenwertermittlung –, das Ertragswertverfahren, das Sachwertverfahren oder mehrere dieser Verfahren stehen sich gleichwertig gegenüber. Michael Stahlschmidt

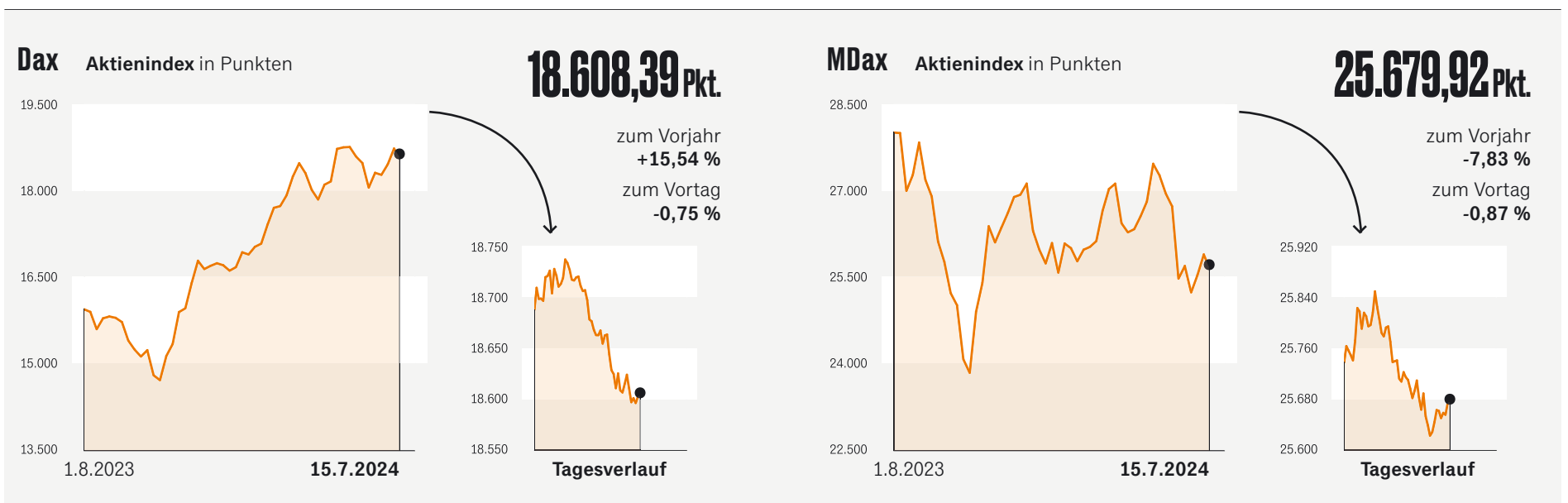
Leitbörsen im Überblick

15.7.2024, ME(S)Z 17:01 Uhr



* Index vom Vortag • Quelle: Infront

Deutsche Indizes



Dax (auch im ¹ Euro Stoxx 50, ² Stoxx 50, ³ TecDax) **18608,39** | -0,75 % | 52-Wochen-Hoch **18.892,92** | 52-Wochen-Tief **14.630,21**

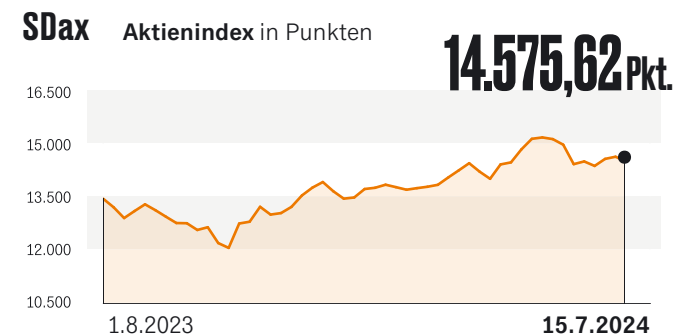
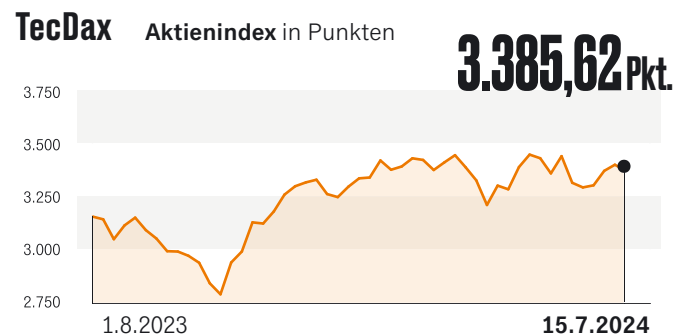
TOPS des Jahres	52-Wochen-Hoch		Dividendenrendite	Jahresdiv.	Ex-Tag	KGV	Ergebnis
	Wert	am					
Rheinmetall	+103,56	571,80 am 9.4.2024	8,4 %	9,06 €	30.05.24	2,7	16,18
Siemens Energy	+71,51	27,91 am 11.7.2024	8,2 %	5,30 €	09.05.24	3,7	29,55
Deutsche Bank NA	+58,63	17,01 am 26.4.2024	7,8 %	3,40 €	26.04.24	5,1	5,14
Vonovia NA	+47,78	30,21 am 16.5.2024	6,7 %	6,00 €	16.05.24	5,4	11,90
SAP	+46,22	190,98 am 8.7.2024	5,9 %	2,56 €	12.06.24	5,5	16,38
Heidelberg Materials	+40,55	103,60 am 13.5.2024	5,2 %	13,80 €	09.05.24	7,1	2,04
Münch. Rück vNA	+40,23	473,60 am 1.7.2024	5,0 %	1,90 €	16.05.24	7,4	7,91

52-Wochen-Hoch	Tagesverlauf		Umsatz Letzte	HV Div.	Div.s	Ergebnis	KGV	MK	Streu.				
	Hoch	Tief											
18608,39	18608,39	18608,39	271.393	0,70	16,05.24	0,3	1,30	3,21	7,05	71,87	32,72	41,5	86
18608,39	18608,39	18608,39	120.981	2,80	10,04.24	2,1	2,11	5,54	7,45	24,04	17,88	105,5	78
18608,39	18608,39	18608,39	280.000	209,50	08.05.24	5,2	14,90	25,02	27,45	10,61	9,67	104,0	93
18608,39	18608,39	18608,39	1.170.605	3,40	25.04.24	7,8	3,40	4,24	12,77	10,33	39,1	95	
18608,39	18608,39	18608,39	1.351.063	0,11	25.04.25	0,4	0,11	5,14	5,42	5,15	4,88	26,0	100

Tops Flops

Dax		
Rheinmetall	+1,14	Siem. Energy -4,54
Zalando	+0,49	RWE St. -3,25
Porsche AG Vz.	+0,24	BMW St. -2,36

MDax		
Krones	+2,06	Nordex -5,02
Stabilus S.A	+1,35	Aroundtown -4,03
Redcare Ph.	+0,94	Hugo Boss NA -3,58



Ausgewählte Einzelwerte

EuroStoxx50 4991,56 | -1,02% | 52-Wochen-Hoch 5.121,71 | 52-Wochen-Tief 3.993,10

Table with columns: TOPS des Jahres, 52-Wochen-Hoch, Dividendenrendite, KGV. Lists companies like UniCredit, Intesa Sanpaolo, Safran, ASML Hold, etc.

Table with columns: (ohne deutsche Indextitel), Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like AB Inbev, Adyen, Ahold Delhaize, etc.

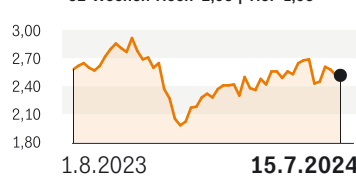
Dow Jones 40306,75 | +0,76% | 52-Wochen-Hoch 40.307,14 | 52-Wochen-Tief 32.327,20

Table with columns: 15.7.2024 / 17:10 h, Verlauf, % Vortag, % 1 Jahr, 52 Wochen, Umsatz, Letzte Div., Div. Rend., Ergebnis, KGV, MK Streu. Lists companies like Amazon, American Express, Apple Inc., etc.

Aktuelle Kursinformationen finden Sie unter http://finanzen.handelsblatt.com

Zinsen

Umlaufrendite 2,49 | -0,04 52-Wochen-Hoch 2,95 | Tief 1,95



INTERNATIONALE RENDITEN

Table with columns: 10-j. Staatsanleihen, 15.7.2024, % in %, 12.7. Lists countries like Australien, Belgien, Dänemark, etc.



EURO-LEITZINSEN

Table with columns: REFINANZIERUNG (REFI), ZINSKANAL FÜR TAGESGELD, MINDESTRESERVE Verzinsung, BASISZINS. Lists rates for various instruments.

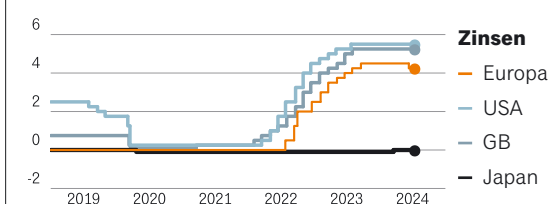
EURO-RENDITEN

Table with columns: 12.7.2024 Hypo. und Öffentl., Laufzeit, Pfandbriefe, 12.7.2024 Hypo. und Öffentl., Laufzeit, Pfandbriefe. Lists yields for different maturities.

Quelle: Deutsche Bundesbank

AUSLÄNDISCHE LEITZINSEN

Table with columns: Dänemark, Großbritannien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien, Ungarn. Lists foreign interest rates.



Devisenmärkte

US \$ je Euro 1,0919 | +0,27% 52-W.-Hoch 1,1276 | Tief 1,0448



Devisen-Cross-Rates

Table with columns: 15.7.2024, Euro, US \$, Pfund, Yen, sfr, kan-\$, Yuan. Lists cross-rates for various currencies.

Devisen- und Sortenkurse für 1 Euro

Table with columns: 15.7.2024, Devisen, Brief, 3 Monate, 6 Monate, Ref.kurse, Bankschalter. Lists exchange rates for various currencies.

Hinweis zum Kurstext: Telefon: 0800 0002053 oder Mail hb.aboservice@vhb.de. Aktien: Börseplatz Dax, MDax, SDax ist Xetra; Euro Stoxx, Dow Jones und S&P500 Heimatbörsen; Kurse und Dividenden von an deutschen Börsen gehandelten Werten verstehen sich in Euro pro Stück sofern es keine anderen Angaben gibt.



SUDOKU Zahlenspiele für Rätselfreunde

Sudoku puzzle grid (middle difficulty)

Sudoku puzzle grid (hard difficulty)

Lösungen vom 15.07.

Das Kulträtsel Sudoku auch unter: www.handelsblatt.com/sudoku

So funktioniert es: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 - 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und in den 3x3 Feldern vorkommen.

Sudoku solution grid (middle difficulty)

Sudoku solution grid (hard difficulty)

Spiegelung eines Wohnhauses in Berlin: Immobilienfonds haben stark verloren.

Uni Immo Wohnen ZBI

Rechtsschutzpolice: Wo sie greift und wo nicht

Im Fall des Immobilienfonds „Uni Immo Wohnen ZBI“ könnten Kunden von ihren Banken falsch beraten worden sein. Ob bei Streitigkeiten die Rechtsschutzversicherung hilft, hängt aber nicht nur vom Tarif ab.

Susanne Schier Frankfurt

Nach den Abwertungen beim Immobilienfonds „Uni Immo Wohnen ZBI“ bringen sich Anwälte in Stellung: Für sie steht der Verdacht im Raum, dass die Banken beim Verkauf der Fonds die Zukunftsaussichten zu positiv beschrieben haben könnten. Auch fehlende Informationen im Beratungsprotokoll oder im Prospekt könnten Einfallstore für Klagen sein.

Investoren hatten vor Kurzem den höchsten Tagesverlust bei Immobilienfonds seit der Finanzkrise im Jahr 2008 verkraften müssen. Das Anlageprodukt der Fondsgesellschaft Union Investment wurde dabei um 17 Prozent abgewertet. Anleger, die nun über eine Klage nachdenken, dürften sich fragen, ob eine Rechtsschutzversicherung die Kosten hierfür übernimmt.

Eine allgemeingültige Antwort hierauf lässt sich laut Elke Weidenbach von der Verbraucherzentrale NRW nicht geben: „Ob Rechtsschutz besteht, kommt immer auf den jeweiligen Versicherungstarif und auf die Art der Kapitalanlage an.“ Streitigkeiten rund um spekulative Anlagen sowie Spiel- und Wettverträge seien in der Regel ausgeschlossen. Eine Falschberatung beim Aktienkauf sei aber manchmal mitversichert.

Wie gehen die Versicherer mit Streitigkeiten rund um Immobilienfonds um?

Eine Umfrage bei Versicherern bestätigt, dass sich der Blick ins Kleingedruckte lohnt: Beim Marktführer Arag lässt sich in der Privatrechtsschutzversicherung je nach Tarif ein Betrag von 10.000 Euro oder 20.000 Euro für Streitigkeiten versichern, die beim Erwerb, der Veräußerung, der Verwaltung oder Finanzierung von direkt oder in Fonds gehaltenen Aktien oder Rentenwerten entstanden sind. Immobilienfonds seien aber nicht abgedeckt, erklärte ein Firmensprecher.

Bei der Allianz sind in der Premium-Tariflinie rechtliche Interessen aus bestimmten Kapitalanlagen sogar bis zu 100.000 Euro abgesichert, Immobilienfonds fallen aber nicht darunter. Auch die Örag versichert solche Streitigkeiten nicht. Kunden im Tarif „Rundum-Schutz Plus“ erhalten aber für einen Fall pro Jahr maximal 1000 Euro für anwaltliche Tätigkeiten in Bereichen, die sonst nicht versichert sind. Bei Ergo besteht im Best- beziehungsweise Premium-Produkt Versicherungsschutz für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus Kapitalanlagegeschäften, inklusive Immobilienfonds. Der einzelne Anlagebetrag dürfe aber die Summe von 50.000 Euro nicht übersteigen, betonte eine Sprecherin. Ähnlich ist die Regelung bei Roland Rechtsschutz.

Gibt es solche Unterschiede auch in anderen Klauseln?

Grundsätzlich gilt: Die eine Rechtsschutzversicherung gibt es nicht. Die Versicherungsnehmer müssen jeweils die für sie wichtigen Lebensbereiche absichern. Neben dem Privatrechtsschutz kann zum Beispiel Berufs-, Verkehrs- oder Wohnrechtsschutz abgeschlossen werden. Laut dem Bund der Versicherten (BdV) gibt es in den Bedingungen üblicherweise viele Fälle, bei denen der Versicherer nicht leistet – neben den Kapitalanlegerklagen unter anderem nicht im Familien- und Erbrecht, bei Hausbau, Baufinanzierung, Grundstückskauf und -verkauf, bei Streitigkeiten vor Verfassungsgerichten oder internationalen Gerichtshöfen und bei vorsätzlichen Straftaten.

Allerdings gibt es auch hier teilweise Ausnahmen – im Rahmen von Premiumtarifen oder Zusatzbausteinen. Etwa bei der Arag: Im Komfort- und im Premiumtarif bietet der Versicherer einen Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht bis zu einer Höhe von 250 Euro beziehungsweise 1000 Euro an. Im Premiumtarif sind zudem einmalig in der Vertragslaufzeit 10.000 Euro für Streitigkeiten im Erbrecht versichert. Voraussetzung ist, dass ein deutsches Gericht über den Fall zu entscheiden hätte. Die Wartezeit nach Vertrags-

5

Millionen Euro

Deckungssumme in Europa und weltweit 350.000 Euro sollten mindestens in der Rechtsschutzversicherung vertraglich festgelegt sein.

Quelle: Bund der Versicherten

abschluss beträgt ein Jahr – statt der oft üblichen drei Monate.

Für wen ist eine Rechtsschutzpolice überhaupt sinnvoll?

Hilfreich ist eine solche Police den BdV-Experten zufolge dann, wenn sie für einen Rechtsstreit mit hohen Streitwerten zahlt, den der Versicherungsnehmer anteilig oder vollständig verliert. Denn Gerichts- und Anwaltskosten werden in der Regel der unterlegenen Partei aufgebürdet. Interessierte sollten sich fragen, wie oft sie in einen solchen Rechtsstreit kommen könnten und ob sich die jahrelange Prämienzahlung lohnt. Grundsätzlich ist etwa eine Privathaftpflichtversicherung wichtiger. Sie ist zuständig, wenn der Versicherte von einer geschädigten Person auf Schadenersatz verklagt wird, wehrt unberechtigte Ansprüche ab und leistet bei berechtigten Ansprüchen.

Welche Kosten übernimmt der Rechtsschutzversicherer?

Die Rechtsschutzversicherung trägt die Kosten für die Erstberatung durch einen Anwalt sowie für ein Gerichtsverfahren über alle Instanzen hinweg. Neben den gesetzlichen Anwaltsgebühren, Gerichtskosten sowie Kosten für Zeugen und Sachverständige trägt die Rechtsschutzversicherung auch die Kosten der Gegenseite, wenn diese erstattet werden müssen, eine Strafverfolgungskautions im Ausland und die Kosten für ein Mediationsverfahren. Der BdV rät zu einer Deckungssumme in Europa von zumindest fünf Millionen Euro und weltweit 350.000 Euro.

Generell zahlt der Versicherer nicht, wenn ein Rechtsstreit bei Abschluss des Vertrags bereits vorlag oder absehbar war. Daher gibt es Wartezeiten. Nur in bestimmten Rechtsbereichen, beispielsweise bei Verkehrsunfällen, gilt der Versicherungsschutz sofort.

Wie hoch sind die Prämien bei Rechtsschutzpolice?

Guten Versicherungsschutz für die Bereiche Privat, Beruf und Verkehr gibt es einer Auswertung des Verbrauchermagazins „Finanztest“ zufolge mit einem Selbstbehalt von 150 Euro für einen Jahresbeitrag ab 216 Euro. Das teuerste gute Angebot kostet etwas mehr als 1000 Euro pro Jahr. Künftig könnte es teurer werden, da auch die Anwalts- und Gerichtsgebühren voraussichtlich weiter steigen werden. Der Referentenentwurf zum Kostenrechtsänderungsgesetz 2025 sieht vor, die Gebühren um bis zu neun Prozent anzuheben. Die Rechtsschutzversicherer rechnen dadurch mit einer Kostensteigerung von insgesamt sieben Prozent, teilte der Branchenverband GDV mit.

Was können Versicherte tun, wenn ihr Anbieter nicht zahlen will?

Der Versicherer kann die Leistung verweigern, wenn er die Erfolgsaussichten als zu gering einschätzt oder wenn die voraussichtlichen Kosten eines Verfahrens in einem groben Missverhältnis zum angestrebten Erfolg stehen. Der Versicherte kann die Entscheidung des Versicherers durch einen Stichtentscheid oder ein Schiedsgutachten überprüfen lassen. Das Ergebnis ist jeweils für den Versicherer bindend. Alternativ können sich Verbraucher auch an den Versicherungsombudsmann wenden, der Versicherer bis 10.000 Euro zur Leistung verpflichten kann.

Welche Alternativen zur Rechtsschutzversicherung gibt es?

In einigen Fällen können Verbraucher auch über die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, in einer Mieter- oder Vermietervereinigung oder in einem Automobilklub Rechtsschutzangebote wahrnehmen. Sie können auch einen Prozessfinanzierer beauftragen, der einen Fall aber in der Regel nur bei einem Mindeststreitwert und bei Aussicht auf Erfolg annehmen wird. Daneben gibt es Onlineportale, die sich auf die Durchsetzung bestimmter Verbraucheransprüche – etwa Entschädigungen bei Flugverspätungen – spezialisiert haben.

Handelsblatt Sparcheck

Was das Girokonto von Trade Republic kann

Das Verrechnungskonto wird zum Girokonto. Ganz automatisch läuft das nicht. Wer sich Zinsen sichern will, muss reagieren.

Dennis Schwarz, Elisabeth Atzler
Frankfurt

Es war eine Nachricht, die in der Finanzwelt für Aufsehen sorgte: Der Neobroker Trade Republic führt ein Girokonto ein. In einem ersten Schritt erhalten bestehende Kunden eine neue IBAN, also eine 22-stellige Kontonummer, bei Trade Republic. Das Girokonto will das Unternehmen dann stufenweise etablieren und künftig auch neuen Kundinnen und Kunden direkt anbieten.

„Mit dem Trade-Republic-Girokonto ergänzen wir nun unser Angebot um einen weiteren wesentlichen Baustein“, sagte Co-Gründer Christian Hecker Ende Mai. Ein Girokonto sei für viele das erste eigene Bankprodukt. Hier beginne in der Regel auch „die Reise zum eigenen Vermögensaufbau“.

Trade Republic zählt mit einer Bewertung von zuletzt fünf Milliarden Euro zu den wertvollsten deutschen Fintechs. Das Unternehmen hat rund vier Millionen Kunden.

Was bietet das Girokonto von Trade Republic?

Trade Republic verspricht, dass das neue Girokonto alles das kann, was das bisherige Verrechnungskonto auch konnte. Dazu zählen Standardfunktionen wie etwa Überweisungen. Auch ist es möglich, Daueraufträge einzurichten. Kunden könnten das Konto also auch als Gehaltskonto, also als Hauptkonto, verwenden. Zudem erhalten sie weiterhin Zinsen auf das verfügbare Geldguthaben in Höhe von momentan 3,75 Prozent. Mit dem Girokonto fällt nach Angaben von Trade Republic die Obergrenze für verzinstes Guthaben in Höhe von 50.000 Euro weg.

An den Konditionen will das Unternehmen nichts ändern. Trade Republic verlangt keine Kontoführungsggebühr. Wer ein Girokonto eröffnet, kann eine Visa-Debitkarte erhalten, die je nach Modell 5 oder 50 Euro kostet. Eine virtuelle Karte, die eine Nutzung via Google Pay oder Apple Pay übers Smartphone ermöglicht, kostet nichts. Derzeit sind Abhebungen von Bargeld ab 100 Euro kostenfrei, unter 100 Euro fällt eine Gebühr von einem Euro pro Abhebung an. Zudem bietet das Konto Echtzeitüberweisungen „standardmäßig und kostenfrei“.

Einen Dispokredit wird es indes nicht geben. „Trade Republic bietet generell keine Kredite an“, teilte ein Sprecher des Unternehmens mit. Ein Girokonto bei Trade Republic zu haben, hat damit keine Auswirkung auf die eigene Bewertung durch die Auskunftei Schufa.

Wann erhalten die ersten Kunden ein Girokonto?

Der erste Schritt zum Girokonto ist die Umstellung auf die neue Trade-Republic-IBAN. Nach eigenen Angaben wird diese derzeit „jeden Tag an eine

Vielzahl von Kunden“ ausgegeben. Die ersten Girokonto-Funktionen sollen dann gestartet werden, sobald die Umstellung auf die eigene IBAN abgeschlossen ist. „Ein konkretes Datum gibt es dafür aber aktuell noch nicht“, teilte der Sprecher mit. Somit können auch Neukunden die neue Trade-Republic-IBAN erhalten, warten dann aber ebenfalls auf das Girokonto.

Bis wann gelten die „alten“ IBAN-Nummern?

Einen konkreten Zeitpunkt nennt das Unternehmen nicht. „Wir werden in den nächsten Monaten alle Kunden auf das neue Verrechnungskonto-Modell migrieren und dann über die nächsten Monate die alten IBANs Stück für Stück deaktivieren“, teilte der Sprecher mit.

Was passiert, wenn Kunden der Umstellung nicht zustimmen?

Das bisherige Verrechnungskonto-Modell wird „auf Dauer“ eingestellt, heißt es. Deshalb müssen Kunden den neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) zustimmen. Diese Einwilligung können sie durch einen Klick direkt in der App erteilen. „Kunden, die dieser Änderung nicht zustimmen, werden keinen Zugang zu zukünftigen Features und Produkten bekommen und nach Ablauf von 30 Tagen keine Zinsen mehr erhalten“, sagte der Trade-Republic-Sprecher.

Wo werden die Kunden-Einlagen verwahrt?

Trade Republic arbeitet mit den Partnerbanken Deutsche Bank, HSBC, JP Morgan und Citibank zusammen. Dort wird zumindest ein Teil der Kundeneinlagen verwahrt, weitere Mittel landen in Geldmarktfonds. Je höher das Barguthaben, desto breiter werde es auf Partnerbanken und qualifizierte Geldmarktfonds verteilt, erklärt Trade Republic. „Höhere Guthaben“ würden in Geldmarktfonds fließen – was in Deutschland ungewöhnlich ist. Eine fixe Summe, ab der Geldmarktfonds eingesetzt werden, nennt Trade Republic indes nicht. Aktuell nutzt Trade

Republic einen Geldmarktfonds des US-Vermögensverwalters Blackrock.

Kunden können verfolgen, wo ihr Geld liegt. Die Trade-Republic-App zeigt die Aufteilung der Mittel an, sobald die neue IBAN aktiviert ist. Für Bestandskunden gilt: Die aktuellen Summen bleiben auch künftig als Einlage bei den Banken, bei der sie bis zur Aktivierung der neuen IBAN liegen.

Einlagen bis 100.000 Euro je Partnerbank und je Kunde sind durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt. Im Fall von Trade Republic bedeutet das, dass deutlich mehr als 100.000 Euro über die Einlagensicherung geschützt sein können, weil möglicherweise eine insgesamt höhere Summe auf die vier Banken verteilt ist. Wer bereits auf anderem Wege, zum Beispiel über ein Tagesgeld- oder Girokonto, Einlagen bei einer der vier Partnerbanken hat, überspringt die 100.000 Euro aber vielleicht eher.

Die über Trade Republic am Geldmarkt investierten Mittel werden im Namen des Kunden auf einem separaten Depotkonto gehalten, wie das Unternehmen erklärt. „Stiftung Waren-test“ bezeichnet das Risiko, durch die neue Konstruktion Geld zu verlieren, als gering. Nur in Krisenzeiten könne es auch bei Geldmarktfonds zu Verwerfungen kommen.

Wie erreichen Kunden Trade Republic bei Problemen?

Kunden können mit Trade Republic über E-Mail oder über die App kommunizieren, eine Telefonhotline gibt es nicht. Trade Republic hat aber bereits angekündigt, den Kundenservice verbessern zu wollen. So werde der Kundensupport auf drei Servicecenter an drei verschiedenen Standorten in Europa verteilt. Damit wolle das Unternehmen dem Wachstum und der steigenden Anzahl an Kundenanfragen Rechnung tragen.

Zudem wolle das Unternehmen mehr „Self-Service Tools“ in die App integrieren, kündigte Hecker an. „Unser Ziel ist, dass unsere Kunden mehr als die Hälfte aller Anfragen in der App selbst lösen können.“



Christian Hecker: Der Co-Gründer des Neobrokers hält das neue Girokonto für wesentlich.



Handelsblatt KI-Briefing



So bauen Sie sich Ihren eigenen KI-Coach

Führungskräfte müssen häufig schwierige Entscheidungen treffen und herausfordernde Situationen meistern. In solchen Fällen kann es hilfreich sein, sich Unterstützung von professionellen Business-Coaches zu holen. Doch was ist, wenn kurzfristig ein wichtiges Gespräch ansteht und ein solcher Experte genau dann nicht zur Verfügung steht? Könnte man in so einem Fall nicht auch einen persönlichen KI-Coach um Rat bitten?



Unser Bot wird darauf trainiert sein, Mitarbeitergespräche besonders gut zu führen.

Luisa Bomke
KI-Reporterin

Im Rahmen der Handelsblatt Management Summer School zeigen Ihnen KI-Reporterin Luisa Bomke und Podcast-Redakteurin Nele Dohmen in einem fünfteiligen Podcast-Spezial, wie Sie sich mit ChatGPT Ihren persönlichen KI-Coach bauen. Die einzelnen Folgen dauern jeweils kaum länger als zehn Minuten, lassen sich also während einer Kaffeepause hören.

Im konkreten Fallbeispiel muss eine Führungskraft ein schwieriges Gespräch mit einem Mitarbeiter führen, dessen Leistung stark nachgelassen hat. Die KI soll der Führungskraft als Sparringspartner dienen und ihr wertvolle Tipps für die Vorbereitung des Gesprächs geben.

Moderiert von Nele Dohmen



Das fünfteilige KI-Briefing-Spezial startet an diesem Dienstag. Die einzelnen Folgen erscheinen immer täglich ab 9 Uhr.



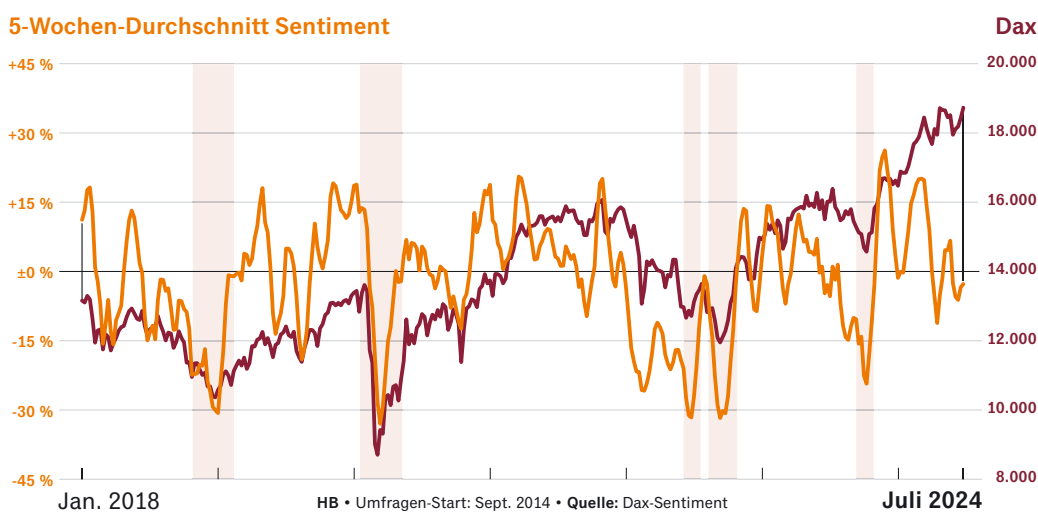
Anleger sichern sich stärker gegen Kursrisiken ab

Obwohl der Dax kurz vor einem Rekord steht, hat sich die Anlegerstimmung verschlechtert. Das könnte auch am Sommer liegen.

Dax-Umfrage

Dax-Sentiment im Vergleich zum Dax

Der Kurvenvergleich zeigt: Erreicht das fünfwöchige durchschnittliche Sentiment ein extremes Niveau, erfolgt eine Trendwende beim Dax.



Andreas Neuhaus Düsseldorf

Am deutschen Aktienmarkt fehlen dem Leitindex Dax nur wenige Punkte bis zu einem Rekord. Trotzdem hat sich die Stimmung an der Börse verschlechtert, wie das Ergebnis der Handelsblatt-Umfrage Dax-Sentiment zeigt. Stephan Heibel vom Analysehaus AnimusX kommentiert: „Ich habe den Eindruck, Anleger trauen der Rally der vergangenen Woche nicht so recht über den Weg.“

Für das Dax-Sentiment befragt das Handelsblatt jeden Freitag mehr als 8000 Privatanlegerinnen und -anleger nach ihrer aktuellen Markteinschätzung. Die jüngste Dax-Umfrage wurde also zeitlich vor dem Attentat auf den US-Präsidenten Donald Trump erhoben. Die Umfrageergebnisse wertet Heibel aus und ergänzt sie um weitere Indikatoren. In der vergangenen Woche ist der Dax um 1,5 Prozent gestiegen. Am Freitag stieg er auf bis zu 18.779 Punkte – das ist der höchste Stand seit fünf Wochen. Von hier fehlte nur noch ein Anstieg um weitere 0,6 Prozent bis zum Rekordhoch von 18.893 Punkten aus dem Mai.

Dabei profitierte der Index von der Hoffnung auf eine baldige Leitzinssenkung in den USA durch die US-Notenbank Fed. Dadurch sanken die Anleiherenditen von knapp 4,3 auf unter 4,2 Prozent. Der Höchststand in diesem Jahr liegt bei 4,74 Prozent. Diese Entwicklung schob den Dax an, erklärt Heibel. Der Leitindex setzte sich insbesondere aus Industrieaktien, Automobilaktien und Finanztiteln zusammen. „Gerade diese drei Gruppen profitierten vergangene Woche von den sinkenden Marktzinsen“, so Heibel.

Anleger, die sich über Monate auf andere Aktien konzentriert haben, profitierten von dem Anstieg aber nicht, erinnert Heibel. Das zeigt sich im Umfrageergebnis: Demnach ist die Anlegerstimmung (Sentiment) im Vergleich zur Vorwoche von 1,6 auf 1,2 Punkte gefallen. Auch die Selbstzufriedenheit

stagniert, sie liegt unverändert bei moderaten 0,8 Punkten. Sie zeigt an, ob Anleger glauben, dass sie sich richtig positioniert haben.

Die Investitionsbereitschaft geht ebenfalls zurück auf 0,1 Punkte. Es gibt also aktuell kaum noch Kaufinteresse. „Wer jetzt noch nicht investiert ist, für den ist der Zug wohl in den Augen der Anleger abgefahren“, sagt Heibel.

Immerhin: Die Zukunftserwartung bleibt mit einem Wert von 2,5 Punkten positiv. Das ist das höchste Niveau seit dem vergangenen November, als die Kurse steil stiegen. Das war in der Vergangenheit nicht immer so, erinnert Heibel: „Häufig genug ist es so, dass ein Kurssprung im Dax mit einer abnehmenden Zukunftserwartung beantwortet wird.“ Die Zukunftserwartung zeigt an, welche Kursentwicklung die Anleger in den nächsten drei Monaten antizipieren.

Für Heibel spricht das Umfrageergebnis dafür, dass sich Anleger auf einen ruhigeren Börsensommer einstellen: „Die Temperaturen steigen, in den Portfolios der Fondsmanager schlummern schon ordentliche Buchgewinne für das laufende Jahr, und nach den turbulenten Vorjahren möchten viele Anleger nun mal wieder einen unbeschwerten Sommer erleben.“

Anleger erhöhen Absicherungen gegen Kursverluste

Das spiegelt sich auch am Terminmarkt wider, wo Anleger auf steigende Kurse wetten können oder sich gegen das Risiko fallender Kurse absichern. Das Euwax-Sentiment der Börse Stuttgart, an der Privatanleger handeln, ist auf minus drei Punkte gefallen. Das bedeutet, dass sie aktuell deutlich mehr Put-Optionen kaufen, die bei fallenden Kursen im Wert steigen, als Call-Optionen, mit denen sie von steigenden Kursen profitieren können.

Ähnlich ist die Entwicklung an der europäischen Terminbörse Eurex für Profianleger. „Am Put-Call-Verhältnis der Eurex von 1,9 Punkten ist abzule-

sen, dass sich institutionelle Anleger derzeit gegen fallende Kurse absichern“, sagt Heibel. Damit steigt das Interesse an Absicherungen, obwohl es keinen akuten Grund zur Angst oder Panik gibt. Heibel leitet daraus aber nicht ab, dass Anleger Angst vor einer negativen Entwicklung haben: „Sie wollen einfach in den kommenden Sommerwochen ihre Ruhe haben.“



Nach den turbulenten Vorjahren möchten viele Anleger nun mal wieder einen unbeschwerten Sommer erleben.

Stephan Heibel
Börsen-Experte

Das bedeutet aber nicht, dass die Aktienmärkte im Sommer sicher zum Erliegen kommen und sich nur noch seitwärts bewegen, sagt der Sentiment-Experte: „Vielmehr führt das zu erwartende dünne Handelsvolumen dazu, dass die Kurse einzelner Aktien stark ausschlagen können. Überraschungen bei Unternehmensmeldungen können zu Käufen oder Verkäufen der Privatanleger führen, die trotz ihrer vergleichsweise geringen Anlegersummen dann den Kurs deutlich bewegen.“

Doch daraus ergibt sich kein Handlungsdruck, erklärt Heibel, der einen Börsenbrief unter dem Namen „Heibel-Ticker“ herausgibt: „Übertriebene Kursbewegungen werden dann Ende August oder Anfang September wieder korrigiert.“ Das verschaffe den Anlegern in der angelaufenen Berichtssaison zum zweiten Quartal Luft, meint Heibel: „Als Privatanleger können Sie sich also die Zeit für eine Analyse nehmen, ohne gegen die technologisch hochgerüsteten institutionellen Anleger unter Zeitdruck zu geraten.“



Laborantin in der Krebsforschung: Neue Wirkstoffe gegen Krebs, aber auch gegen Diabetes gehören zu den neuen Hoffnungsträgern für Biotechunternehmen.

Krebstherapien

Zweite Chance für Biotech-Aktien

Frühere Corona-Börsenstars entwickeln neue Therapien. Biontech und Moderna sind wieder dabei.

Dirk Wohleb Köln

Die Zeit der Milliardengewinne mit Impfstoffen gegen Corona ist bei den einstigen Biotech-Börsenstars wie Biontech und Moderna längst vorbei. Viele Investoren ignorieren den Sektor inzwischen, die Aktienkurse sind eingebrochen.

Allerdings begreifen diverse Fondsmanager die nun wieder günstigeren Aktien vieler Biotech-Firmen als Chance. „Für mich ist das im Moment eine wahre Goldgrube“, sagt Hendrik Leber, Fondsmanager und Geschäftsführer von Acatis. Auch Andy Acker, Portfoliomanager des Aktienfonds Horizon Biotechnology Fund des britischen Fondsanbieters Janus Henderson, erkennt eine Unterbewertung der Branche.

Aktuell notieren die Kurse von 126 Biotech-Unternehmen unterhalb des Werts ihrer liquiden Mittel (Cashwert). Und das, obwohl „der Sektor in vielen Krankheitssegmenten eine wahre Innovationsexplosion erlebt“, sagt Acker. Allen voran stehen dafür die sogenannten GLP1-Medikamente, die beim Wunsch nach Gewichtsreduktion und zur Behandlung von Diabetes eingesetzt werden. „Die Medikamente haben das Potenzial, die Behandlung für Millionen von Menschen zu verbessern“, betont er. In den nächsten zehn Jahren könnten die Umsätze mit diesen Arzneien zwischen 100 und 200 Milliarden Dollar zulegen. Die Biotechnologie biete viele Innovationen im Gesundheitsbereich, der allein durch die demografische Entwicklung einen Wachstumsmarkt darstelle, erklärt Noushin Irani, Fondsmanagerin des Aktienfonds DWS ESG Biotech, die Bedeutung des Sektors.

Derzeit arbeiten viele Biotech-Unternehmen an neuen Krebstherapien. So könnten sogenannte Antikörper-Wirkstoff-Konjugate, kurz ADCs, die Krebstherapie revolutionieren. „Man kann sich ADCs als präzisionsgesteuerte Raketen vorstellen, die die Chemotherapie direkt zu den Krebszellen bringen, während gesundes Gewebe geschont wird“, erklärt Fondsmanager Acker. Die Fortschritte sind nach Ansicht der Experten enorm. Dennoch vergehen oft Jahre, bis Unternehmen mit einem neuen Medikament Geld verdienen. Fondsmanagerin Irani kennt eine Menge junger, noch nicht

profitabler Unternehmen mit guten Liquiditätspolstern und attraktiven Produktpipelines. Die Bewertung vieler solcher Firmen habe bei guten klinischen Daten das Potenzial, sich zu vervielfachen, sagt sie.

Zu den Unternehmen mit einem interessanten Produktportfolio zählen die Anlageprofis die gefallenen Stars Biontech und Moderna. Umsatz und Gewinn sind nach dem Ende der Pandemie eingebrochen. Biontech verbuchte im ersten Quartal 2024 einen Umsatz von 188 Millionen Euro. Ein Jahr zuvor waren es noch 1,3 Milliarden Euro. Der Nettoverlust lag bei 315 Millionen Euro verglichen mit einem Nettogewinn in Höhe von 502 Millionen Euro im Vorjahr.

25 Produktkandidaten

Doch die einstigen Börsenstars setzen weiter auf die mRNA-Methode der Coronaimpfungen, mit der sich weitere Infektionen und vor allem Krebs bekämpfen lassen sollen. „Biontech hat viele technologisch unterschiedliche Ansätze zur Krebsbekämpfung in der Pipeline und zudem einen hohen Bargeldbestand“, sagt Leber. Das deutsche Unternehmen testet derzeit mehr als 25 Produktkandidaten in klinischen Studien. 2026 will Unternehmensgründer Ugur Sahin das erste Krebsmedikament anbieten.

„Bis 2030 wollen wir ein großes Portfolio an Krebstherapien auf dem Markt haben“, sagt der Biontech-Chef. Bis dahin müssen sich Anleger allerdings gedulden. Von 19 Analysten empfehlen acht die Aktie zum Kauf, neun sind neutral gestimmt, drei raten zum Verkauf. Bei einem Kursziel von im Schnitt 94,55 US-Dollar bleibt ein Potenzial von 21 Prozent. Klar scheint allerdings: Erst wenn neue Produkte konkret in Sicht sind, gibt es positive Impulse für die Aktie.

Bei Moderna ist das schon jetzt der Fall. Vor wenigen Wochen erhielt das US-Unternehmen von der US-Gesundheitsbehörde FDA die Zulassung für seinen Impfstoff gegen das Respiratorische Synzytial-Virus (RSV), das die Atemwege befällt. Außerdem legte Moderna positive Daten beim kombinierten Impfstoff gegen Grippe und Covid sowie auch für die Behandlung einer schweren Form von Hautkrebs vor. Dieser erste Krebsimpfstoff auf mRNA-Basis sorgt für Fantasie. In den

vergangenen sechs Monaten legte die Aktie 40 Prozent zu.

Dennoch schreibt auch Moderna rote Zahlen. Im ersten Quartal meldete das Unternehmen einen Umsatz von 167 Millionen US-Dollar gegenüber 1,8 Milliarden 2023. Der Nettoverlust lag bei 1,2 Milliarden US-Dollar gegenüber einem Nettogewinn von 79 Millionen US-Dollar im Vorjahr. Zehn Analysten empfehlen die Aktie zum Kauf, zehn sind neutral gestimmt, drei raten zum Verkauf. Bei einem Kursziel von 140 US-Dollar bleibt ein Potenzial von gut 15 Prozent.

Einen anderen Weg, indirekt in Biotech zu investieren, bietet das Schweizer Unternehmen Lonza. Die Baseler produzieren für die Chemie- und Pharmabranche Wirkstoffe, die diese selbst nicht herstellen möchte. Damit kann Lonza vom Wachstum der Biotech-Branche profitieren, hat aber nicht das Risiko, dass Produktentwicklungen scheitern. Das Unternehmen ist der größte Auftragsfertiger für die Pharmaindustrie. „Der Bedarf an Produktionsstätten ist weltweit sehr hoch“, sagt Leber.

6,7

Milliarden Franken
Umsatz machte das Schweizer Pharmaunternehmen Lonza im vergangenen Jahr.
Quelle: Lonza

Lonza erzielte 2023 bei einem Umsatz von 6,7 Milliarden Schweizer Franken ein Umsatzwachstum von acht Prozent. Der Gewinn betrug 655 Millionen Franken und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert. Für die Analysten ist Lonza ein Kauf. Von 24 Analysten empfehlen 21 die Aktie zum Kauf. Drei raten, die Aktien zu halten, niemand rät zum Verkauf des Titels. Bei einem Kursziel von 600 Schweizer Franken bleibt ein Kurspotenzial von knapp 15 Prozent.

Eine Alternative zu Einzelwerten sind Aktienfonds wie der Horizon Biotechnology Fund (ISIN: LU1897414568). Auf Sicht von fünf Jahren hat der Fonds eine Rendite von 20,2 Prozent pro Jahr erzielt. Er schneidet damit deutlich besser ab als der Börsen-Vergleichsindex und die Konkurrenz. Im Portfolio befinden sich 50 bis 80 Unternehmen, vor allem aus den USA. Zu den Top-Titeln zählt Madrigal Pharmaceuticals: Das Unternehmen konzentriert sich auf die Behandlung einer Fettleberentzündung, der MASH, unter der mehr als zehn Millionen US-Amerikaner leiden.

Anzeige

changement!

Widerstand ist zwecklos!

Meistern Sie die KI-Welle mit **changement!**



Das Magazin für Change Management und digitale Transformation:

- ✓ Fundiertes Wissen für den Umgang mit KI
- ✓ Wege zur erfolgreichen Einführung von KI-basierten Systemen
- ✓ Praktische Unternehmensbeispiele zur Anwendung von KI
- ✓ Digital lesen mit Vorteilspreis: **20% Rabatt für 6 Monate** changement!-digital

Digital lesen & 20% sparen!



Jetzt bestellen:

www.changement-magazin.de/change-mit-KI



MSCI World Aktien ↗ 3.627,52 Pkt. +0,59 %	MSCI Emerging Markets → 1.123,56 Pkt. -0,12 %	Yen/Euro → 172,40 Yen -0,14 %	CHF/Euro → 0,9772 sfr -0,18 %	10-jährige Bundesanleihe → 2,476 % Rendite -0,02 PP	10-jährige US-Staatsanleihe → 4,216 % Rendite +0,03 PP	Silber (Feinunze) ↗ 30,96 US\$ +0,54 %	Bitcoin ↗ 63.065 US\$ +4,91 %
--------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------	--------------------------------------------	--------------------------------------------	------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------	--------------------------------------------



— Märkte-Insight —

Welche Krisen die Märkte bewegen

Der Mordanschlag auf Donald Trump lässt die Investoren zunächst kalt. Aber Politik und Gewalt erschüttern manchmal auch die Aktienbörsen.

IMAGO/NurPhoto

Die Börsen haben überraschend wenig auf das Attentat auf Donald Trump reagiert. Vielleicht, weil der perfide Plan scheiterte. Vielleicht aber auch, weil Politik für die Kurse erstaunlich bedeutungslos sein kann. Vielleicht auch, weil die Erfahrung zeigt, dass selbst bei tiefgreifenden Katastrophen in der Vergangenheit sich die Kurse oft erstaunlich rasch erholt haben. Vor dem Hintergrund lohnt es sich, einen Blick auf Kursreaktionen in der Vergangenheit zu werfen.

Die US-Beratungsgesellschaft Carson Investment Research hat eine Liste mit markanten politischen Ereignissen und Gewalttaten zusammengestellt und die Veränderung des breiten US-Aktienindex S&P 500 jeweils nach einem, drei, sechs und zwölf Monaten aufgelistet. Interessanterweise taucht der 6. Januar 2021 nicht auf dieser Liste auf. Dabei markiert der damalige Sturm von Trump-Anhängern auf das US-Parlament einen Tiefpunkt in der Geschichte der Demokratie, bei dem es Tote gab und hochrangige Politiker aus ihren Büros fliehen mussten. Tatsächlich hat dieses Event die Börsen damals kaum berührt, obwohl die USA seither politisch so gespalten sind wie selten zuvor.

Ein schneller Blick auf die Zusammenstellung von Carson macht deutlich: Die Kurse reagieren vor allem, wenn Öl im Spiel ist oder wenn sich gefährliche Risse im Finanzsystem auftun. So etwa in den 70er-Jahren, als der Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten zu einem Ölboykott führ-

te. Ein Jahr danach lagen die Aktienkurse mehr als 40 Prozent im Minus. Auch der Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers 2008, der zu Recht als Symptom tiefer liegender Probleme des gesamten Finanzsystems gedeutet wurde, hinterließ größere Schäden. Sechs Monate später lagen die Kurse knapp 35 Prozent niedriger, erholten sich danach aber wieder.

Eine deutliche Börsenreaktion kann aber auch ein wirklich großer Krieg nach sich ziehen, das legt die Reaktion auf den Angriff Deutschlands auf Frankreich im Oktober 1940 nahe, der zu einem Kurseinbruch um fast 20 Prozent ohne schnelle Erholung führte. Dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 folgte zwar mit einem gewissen Abstand eine negative Kursreaktion, aber die dürfte unabhängig davon von aufkommenden Inflationsängsten und der berechtigten Erwartung einer

geldpolitischen Straffung ausgelöst worden sein. Die Terrorattacke auf die USA vom 11. September 2001 hinterließ keinen Kurseinbruch. Allerdings flutete damals die US-Notenbank (Fed) die Märkte, um gar nicht erst Panikstimmung aufkommen zu lassen. Auch der Mord an John F. Kennedy 1963 ging an der Börse vorbei.

Manchmal heißt es, die Börse sei von Stimmungen abhängig. Aber mit Blick auf Politik, Krieg und Gewalt, so zeigt der Blick in die Historie, reagiert sie doch sehr rational: Persönliche Schicksale interessieren nicht, und selbst Erschütterungen des politischen Systems haben wenig Bedeutung, wenn daraus keine Befürchtungen für die wirtschaftliche Entwicklung ableitbar sind. Und bei aller Krise der US-Politik gilt ja ohnehin seit Monaten als herrschende Meinung, dass die Präsidentschaftswahl im Herbst wenig für Wirtschaft und Kapitalmärkte bedeutet; und das auch, falls noch einer der beiden Kandidaten, eher Joe Biden als Donald Trump, ausgetauscht werden sollte.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Vertrauen in die Fed. Wie immer auch die Meinung zur Geldpolitik der Notenbank sein mag: Kaum jemand fürchtet, dass sie bei einer Katastrophe nicht eingreift und die Märkte dem freien Fall überlässt. Und noch ein Punkt ist wichtig mit Blick auf geopolitische Spannungen, etwa zwischen China und Taiwan: Wenn die Risiken international steigen, flüchtet sich das Kapital in die USA und stützt die Kurse dort eher noch.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17.40 Uhr

Frank Wiebe ist Redakteur im Finanzressort. Sie erreichen ihn unter: wiebe@handelsblatt.com



Börse am Dienstag

Drei Punkte, die für Anleger heute wichtig sind

1 Konjunkturdaten

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland und die Euro-Zone für Juli stehen zur Veröffentlichung an. Im Vormonat waren die Daten im Wesentlichen unverändert geblieben. Das hatte die Befragung der Finanzexperten durch das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ergeben. Die aktuelle Erhebung könnte weitere Hinweise auch für die EZB-Zinsentscheidung am Donnerstag geben. Der Internationale Währungsfonds hat zuletzt die Empfehlung an die Notenbank erneuert, angesichts sinkender Inflation den Schlüsselszins weiter zu senken. Auf der Notenbank Sitzung an diesem Donnerstag erwarten die meisten Finanzexperten keine weitere Senkung, sondern erst im September oder Oktober.

2 Quartalszahlen

In den USA öffnen einige Unternehmen ihre Bücher. Quartalszahlen präsentieren aus dem Finanzbereich State Street, Morgan Stanley, Charles Schwab und Bank of America, wobei Bank of America mit 325 Milliarden Dollar den höchsten Börsenwert erreicht. Aus dem Gesundheitssektor präsentiert noch die United Health Group ihre Daten. Von den bekanntesten Unternehmen außerhalb der USA steht noch Richemont auf der Liste, der schweizerische Hersteller von Luxusgütern.

Bank of America

Aktienkurs in US-Dollar



HANDELSBLATT

Quelle: Bloomberg

3 US-Wirtschaft

Analysten erwarten die US-Einzelhandelsumsätze für Juni. Verschiedene Konjunkturdaten hatten in der jüngsten Zeit auf eine sich abschwächende Wirtschaft gedeutet. Fed-Chef Jerome Powell hatte bei seinen Anhörungen vor dem Kongress auf die Fortschritte bei der Bekämpfung der Inflation hingewiesen. Momentan erwarten viele Experten eine erste Leitzinssenkung der US-Notenbank auf der Sitzung am 18. September, eine zweite am 7. November, eine dritte am 18. Dezember.